

KB Unser Weg

DER KBW – EIN FALSCHER FREUND DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER DER „DRITTEN WELT“

KOMMUNISTISCHER BUND | **Nr. 22** | **2.50**

Verlag Arbeiterkampf



Inhalt :

	Seite
Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker – Der KBW – ein falscher Freund der arabischen Völker –	3
Kritik eines griechischen Genossen	7
Nordmende, Bremerhaven: Die große Mende-Familie zeigt erste Risse	9
Der Kampf der Iduna-Lehrlinge	13
Die Fronten klären Ein Bericht zur Lage der Lehrlinge bei MBB-Hamburg	18
Neue Antikommunismus-Broschüre der Hamburger IG Chemie	24
Lohnrahmenverhandlungen 1973 ... erfolgreich für wen?	28
Zum Betrugsversuch des NRF (KBW) am IRA-Komitee Nachdruck des Briefwechsels	33
Zeitungs-Boykott	36



Unser Weg

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes
zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

KB

editorial

Es ist geplant, die Zeitschrift UN-
SER WEG wieder regelmäßiger und
häufiger herauszubringen, und zwar
vorerst etwa alle sechs Wochen. Die
letzte reguläre Ausgabe (Nr. 20/21)
erschien im November 73, die vor-
letzte (Nr. 19) im April desselben
Jahres. Inzwischen erschienen haupt-
sächlich Sondernummern zu speziel-
len Themen.

1973 konzentrierte sich die Re-
daktion wesentlich darauf, das poli-
tisch-ideologische Niveau unserer
Zeitung ARBEITERKAMPF zu he-
ben und zu stabilisieren, sowie weite-
re Genossen und Einheiten unserer
Organisation in die zentrale Agita-
tions- und Propaganda-Arbeit des KB
einzubeziehen. — Im Gegensatz zu
anderen linken Organisationen halten
wir nach wie vor daran fest, daß auch
die größte Fülle platter Halb-Inforna-
tionen und oberflächlicher Darstel-
lungen (vergl. „KVZ“ des KBW oder
„KAZ“ der ABG) keine kommunisti-
sche Agitation und Propaganda erset-
zen.

Wie auch früher soll UNSER WEG
zu aktuellen Fragen der Arbeiterbe-
wegung Stellung nehmen, in die Aus-
einandersetzung innerhalb der kom-
munistischen Bewegung eingreifen
und der innerorganisatorischen Dis-
kussion dienen. Daneben und ver-
stärkt sollen exemplarische Unter-
suchungsarbeiten unserer Genossen
aus ihrem unmittelbaren Praxisbe-
reich (vor allem: Betrieb und Gewerk-
schaft) hier veröffentlicht werden.

— die Redaktion —



Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker

DER KBW – EIN FALSCHER FREUND DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER DER „DRITTEN WELT“

Zwar sind sowohl der letzte Krieg im Nahen Osten wie auch die politischen Stürme der „Ölkrise“ vorbei, aber sie waren Teil einer langfristigen Entwicklung, die weitere schärfere Kämpfe mit sich bringen wird. Der Eroberungszug der europäischen Imperialisten im Nahen Osten geht weiter und der Zusammenstoß der BRD-Imperialisten mit den arabischen Völkern wird immer offener zutage treten und schärfere Formen annehmen.

Es ist deshalb weiterhin unsere Aufgabe, die gesellschaftlichen Verhältnisse in den arabischen Ländern zu untersuchen und kennenzulernen, um die Solidarität mit den arabischen Völkern zu festigen und zu vertiefen.

Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker, das ist für uns keine moralische Frage. Nur unter günstigen Bedingungen und bei Zusammenfassung aller Kräfte wird es uns gelingen, den Imperialismus zu besiegen. Zu den Kräften, die mit uns gegen den Imperialismus, speziell gegen den BRD-Imperialismus, kämpfen, gehören aber die arabischen Völker. Sie werden deshalb in Zukunft immer mehr unsere Verbündeten werden. Solidarität mit ihnen im gemeinsamen Kampf, das ist eine Frage von Erfolg oder Mißerfolg unseres Kampfes.

Wenn wir versuchen, die falschen Freunde der arabischen Völker mit ihrer gefährlichen Illusionsmacherei zu entlarven, so geht es also dabei nicht um rein theoretische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen politischen Anschauungen, sondern um die Durchsetzung unserer praktischen Interessen.

Zwei entgegengesetzte falsche Ansichten

Wir wollen zunächst zwei in der Sache gegensätzlich scheinende, aber im Wesen gleiche, nämlich falsche und illusionäre, Ansichten darstellen. Der Idealismus hinter diesen Positionen besteht darin, daß nicht die wahren Verhältnisse in den arabischen Ländern untersucht werden, sondern daß sie so eingeschätzt werden, wie es gerade in die beabsichtigte politische Darstellung paßt.

Auf einer Bezirksveranstaltung des KB kam es zu folgenden Sätzen:

„Die Regierungen der jeweiligen

Länder – in den meisten Fällen sind es die sogenannten Ölscheichs – sind reine „Marionetten der imperialistischen Konzerne. Die Höhe des Preises, den sie für ihr Öl bekommen, läßt sich durch kein ökonomisches Gesetz begründen. Es ist ein Judaspreis, ein Preis für den Verrat, den Verrat an den Interessen der arabischen Völker.“ (1)

Der richtige Ansatz „Verrat an den Interessen der arabischen Völker“ und die tatsächlich vorhandene Abhängigkeit der Regimes vom Imperialismus wird unzulässig übertrieben: „reine Marionetten“. Konsequenz ist dann natürlich die Folgerung, daß sich der Preis „durch kein ökonomisches Gesetz“ begründen lasse.

Diese Konsequenz, nämlich ihre falschen Aussagen soweit auf die Spitze zu treiben, daß der Unsinn offenbar wird, bringt die „Kommunistische Volkszeitung“ („KVZ“) des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW) schwerer zustande. Dort heißt es, man habe sich daran gewöhnt, „die arabischen Staaten als Spielball fremder, imperialistischer Interessen zu betrachten und zu behandeln. Unter dem Druck der arabischen Volksmassen können sich heute aber selbst so reaktionäre Regimes wie das Königreich Saudiarabien und die halbfeudalen Scheichtümer am persischen Golf eine solche Rolle nicht mehr leisten, wenn sie von den arabischen Volksmassen nicht hinweggefegt werden wollen.“ (2)

Zwar sind Regimes, wie das von Saudiarabien, keine „reinen Marionetten“, aber andererseits zeigen die täglichen Vorgänge im Nahen Osten, daß sich gerade Saudiarabien die Rolle eines Helfershelfers der Imperialisten durchaus „leisten kann“, wobei leider kaum die Gefahr besteht, daß es von den Volksmassen „hinweggefegt“ wird.

Beide Zitate zeigen, daß man zu falschen Schlußfolgerungen kommt, wenn man davon absieht, daß es in den arabischen Ländern eine herrschende Klasse mit eigenen Interessen gibt und daß die Entwicklung der Widersprüche dieser herrschenden Klasse zu den Volksmassen und zu den Imperialisten von den Kräfteverhältnissen zwischen ihnen bedingt ist.

Gerade an der sogenannten „Ölkrise“ wurde deutlich, wie ungünstig heute noch in den meisten arabischen

Ländern die Stellung des Volkes gegenüber den Regimes und der Regimes gegenüber den Imperialisten ist, aber auch, welche Möglichkeiten es trotzdem für die nationale Entwicklung dieser Länder gibt.

Die sogenannte „Ölkrise“, ein dreistes Manöver

Ursprünglich war die „Ölkrise“ ein Manöver der Ölmonopole. Schon seit langem hatten sie geplant, der Periode der Marktausweitung – mit einem billigen Angebot von Heizöl, Benzin und Chemierohstoffen – eine Periode der maximalen Gewinne folgen zu lassen. Ein solches Vorgehen ist typisch für das kapitalistische Monopol: erst den Markt schaffen und unter volle Kontrolle bringen, dann die Kontrolle des Marktes benutzen, um riesige Extraprofite zu machen. Die Ziele im einzelnen sind:

- Ausschaltung der Konkurrenz der „freien“ Händler, die mit den bei der expansiven Politik anfallenden Überschüssen ihr Geschäft gemacht hatten
- Ausdehnung des Monopols auf andere Energieformen, insbesondere die Kernenergie
- dazu und zur Erschließung weiterer Ölquellen sollen große Kapitalien gewonnen werden.

Die Ölmonopole stehen in scharfer gegenseitiger Konkurrenz. Die gemeinsamen Maßnahmen, Preistreiberei und Ausschaltung fremder Konkurrenz, dienen der Rüstung für den Kampf um Quellen und Märkte.

Ihr besonderes Gewicht erhielt die „Ölkrise“, weil sie den Imperialisten außerdem dazu diente, ihre Länder ideologisch, ökonomisch und militärisch aufzurüsten. Diese Aufrüstung dient vor allem dem verschärften Angriff auf die 3. Welt, aber auch auf die RGW-Länder und die sozialistischen Länder. Sie steht außerdem im Zusammenhang des gegenwärtigen Kampfes der Imperialisten um eine Neuaufteilung der Welt.

Erpressung der arabischen Länder

Auch gegenüber der 3. Welt haben die Ölmonopole gemeinsame und gegensätzliche Interessen. Gemeinsam geht es ihnen um die Erpressung der Ölförderländer:

- Seit dem Anwachsen des arabi-

schen Befreiungskampfes, insbesondere seit 1967, ist die Erdölsuche in den arabischen Ländern stark zurückgegangen, obwohl weitere riesige Erdöllager vermutet werden.

– Die in den arabischen Ländern erwirtschafteten Gewinne werden von den Monopolen zur Erdölsuche und zur Erschließung schon bekannter Lager in anderen Gebieten verwendet, z.B. in Alaska.

– Das Netz der Pipelines in der arabischen Welt wurde so klein wie möglich gehalten. Das Öl wird auf kürzestem Wege zum Meer befördert und mit Tankschiffen abtransportiert.

– Die Ölförderung in Ländern mit relativ fortschrittlichen Regierungen, z.B. Irak, wurde gedrosselt, die Abnahme des Öls von verstaatlichten Firmen wurde verweigert.

– Die Ölmonopole täuschten die nationalen Regierungen über die Größe der vorhandenen Ölfelder. In Kuwait behaupteten sie z.B., daß die Lager noch 100 Jahre reichen würden, dann stellte sich heraus, daß es nur 30 Jahre sein werden.

Gemeinsam geht es auch den Imperialisten darum, jede Entwicklung zur Unabhängigkeit in den arabischen Ländern zu verhindern:

– Die Entwicklung eigener Industrie, besonders eigener Ölverarbeitung, wird mit allen Mitteln verhindert, z. B. mit Schutzzöllen gegen Fertigprodukte aus Ländern der 3. Welt.

– Befreiungsbewegungen werden – mit Hilfe der arabischen Regimes – bekämpft. So werden z.B. dauernd neue Angriffe auf den palästinensischen Widerstand, die Volksrepublik Jemen und die Befreiungsfront in Dhofar unternommen.

– Auch bürgerlich nationale Bewegungen, die nicht unter Kontrolle der Imperialisten stehen, sollen unterdrückt werden. So wurde z.B. 1953 die Regierung Mossadegh in Iran gestürzt, 1956 Ägypten (Suezkrieg) und 1958 Libanon und Irak angegriffen.

Wenn die arabischen Länder trotzdem in ihrer Entwicklung Fortschritte machen wollen, müssen sie den Kräften des Imperialismus eigene Kräfte entgegensetzen.

Eine Mobilisierung aller möglichen arabischen antiimperialistischen Kräfte wird aber durch die Klassenverhältnisse in den arabischen Ländern verhindert. Deshalb bemühen sich auch die Imperialisten, diese Klassenverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Herrschaft von Kompradoren und nationaler Bourgeoisie

Die arabischen Länder werden, bis auf die VR Jemen, von Königen und Scheichs oder mehr oder weniger

reaktionären nationalen Regimes beherrscht. Echte bürgerliche Demokratien konnten sich unter den kolonialen und neokolonialen Bedingungen nirgendwo herausbilden. Es handelt sich um feudale, halbfeudale oder kapitalistische Länder.

In einigen von ihnen (Ägypten, Algerien) ist die gesellschaftliche Entwicklung soweit fortgeschritten, daß eine nationale Kapitalistenklasse den Staat beherrscht. Aufgrund des imperialistischen Drucks hat sich aber keine einfache kapitalistische Wirtschaft herausgebildet, sondern die Wirtschaft wird trotz ihrer Unterentwicklung von Monopolen beherrscht. Die Großkapitalisten sind dort Finanzkapitalisten, die hinter den staatlichen Banken und verstaatlichten Industriebereichen stehen.

Das ist übrigens ein Grund dafür, daß die arabische Bourgeoisie in solchen Ländern nicht sehr stark in Erscheinung tritt. Viele kleinbürgerliche linke Gruppen nutzen das aus, um von einer Herrschaft des Kleinbürgertums in diesen Ländern sprechen zu können. In Wirklichkeit ist das Kleinbürgertum in Armee, Staatsapparat und Industrieverwaltung der arabischen Länder wie in allen kapitalistischen Ländern nur der Helfershelfer der Kapitalistenklasse.

Ausnutzung der Volksbewegung

Wir haben in den vorangehenden Artikeln dieser Reihe bereits am Beispiel von Ägypten, Libyen und Palästina auf die spontane antiimperialistische Haltung der arabischen Volksmassen hingewiesen, die die Folge ihrer geschichtlichen Erfahrungen ist. Diese antiimperialistische Kampfbereitschaft kann aber, solange sie nicht bewußt und organisiert ist, von der herrschenden Klasse für ihre Interessen gegen das Volk und gegen die Imperialisten eingespannt werden.

Die herrschenden Feudalisten oder Kapitalisten streben zwar die Unabhängigkeit des betreffenden Landes von den Imperialisten an, aber nur, um das Volk zu ihrem eigenen Nutzen auszubeuten. Deshalb können sie das Volk nicht wirklich gegen die Imperialisten mobilisieren. Das Verhältnis, in dem der Gewinn der Ausbeutung des Volkes zwischen den nationalen Kapitalisten und den Imperialisten verteilt wird, richtet sich nach dem Kräfteverhältnis zwischen diesen beiden. Deshalb versuchen die arabischen Regimes

– die revolutionären Bewegungen in ihren Ländern niederzuhalten, aber als Druckmittel gegen die Imperialisten einzusetzen. So unterstützen sie z.B. zugleich den palästinensischen Widerstand und die Versuche der Imperialisten, die Palästinafrage „fried-

lich“ zu lösen.

– den Imperialisten mit einer möglichen Volksbewegung in ihrem Land zu drohen. So wurden z.B. 1952 in Ägypten Guerillagruppen unter reaktionärer Führung gegen die englische Suezkanalverwaltung eingesetzt.

– das Volk in ihren Ländern zur Unterstützung ihres Regimes zu mobilisieren. Sie bedienen sich dabei einer faschistischen Innenpolitik, wobei sie sich selbst als die Träger des antiimperialistischen Kampfes oder als Vorkämpfer der arabischen Einheit hinstellen.

Ausnutzung der Widersprüche

Eine weitere Möglichkeit für die Entwicklung der arabischen Länder unter der Herrschaft von Feudalisten oder Bourgeoisie besteht in der Ausnutzung der imperialistischen Schwächen, insbesondere des Konkurrenzkampfes unter den Imperialisten und ihres Widerspruchs zu den RGW-Ländern und sozialistischen Ländern. So hat z.B. die nationale Entwicklung in Ägypten während der beiden Weltkriege große Fortschritte gemacht. Die ägyptische „Revolution“ von 1952 und die Abwehr des Angriffs von England, Frankreich und Israel im Suezkrieg 1956 nutzte den Widerspruch aus zwischen den „alten“ Imperialisten im Nahen Osten, Frankreich und England, und dem Vordringen des US-Imperialismus. Mit Hilfe der Sowjetunion behauptete sich die ägyptische nationale Bourgeoisie dann längere Zeit gegen eine Erpressung durch den US-Imperialismus.

Heute wird der US-Imperialismus im Nahen Osten durch die europäischen Imperialisten bedrängt. Da durch gelingt es z.B. Irak, die Blockade seiner verstaatlichten Ölfirmen zu durchbrechen und Öl an Frankreich zu liefern, Iran macht in Zusammenarbeit mit der BRD mit dem Bau einer Großraffinerie einen ersten Schritt zur Erdölverarbeitung im eigenen Land, der italienische Erdölkonzern ENI gewährt günstigere Abnahmebedingungen für Erdöl und durchbricht damit das Ölkartell usw.

Von arabischer Seite ist der wirkliche Inhalt der „Ölkrise“ also der Versuch der herrschenden Klassen, die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz für sich auszunutzen. Dabei machen sich die arabischen Länder aber auch wieder untereinander Konkurrenz, so daß der Ölboykott gegen die Niederlande und die USA wohl lautstark angekündigt, aber nicht durchgeführt worden ist.

Öl als Waffe ?

Der Kommunistische Bund hat aufgrund seiner Einschätzung der

Kräfteverhältnisse und der Klassenstruktur der arabischen Länder von Anfang an die Meinung vertreten, daß die „Ölkrise“ vielen Interessen diene, aber niemals eine wirkliche Ölkrise oder ein Ölboykott durch die arabischen Länder vorhanden war. Der KBW war da anderer Meinung. Eine große antiimperialistische Bewegung der arabischen Staaten paßte in sein politisches Jubelkonzept.

„Alle Länder, die einen großen nationalen Reichtum an Öl besitzen, wollen frei und unabhängig vom Willen der Großmächte über ihre eigenen Bodenschätze verfügen.“ (3) Deshalb setzen sie „im Kampf für ihre Unabhängigkeit die Waffe“ ein, „die sie haben: das Öl.“ (4) Durch den üblichen Trick wird die Tatsache überspielt, daß es sich um die Unabhängigkeit der arabischen Bourgeoisie bei der Ausbeutung des Volkes und um ihre Verfügung über die „eigenen Bodenschätze“ handelt und nicht um eine Unabhängigkeitsbewegung der Völker:

„Die wirkliche Ursache für die gegenwärtige Situation ist die langandauernde rücksichtslose Ausplünderung der arabischen Länder durch die großen Erdölmonopole, die notwendig auf einen starken Widerstand bei den arabischen Völkern stößt und die arabischen Staaten zu Abwehrmaßnahmen zwingt.“ (5)

Die arabische Bourgeoisie handelt mit den Imperialisten einen höheren Gewinnanteil aus und stellt dies vor den arabischen Massen als antiimperialistischen Kampf hin. Willig geht ihnen der KBW auf den Leim. Die Wirklichkeit wird auf den Kopf gestellt. Nun sind es die arabischen Völker, die die Regimes zu einer antiimperialistischen Politik zwingen. Am Ende wird dann die „Ölkrise“ zu einem Beweis für den revolutionären Aufschwung der Völker und für die Richtigkeit einer Politik des „Druck ausüben auf die Regierung“. Ein Tuschenspielertrick.

Als Leser der „KVZ“ kritisierten, daß „der Eindruck entstehen kann, als wenn wir Kommunisten den Krieg der arabischen Bourgeoisie unterstützen würden“ (6), erhielten sie die Antwort: „Das bürgerliche und halbfeudale Wesen dieser Regimes tritt aber gerade auch darin zutage, daß sie die gerechte Sache der arabischen Völker schlecht vertreten.“ (7) Sie führen „den Kampf gegen die israelische Aggression tatsächlich, wenn auch mit bürgerlichen Methoden ...“ (8)

Sie vertreten also nach Meinung der „KVZ“ nicht etwa die Sache der arabischen Bourgeoisie, sondern „der arabischen Völker“. Das Wesen der Regimes äußert sich dann nur darin, daß sie es mit „bürgerlichen Methoden“ tun. Zu einem solchen Standpunkt muß man natürlich kommen,

wenn man am Anfang die Voraussetzung gemacht hat, daß die Völker die Staaten zu den Maßnahmen zwingen.

Als sich nun aber nach einiger Zeit zweifelsfrei herausstellte, daß der Krieg gegen Israel nur dem Komplott mit dem US-Imperialismus gedient hatte und der Ölboykott ein Scheinmanöver vor den arabischen Massen war, paßte sich die Propagandalinie der „KVZ“ an, um ihre Grundvoraussetzung nicht aufgeben zu müssen:

„Mit diesem Abkommen gibt der ägyptische Staatschef Sadat die Durchsetzung des Rückzuges der israelischen Truppen vom besetzten ägyptischen Territorium völlig in die Hand der imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion, und zwar ohne Bedingungen und zeitliche Fristen, ...“ „Aber je mehr arabische Regierungen von den Supermächten je einzeln in ihre Abhängigkeit gezwungen werden, desto deutlicher werden den arabischen Völkern ihre gemeinsamen Aufgaben im Kampf um die Unabhängigkeit.“ (9) Die Interessen der herrschenden Klasse in Ägypten, denen das Abkommen dient, werden nicht erwähnt, sondern als Träger der Politik erscheint wie in der bürgerlichen Presse „der ägyptische Staatschef Sadat“. Der Verrat an den Interessen des Volkes wird zu einem Erfolg umgedreht. Aus der Tatsache, daß auch Niederlagen meist noch wenigstens die gute Seite haben, daß sie Anschauungsbeispiele für richtige und falsche Politik sind, und daß man aus ihnen Lehren ziehen kann (10), wird der stereotype Satz, daß jede Niederlage ein Schritt vorwärts zum Erfolg sei.

Was den nichtexistierenden Ölboykott betraf, so hieß es nun, das bedeute „nicht, daß die Ölkrise nur ein Manöver der Ölkonzerne ist“ (11), „sie machen dies“ nämlich, „weil das Öl effektiv knapp werden wird, wenn die Förderstaaten ernstlich daran gehen, wie sie es beschlossen haben, ihre natürlichen Reichtümer vor der rücksichtslosen Ausbeutung durch die ausländischen Monopole zu schützen.“ (12)

Und weil sich der Leser nun doch vielleicht fragt, weshalb es denn jetzt noch zu Maßnahmen kommen soll, die offenbar nicht einmal die Völker erzwingen konnten, tritt an die Stelle des ja leider verbrauchten Zwanges der Völker ein ökonomischer Zwang: „Sie sind dazu gezwungen, wollen sie nicht in 20 Jahren ohne einen Tropfen Öl dastehen.“ (13) Gezwungen sind die Regimes also auf jeden Fall, und wenn sie es nun wieder nicht tun, kann die „KVZ“ ja auch noch ein Komplott der Supermächte zur Erklärung heranziehen.

Bisher kein Regime „hinweggefegt“

Gibt es nun irgendwelche Zeichen dafür, daß die arabischen Regimes so im Zwang der Völker stehen, wie die „KVZ“ meint?

Nehmen wir als Beispiel die Entwicklung in Ägypten. Als nach dem Junikrieg 1967 Nasser seinen Rücktritt anbot, gab es gewaltige Massendemonstrationen gegen eine Rückkehr der Herrschaft des US-Imperialismus über Ägypten. Inzwischen ist der US-Imperialismus tatsächlich zurückgekehrt. Dem Volk wurde das mit Hilfe des letzten Krieges schmackhaft gemacht. Ein Jahr davor wurden die sowjetischen Berater ausgewiesen, wobei das Regime sich brüstete, daß es gegen „beide Imperialisten“ kämpfe. Hierzu nun die „KVZ“: „Die Ausweisung der sowjetischen Militärberater 1971 durch die ägyptische Regierung wurde vom ganzen ägyptischen Volk begrüßt, auch wenn es nicht mit der proamerikanischen Wendung einverstanden war, die das Sadat-Regime zur gleichen Zeit vornahm.“ (14)

Vermutlich haben die bewußteren Teile des ägyptischen Volkes den Zusammenhang gesehen zwischen der Ausweisung der sowjetischen Berater und der „proamerikanischen Wendung“, während sich die „KVZ“ der Version der ägyptischen Regierung und der Imperialisten anschließt: „vom ganzen ägyptischen Volk begrüßt“.

Ebenso steht es mit der Beurteilung des letzten Krieges. Die „KVZ“ schlägt alle Analysen – etwa der palästinensischen Genossen – in den Krieg zur Rückeroberung der besetzten Gebiete“, den sich die ägyptische Bourgeoisie „auf Druck ihrer empörten Volksmassen und der palästinensischen Befreiungsbewegung“ hat aufzwingen lassen.“ (15)

Daß das ägyptische Volk gerade den Verzicht auf einen solchen Krieg, die Abtretung der Sinaihalbinsel, einen neuen Versuch der „friedlichen Lösung der Palästinafrage“ und die Rückkehr des US-Imperialismus mit seinem Blut bezahlt hat, paßt nicht ins Wunschbild:

„Dieser Erfolg der Völker und ihrer Befreiungsbewegung beweist, daß ihre Seite im Kräfteverhältnis überwiegt.“ (16)

Mit der windigen Formulierung „und ihrer Befreiungsbewegung“, der palästinensischen nämlich, wird darüber hinweggegangen, daß es eine organisierte ägyptische revolutionäre Bewegung nicht gibt, daß also gerade die entscheidende Voraussetzung dafür fehlt, „daß ihre Seite im Kräfteverhältnis überwiegt.“

Ein gutes Beispiel dafür, welche Kämpfe es kostet, bis die Seite des

Volkes im Kräfteverhältnis überwiegt, ist Algerien, Große Opfer und Ströme von Blut waren in einem acht Jahre dauernden Volkskrieg nötig, um die französischen Imperialisten dort zum Rückzug zu veranlassen. Trotz dieser Kampfkraft des Volkes hat die algerische Bourgeoisie die Erfolge des Krieges für sich genutzt und ist heute dabei, die Ausbeutung des Volkes meistbietend zu verkaufen. Z.B. wurden vor kurzem umfangreiche Industrie- und Handelsabkommen mit der BRD abgeschlossen, die den BRD-Imperialisten Sonderrechte einräumen.

Aber vielleicht meinen die Redakteure der „KVZ“ nicht solche Regimes wie in Ägypten und Algerien, sondern ein feudales Land wie Saudi-Arabien? Die Armee dieses Landes ist gerade zu einer Offensive gegen Südjemen und die befreiten Gebiete von Dhofar übergegangen, die Stützpunkte der revolutionären Kräfte in Arabien. Wir werten das nicht als ein Zeichen dafür, daß das saudiarabische Volk das Regime „hinwegfegen“ könnte.

Nur die organisierte revolutionäre Kraft des Volkes kann mit Aussicht auf Erfolg gegen die arabischen Regimes und den Imperialismus kämpfen. Auf dem Weg zur Schaffung dieser Kraft ist das palästinensische Volk besonders weit fortgeschritten. Trotzdem steht es ständig in schwerem Abwehrkampf gegen die Versuche, die Widerstandsbewegung zu zerschlagen. 1970 mußte sich der palästinensische Widerstand unter großen Verlusten aus seiner wichtigsten Basis, aus Jordanien, zurückziehen. 1973 versuchte die libanesische Armee, die Flüchtlingslager unter ihre Kontrolle zu stellen und so den palästinensischen Widerstand von den Massen zu isolieren. Der Widerstand hatte sich auf diese neue Kraftprobe vorbereitet und vor allem die gemeinsame Kampffront mit den fortschrittlichen libanesischen Kräften gestärkt. Nach schweren Kämpfen kam es zu einem Waffenstillstand, ohne daß der Widerstand Positionen räumen mußte. Dieser Erfolg, nämlich nur die Aufrechterhaltung der Arbeit des Widerstandes, ist ein Beispiel für die kleinen Schritte, die eine revolutionäre Volksbewegung auch bei größter Anstrengung nur machen kann.

Die palästinensischen Genossen haben sich auf einen langwierigen Kampf eingestellt. Sie wissen, daß nur eine breite arabische Front in der Lage sein wird, mit Aussicht auf Erfolg den Imperialismus und Zionismus zu bekämpfen. Voraussetzung dafür ist, daß sich in den einzelnen arabischen Ländern der Kampf gegen die reaktionären Regimes und die hinter ihnen stehenden Ausbeuterklassen verstärkt und organisiert. Diese Entwicklung ist noch nicht

weit fortgeschritten, so daß sich, auch z.B. nach Meinung der PDFLP, „die Beziehungen zwischen der Widerstandsbewegung und den arabischen Regimes in einer Weise entwickelt haben, die den Interessen der Revolution gerade entgegengesetzt ist.“ (17)

Tödlich für den Imperialismus ?

„Um vor den arabischen Volksmassen bestehen zu können, war sogar das Regime von Saudi-Arabien gezwungen, sich als das Land mit den größten Ölreserven und der größten Förderung an die Spitze des Boykotts zu stellen, ein Regime, das die US-Imperialisten glaubten, fest in der Hand zu haben.“ (18)

Nachdem nun sicher ist, daß es einen Ölboykott nie gegeben hat, ist offenbar, daß sich in seinem Glauben nicht der US-Imperialismus getäuscht hat, sondern der KBW. Die Regimes von Saudi-Arabien und Iran stellten sich an die Spitze, weil sie am engsten und besten mit dem Imperialismus zusammenarbeiten und dessen Vertrauen genießen.

Das ist aber nicht einfach eine Fehleinschätzung des KBW, sondern ein Teil seiner ganzen irrevolutionären Linie. Er sieht in der heutigen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Imperialisten und der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz um die Ausbeutung der Völker eine unheilbare Krise, „den Anfang vom Ende des Imperialismus.“ (19) Nicht der Kampf der Imperialisten, sondern der Kampf der Völker hat nach Meinung des KBW diese Krise herbeigeführt. Auf diese Weise produziert man aus der Luft einen revolutionären Aufschwung:

„Staaten wollen die Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution, das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden. Das bedeutet unweigerlich die Krise, den Anfang vom Ende des Imperialismus, ...“ „Umfassend ist diese Krise weil die ausgebeuteten Völker immer weniger die Ausplünderung ihrer Rohstoffe und die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft für den Profit ausländischer Monopole hinnehmen.“ Deshalb „ist der teilweise (es handelt sich um eine Dezemberausgabe der „KVZ“, AK-Red.) Ölboykott der arabischen Staaten ein empfindlicher Schlag gegen den Imperialismus am entscheidenden Punkt der Energieausplünderung. Er hat das ganze imperialistische Weltsystem, in dem die Bundesrepublik ihren besten Platz hat, zum Tanzen gebracht.“ „Diese Entwicklung trifft den Imperialismus tödlich.“ (20)

Die größte Gefahr bei diesen Phrasen ist, daß die tatsächlich vorhandene Lebendigkeit des Imperialismus,

besonders des BRD-Imperialismus, so aus der Welt gelogen wird.

Es ist kein Zweifel möglich, daß die bewußten Teile der „Völker die Revolution wollen“, aber damit dieser Wille zur Revolution führt, müssen die entsprechenden Kräfte mobilisiert werden: Zusammenfassung der revolutionären Kräfte, Aufbau einer Kommunistischen Partei in ständiger Wechselwirkung mit dem Kampf der Massen, Schaffung von Klarheit über die Aufgaben des Kampfes. Dieser Prozeß läßt sich nicht beliebig beschleunigen, er ist abhängig vom Wachsen der Erfahrungen und des Klassenbewußtseins in den Massen:

„Das alles bildet einen zusammenhängenden revolutionären Prozeß, der nicht willkürlich aufgetrennt werden kann, der seinen geschichtlichen Verlauf nehmen muß und den wir geduldig und kämpferisch fördern müssen.“ (21)

Die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse folgt objektiven Gesetzen, folgt der Entwicklung der Klassenkräfte. Es gibt dabei kein perpetuum mobile, keine Bewegung ohne Kraftaufwand.

Gegen die falschen Freunde der unterdrückten Völker

Die Entwicklung der arabischen Revolution ist ein langwieriger Prozeß, der „geduldig gefördert werden muß“. Die Aufgabe der Kommunisten besteht dabei gerade darin, z.B. im Kampf gegen bürgerliche Kräfte in der Al Fatah, Illusionen über Freunde und Feinde sowie über die Kräfteverhältnisse zu verhindern und Klarheit zu schaffen:

„Die Reaktion war in der Lage, die Initiative zu ergreifen, um die Widerstandsbewegung auszurotten und das Volk zu entwaffnen. ... Die Hauptverantwortung, die ganze Bewegung in dies Dilemma geführt zu haben, liegt bei denen, die das Zentrum der Macht und des Einflusses an sich gerissen haben: die Vertreter der Richtung der nationalen Bourgeoisie im Widerstand. ... Die Massen brauchen Zeit, um durch ihre eigenen Erfahrungen und auf die greifbarste und konkreteste Weise zu entdecken, im Verlauf von Kämpfen und Widersprüchen, ... daß das rechte Programm der Nationalbourgeoisie nur zu einer Reihe fortwährender Katastrophen führt.“ (22)

Stattdessen verharmlost der KBW die Erzfeinde des Kampfes der Völker und verbreitet Illusionen über die Kraft einer spontanen Volksbewegung: „auch das reaktionäre Schah-Regime im Iran kann nicht verhindern, daß die OPEC-Länder ihren Kurs der Unabhängigkeit von den großen Ölmonopolen fortschreiten.“ (23) „Entscheidend ist, daß sogar die

halbfeudalen arabischen Regimes und die bürgerlichen Republiken unter dem Druck der Volksmassen gezwungen sind, in dieser Frage einen Kurs auf Unabhängigkeit und gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus einzuschlagen.“ (24) In diesen „bürgerlichen Republiken“ wird die Arbeiter- und Bauernbewegung brutal unterdrückt!

Ein Verbrechen aber ist es, wenn eine Organisation in einem imperialistischen Land den Imperialismus, der sich gerade zu einem Anschlag auf die arabischen Völker rüstet, verharmlost: „Diese Entwicklung trifft den Imperialismus tödlich.“ Damit wälzt man die eigenen Aufgaben im gemeinsamen Kampf, nämlich diesen Imperialismus im eigenen Land zu besiegen, ab auf die vom Imperialismus unterdrückten Völker.

Wir sollten unsere Anstrengungen verstärken, den richtigen Weg des proletarischen Internationalismus zu gehen, um, in unserem eigenen Interesse, unsere Verbündeten im gemeinsamen Kampf vor ihren falschen Freunden zu bewahren.

ANMERKUNGEN:

- (1) Referat der BO des KB Gruppe Harburg/Wilhelmsburg
- (2) „KVZ“ 7/73 (22.11.73) S.1, dritte Spalte unten, Dies ist der Kernsatz der der Politik des KBW zur „Ölkrise“. Er wird auf S. 2 der „KVZ“ 7/73 sowie auf S. 1 und auf S. 2 der „KVZ“ 8/73 fast wörtlich wiederholt. Vergl. auch Anm. (18)
- (3) „KVZ“ 6/73 (7.11.73), S. 2, erste Spalte oben.
- (4) „KVZ“ 7/73, S. 2, zweite Sp. Mitte
- (5) „KVZ“ 7/73, S. 1, Sp. drei und vier unten.
- (6) „KVZ“ 6/73, S. 14, dritte Sp. oben
- (7) wie vor, vierte Sp. unten
- (8) wie vor, fünfte Sp. unten
- (9) „KVZ“ 2/74 (23.1.74), S. 2 oben links
- (10) Es ist dabei besonders die Aufgabe der Kommunisten, Niederlagen des revolutionären Kampfes zu verhindern und, wenn sie unvermeidbar sind, dafür zu arbeiten, daß ihre gute Seite, die Verbreitung von

Erfahrungen und Lehren, möglichst stark genutzt wird. Das kommt nicht etwa von selbst.

- (11) „KVZ“ 9/73 (19.12.73), S. 4, zweite Sp. Mitte.
- (12) wie vor, Hervorhebung durch uns
- (13) wie vor
- (14) „KVZ“ 5/73 (24.10.73), S. 2, Sp. 3 oben
- (15) „KVZ“ 5/73, S. 9, dritte Sp. unten
- (16) wie vor
- (17) Nayef Hawatmeh, Generalsekretär der PDFLP (Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas) in: Palestine lives, Beirut 1973, S. 84. Wir zitieren hier mit Absicht einen Sprecher der PDFLP, da der KBW diese Organisation für die einzige marxistisch-leninistische Organisation des palästinensischen Widerstandes hält.
- (18) „KVZ“ 8/73 (5.12.73), S. 3, vierte Sp. Mitte
- (19) „KVZ“ 8/73, S. 1, erste Sp. Mitte
- (20) Alles „KVZ“ 8/73, S. 1, erste Sp. und zweite Sp.
- (21) N. Hawatmeh, S. 119, vergl. Anm. (17)
- (22) N. Hawatmeh, S. 88, wie vor
- (23) „KVZ“ 8/73, S. 3, vierte Sp. Mitte
- (24) „KVZ“ 7/73, S. 2, zweite Sp. Mitte

Kritik eines griechischen Genossen

Liebe Genossen!

In AK 36 und 37 sind zwei Artikel zu Fragen des antifaschistischen Widerstandes in Griechenland erschienen. Beide Artikel sind in der Tendenz zweifellos richtig. In einigen Punkten allerdings lassen sie eine Unkenntnis der griechischen Verhältnisse zutage kommen, die verständlich, aber nicht entschuldigbar ist (Journalisten – vor allem kommunistische – sollten sich entweder informieren oder schweigen). Außerdem sind einige Äußerungen zu Fragen des antifaschistischen Kampfes gemacht worden, die so nicht stimmen.

Im AK 26 heißt es: „Der antifaschistische Kampf stellt sich unmittelbar nur das Ziel, eine nichtfaschistische Ordnung zu errichten. Er ist also eine Form des bürgerlich-demokratischen Kampfes. Etwas anderes steht u. E. in Griechenland nicht auf der Tagesordnung und zwar auch wegen der Unentwickeltheit des Kapitalismus und der Schwäche des Proletariats. Hier muß man also die Notwendigkeit betonen, in der bürgerlich-demokratischen Revolution jene bestimmte Entwicklung der proletarischen Klassenpolitik durchzusetzen, wie sie vor allem von Lenin in seiner Schrift „Zwei Taktiken“ propagiert wurde.“

Was heißt „Unentwickeltheit des Kapitalismus“? Wenn das zahlenmäßig gemeint ist, ist sicher die BRD weit entwickelter. Das wirkt sich auch auf die Organisation der Produktion, Verteilung und Staatslenkung aus. Darüberhinaus ist die Bourgeoisie hier selbständig im Sinn von führend. Einen wesentlichen Unterschied aber, etwa in der Frage der Produktionsverhältnisse oder der Macht im Staat, gibt es nicht. Der Kapitalis-

mus umfaßt bereits seit langem alle Bereiche der Wirtschaft und ist ins Stadium des Monopolkapitalismus getreten. Die griechische Bourgeoisie hat seit 1919 an imperialistischen Eroberungszügen teilgenommen – natürlich unter Führung der imperialistischen Großmächte. Heute ist sie an der Ausplünderung der arabischen Ölvorkommen beteiligt. Von einem bürgerlich-demokratischen Charakter der Revolution kann also nicht die Rede sein. Aber auch nicht von der Frage der politischen Macht her. Die Machtfrage haben die griechischen Kapitalisten mit der bürgerlichen Revolution 1909 zu ihren Gunsten geklärt und in den darauffolgenden Jahren dem Feudalismus auch die ökonomische Grundlage entzogen. Was soll da die bürgerlich-demokratische Revolution? Schließlich ist der Faschismus eine Herrschaftsform der Bourgeoisie im Imperialismus. Der Sieg der antifaschistischen Kräfte, wenn er ihre Herrschaft nicht bricht, so schwächt er sie doch.

Im Gegensatz dazu schreibt Lenin im Resolutionsentwurf „über die provisorische Revolutionsregierung“, vorgelegt beim III. Parteitag der SDAPR, „... daß diese bürgerliche Revolution die Herrschaft der Bourgeoisie nicht schwächen, sondern stärken wird ...“

In den zwei Taktiken kann man gewiß vieles vor allem zur Bündnispolitik des Proletariats lernen. Man darf aber nicht Katzen und Hunde zusammentun. Sonst kann man leicht nach revisionistischer oder auch „links“-dogmatischer Manier den Blick dafür verlieren, wer Bündnispartner des Proletariats im Kampf gegen den Faschismus sein kann. Im Feudalismus (Absolutismus) ist

die revolutionäre Bourgeoisie Bündnispartner, die Feudalistenklasse und ihr Staat Hauptgegner des Proletariats. Darum schreibt Lenin im Resolutionsentwurf „über die Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen Revolutionsregierung“: „In Erwägung ... daß die internationale revolutionäre Sozialdemokratie immer die Notwendigkeit anerkannt hat, der revolutionären Bourgeoisie die aktivste Unterstützung seitens des Proletariats zu gewähren gegen alle reaktionären Klassen und Institutionen, unter der Bedingung der völligen Selbständigkeit der Partei des Proletariats und der streng kritischen Haltung gegen seine zeitweiligen Verbündeten.“

Im antifaschistischen Kampf geht es um etwas anderes: Um den Kampf des antifaschistischen Bündnisses gegen die Bourgeoisie unter Führung „der extrem reaktionären chauvinistischen und imperialistischen Teile des Finanzkapitals“ mit dem faschistischen Staatsapparat an der Spitze. Es kann von einem Bündnis mit der Bourgeoisie oder mit Teilen nicht die Rede sein. So schätzte auch die KI 1935 die Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ein: „Das Proletariat – das ist die Haupttriebkraft einer jeden antifaschistischen Volksbewegung ... Es kämpft gemeinsam mit dem demokratischen Kleinbürgertum, den Bauern und der Intelligenz gegen den gemeinsamen Feind“.

Im Kampf gegen den Feudalismus wird dieser so oder so untergehen. Wenn die Bourgeoisie die Führung inne hat, schließt sie Kompromisse und entzieht allmählich den Feudalisten die ökonomische Grundlage, gleichzeitig kämpft sie gegen das Pro-

letariat, mit dem sie vorher verbündet war. Sie führt aber den Kampf gegen den Feudalismus auf jeden Fall.

Der Faschismus aber ist etwas anderes. Hier hat die Bourgeoisie sowohl die ökonomische als auch die ungeteilte politische Macht. Worin bürgerliche Opposition zum Faschismus besteht, sehen wir tagtäglich in Griechenland. Es handelt sich um Angebote auf dem politischen Arbeitsmarkt. Heißt das nun für die konsequenten Antifaschisten, sie dürfen die Differenzen zwischen der Junta und ihren Vorgängern ignorieren? Im Gegenteil! Es ist z. B. richtig, die Proteste der „Opposition“ gegen den faschistischen Terror in die antifaschistische Propaganda einzubauen. Es ist falsch, die Angriffe nicht auf die Faschisten zu konzentrieren und durch den Popanz der reaktionären Politiker die Aufmerksamkeit vom Hauptgeger abzulenken.

Aus diesen Differenzen aber den Schluß zu ziehen, man könne ein dauerhaftes Bündnis mit diesen Leuten schließen, heißt, das Spiel der Bourgeoisie spielen. Die „Alternativen“ der bürgerlichen „Opposition“ und ihre Theorie von einer friedlichen – oder durch einen Militärputsch – Wiederherstellung des Parlamentarismus, ihre Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus nicht entlarven, heißt das Volk verwirren und desorientieren. Letztlich heißt es auf den Demokratisierungsschwindel hereinfallen. Merkwürdige „Theorien“ von einer bürgerlich-demokratischen „Revolution“ im faschistischen Staat der Bourgeoisie hauen objektiv in dieselbe Kerbe. Im Zeitalter des Faschismus ist eben demokratischer Kampf nicht bürgerlich ...

Eine wichtige Frage, der sich Kommunisten stellen müssen, ist die nach dem „vollständigen Sieg“ über den Faschismus, d. h. nach dem strategischen Ziel des antifaschistischen Bündnisses. Da reicht es nicht zu sagen, „er muß die Perspektive der Erreichung des Sozialismus erhalten“. Die Frage muß gestellt werden: „Hinter welches Programm können möglichst breite Teile der Bauern, des Kleinbürgertums und der Intelligenz mit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus geführt werden?“ –

Es gibt Leute, die diese Kernfrage mit einem Katalog von Maßnahmen über die Anzahl von Kapitalisten, die enteignet werden müssen, über die Struktur der Verwaltung und sonstigem beantworten. Sogar Verfassungsentwürfe sind vorgelegt worden.

Ich meine, daß dieses Programm den Sturz der Junta, die Aufhebung aller faschistischen Gesetze und Verordnungen, die Auflösung der faschistischen Organisationen und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zum Inhalt haben muß. Die Kommunisten und anderen konsequenten Antifaschisten müssen bei der Propagierung dieses Ziels die Voraussetzung betonen, die zu seiner Verwirklichung notwendig sind, d. h. Abzug der US-Truppen, Auflösung der faschistischen „Sicherheits“-Organe und Sondermilitäreinheiten, Bildung einer provisorischen antifaschistischen Regierung, Säuberung des Staatsapparats und der bewaffneten Kräfte von Faschisten. Schließlich müssen wir propagieren, wie die Gefahr des Faschismus gebannt werden kann, die Ausschaltung jedes politischen, ökonomischen und militärischen Einflusses der USA und der anderen imperialistischen Mächte, wir müssen die Verbindung zwischen dem Faschismus

und den ökonomischen Machtzentren der griechischen Bourgeoisie und die Notwendigkeit ihrer Verstaatlichung, die Rolle der bewaffneten Macht und die Notwendigkeit einer demokratischen Armee aufzeigen, die Säuberung des politischen und kulturellen Lebens und des Bildungswesens von jedem faschistischen Einfluß propagieren.

Es ist klar, daß wir uns nicht in der Phase der Verwirklichung dieses Programms, des Angriffs auf den Faschismus befinden. Es ist vielmehr die Phase der Verteidigung der noch verbliebenen Positionen auf allen Bereichen, des Aufbaus der kommunistischen Partei und der antifaschistischen Front. Die unmittelbaren Aufgaben sind das organisierte Eingreifen in die Defensivkämpfe der arbeitenden und lernenden Bevölkerung, die Stärkung, Organisation und Zusammenfassung der bewußten Kräfte, der Kampf gegen reformistische Illusionen, die Aufklärung über die Entschlossenheit der Faschisten, ihren Staat mit aller Härte zu verteidigen, und die Notwendigkeit, sie gewaltsam zu stürzen. Mit kommunistischem Gruß ...

Antwort der Redaktion

Der Genosse hat mit seiner Bemerkung am Anfang über unsere unzureichende Kenntnis der griechischen Situation sicher grundsätzlich recht. Jedoch hätte er diesen Vorwurf besser konkret machen sollen, um nicht den etwas negativen Eindruck eines unsolidarischen Einschüchterungsversuchs zu hinterlassen.

Seine Argumente hinsichtlich Griechenland halten wir z. T. für nicht stichhaltig. So etwa die Teilnahme Griechenlands „an imperialistischen Eroberungszügen“. Das zaristische Rußland hat zahlreiche imperialistische Eroberungszüge selbständig geführt, es hat zahlreiche nichtrussische Völker versklavt, es hat am I. imperialistischen Weltkrieg teilgenommen. Es wäre aber doch niemanden eingefallen, dies als Argument gegen den bürgerlich-demokratischen Charakter der russischen Revolution anzuführen.

Weiter hat der Genosse die Tatsache nicht erwähnt, daß Griechenland kaum je eine parlamentarische Demokratie hatte, sondern die meiste Zeit

seit der Durchsetzung des Kapitalismus mehr oder weniger diktatorisch regiert wurde – eine Tatsache, die ebenfalls nicht ganz bedeutungslos für den Charakter der griechischen Revolution ist.

Daß das griechische Proletariat relativ schwach entwickelt ist, ist allgemein bekannt: Das Industrieproletariat macht etwa 14 % der arbeitenden Bevölkerung aus; 37 % der Industrieproletarier arbeiten in Kleinbetrieben mit weniger als 10 Arbeitern. (Zahlen aus der Broschüre „Griechenland – Unterstützen wir den Widerstand!“, hrg. von „Gruppe griechischer Widerstand“).

Die Differenz zu dem griechischen Genossen besteht u. E. darin, daß er den Begriff „bürgerlich-demokratische Revolution“ in einer sehr engen, dogmatischen Weise auffaßt. Schon Lenin wies daraufhin, daß das Wort „bürgerlich-demokratische Revolution“ in Rußland eine andere Bedeutung hatte als z. B. in der deutschen Revolution von 1848. Ebenso wenig kann man den Begriff der „bürgerlich-demokratischen Revolution“ dogmatisch an der russischen Revolution von Februar 1917 messen.

Die entscheidende Gemeinsamkeit besteht darin, daß es sich um eine Revolution handelt, die sich noch nicht unmittelbar die Aufgabe stellt, die kapitalistische Ordnung zu beseitigen, sondern die nicht über den kapitalistischen Rahmen hinausgeht. Eine Revolution, mit der nicht das Proletariat die Herrschaft für sich erobert, sondern die die Herrschaft in den Händen der Bourgeoisie beläßt.

Aus der Kritik des griechischen Genossen geht hervor, daß auch nach seiner Meinung Griechenland nicht vor den Aufgaben einer sozialistischen Revolution steht. Was er als „Programm“ vorschlägt, ist sogar „weniger“ als eine konsequente bürgerlich-demokratische Revolution. Der Genosse stellt die Frage nach dem „vollständigen Sieg“ über den Faschismus und setzt dies offenbar gleich mit dem Sturz der Junta und der Herstellung bürgerlich-parlamentarischer Verhältnisse in Griechenland. Lenin dagegen schreibt: „Ein entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus“ ist die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ..“ („Zwei Taktiken“ ..). Das ist der wesentliche Punkt!

Der Genosse lehnt die Kategorie „bürgerlich-demokratische Revolution“ für Griechenland ab, behauptet sogar, „im Zeitalter des Faschismus“ sei „eben demokratischer Kampf nicht bürgerlich“, und tritt mit seinem eigenen Vorschlag (Sturz der Junta etc.) den Gegenbeweis an.

Impressum

Druck und Verlag: Jürgen Reents
VERLAG ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

Auflage: 3.000
verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers
Verlagsadresse

Nordmende, Bremerhaven

Die große Mende-Familie zeigt erste Risse

Die Kapitalistenfamilie Mende besitzt heute sechs Werke auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik mit rund 5.600 Beschäftigten — überwiegend Frauen. Geplant ist der Bau eines weiteren Werkes in Singapur; in Malaysia soll noch zu Beginn dieses Jahres die Produktion aufgenommen werden.

Im Bremerhavener Werk arbeiten z.Zt. rund 800 Kollegen. Nordmende gilt bei den Kollegen der Metallbetriebe als „Notstandsbetrieb“ — geringer Lohn, scharfes Arbeitstempo, ständige Schikanen und Angriffe der Vorgesetzten, verhältnismäßig wenig Rechte für die Belegschaft. Die Angriffe auf Rechte und Arbeitsbedingungen nahmen insbesondere im letzten Jahr massiv zu, doch der Widerstand der Kollegen steckt noch in den ersten Anfängen.

Am 14. Dezember 73 erhielten Margitta R. — Mitglied des Vertrauensleutkörpers — sowie Manfred M., Kolle-

gen aus dem Nordmendewerk in Bremerhaven, ihre Kündigung mit einer Begründung, die in einem Satz gipfelt: „Durch ihr Verhalten auf der Betriebsversammlung am 13.12.73 ist eine erhebliche Unruhe unter der Belegschaft entstanden, sodaß im Hinblick auf die gegenwärtige konjunkturelle Situation die für die Erreichung des Betriebszweckes notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit im Betrieb Bremerhaven nicht mehr gewährleistet ist.“

Die Entlassung der beiden Kollegen stellt einen vorläufigen Höhepunkt der Angriffe der Mende-Kapitalisten gegen die Rechte der Mende-Kollegen dar.

So soll dieser Artikel insbesondere das planmäßige Vorgehen der Geschäftsleitung im Kampf gegen die Kollegen, ihrer Unterstützung durch den Betriebsrat und die IGM-Ortsverwaltung, sowie die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich der Belegschaft bei der Entwicklung von Abwehrmaßnahmen stellen, aufzeigen.

Die „Betriebsgemeinschaft“

Anfang 73 wurde ein „Experte“ für das Gebiet Sozial- und Personalwesen eingestellt. Dieser „Sozialexperte“, Dr. Diether Walz hat sich mehr und mehr als Spezialist für verschiedene Methoden des Kampfes gegen die Kollegen entpuppt und ist für die Mendes wahrlich sein Geld wert.

So brachte er zunächst einmal „Führungskräfte zurück auf die Schulbank“, um sie in „Menschenführung“ zu unterrichten. Bisher wurden über 200 Vorgesetzte aus allen Mende-Betrieben zu möglichst perfekten Antriebern ausgebildet. In der Mende-Werkszeitschrift ist dazu zu lesen: „Die Mitarbeiter sind mündig geworden, sie lassen sich nicht mehr befehlen oder etwas vormachen ... Das heißt bei den Mitarbeitern Bereitschaft und Verständnis zur Erfüllung der geplanten Aufgabe zu wecken.“ Logisch, daß die schwierige Aufgabe, bei den „Mitarbeitern“ Bereitschaft und Verständnis für die totale Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft zu wecken, eine „vernünftige Anleitung“ verlangt.

Die Herausgabe von bisher drei Nummern der Werkszeitschrift „Die Funkschneise“ — bekannt bei vielen Kollegen als „Funkscheiße“ — geht ebenfalls auf sein Konto. Hinter dem angeblichen Ziel der objektiven Information aus erster Hand — „um nicht auf die Buschtrommel hören zu müssen“ — verbirgt sich die reinste Volksverdummung. Im Mehrfarbendruck auf feinstem Papier, umgeben von Kochrezepten, Sport und Spiel, präsentiert sich die „Mendefamilie“. „Er-

folg für das Unternehmen ist Erfolg für jeden Mitarbeiter“ — heißt das Motto. Mit der gleichen Masche tritt Walz auf den Betriebsversammlungen auf. „Wir sitzen doch alle im gleichen Boot, wir müssen zusammenhalten“, sind seine Hauptparolen. Die Entlassung von 28 Kollegen Anfang Dezember 73 propagierte er als „sozialen Zug der Mendes“. Schließlich steckt Mende in einer Krise und er hätte ja auch das ganze Werk schließen können!

Verschärfte Ausbeutung

Warum Mende gerade im vergangenen Jahr diesen „Experten“ auf die Belegschaft ansetzte, wird deutlich daran, daß genau in dieser Zeit eine enorme Steigerung der Arbeitshetze, verursacht durch Rationalisierung einerseits und Produktionserweiterung andererseits durchgesetzt wurde. So ist aufgrund neuer Fertigungsmethoden allein an einem Band bei geringerer Platzbesetzung die anzufertigende Stückzahl von 520 auf 970 pro Tag, also fast um das Doppelte gestiegen. Die steigende Hetze hat sowohl physische und psychische Überbelastung als auch materielle Einbußen zur Folge. Einmal erfolgt die Erhöhung der zu leistenden Arbeit bei gleichem Grundlohn. Die Prämie allerdings, die sonst in fast gleichbleibender Höhe — bei „normaler“ Produktion — zum Lohn hinzukommt, fällt auf lange Sicht weg, bzw. ist sehr niedrig. Solange bis die Arbeiter sich den steigenden Anforderungen „angepaßt“ haben und Qualität und Stückzahl der Produkte den Vorstellungen Mendes entspricht.

Weitere Belastungen entstehen durch zunehmende Enge in allen Abteilungen — bedingt durch Produktionserweiterung —, die damit verbundene schlechte Luft, angereichert durch Lötwellendämpfe, größere Lärmbelastung, sowie durch das Verhalten der „Führungskräfte“, die mit Drohungen und Disziplinarmaßnahmen die Kollegen „in Schach halten“.

So wird versucht, Toilettengänge während der Arbeitszeit, Aufenthalt in anderen Abteilungen, Entfernen vom Arbeitsplatz, Gespräche mit Kollegen usw. zu verbieten. Erinnert nicht allein so etwas schon an Methoden in Gefängnissen, so verstärkt sich dieser Eindruck nur noch, wenn man weiß, daß Meister und Vorarbeiter darauf zu achten haben, daß sich während der Arbeitszeit keine Gruppen bilden. Durch Bevorzugung einzelner Arbeitsgruppen oder Kollegen mit „besseren“ Arbeitsplätzen, durch bewußtes Gegeneinanderausspielen von deutschen und ausländischen Kollegen — „die Türkinnen haben die beste Arbeitsmoral“, so ein Abteilungsleiter — wird verstärkt eine Spaltung innerhalb der Belegschaft vorangetrieben.

Mit Druckmitteln wie Nichthöhereinstufung des Lohnes bis hin zu Entlassungsdrohungen werden die Kollegen zu Überstunden gezwungen. Unter anderem wurde eine ganze Abteilung über Wochen zu Überstunden verpflichtet! Als „Beruhigungsspielle“ gab es eine Mark extra, aber nur für diese Abteilung — ebenfalls ein übles Spaltungsmanöver.

Das bisher „Dollste“ leisteten sich die Mendes dann noch kurz vor Weihnachten, indem sie 28 Kollegen wegen Produktionsumstellung entließen.

„Vertrauensvolle Zusammenarbeit“ – immer gewährleistet!

Bereits längere Zeit vor dem Jahresende wurde bekannt, daß eine Abteilung mit ca. 130 Kollegen aufgelöst werden sollte. Der Betriebsrat versicherte seinerzeit, daß dadurch auf keinen Fall mit Entlassungen zu rechnen sei. Im November mußte er dann jedoch gezwungenermaßen eingestehen, daß doch Entlassungen vorgenommen werden. Mit Argumentationshilfe für Mende: „Ich glaube, der hat Absatzschwierigkeiten“ – ging der Betriebsrat frohen Mutes daran, anhand einer Liste der Geschäftsleitung die zu Entlassenen auch noch auszusuchen. Zwar werden in vielen Abteilungen noch Überstunden gemacht, im April/Mai 74 sollen erklärtermaßen wieder Neueinstellungen vorgenommen werden, doch der Betriebsrat schwamm mit in der „Krise“ und erklärte die Entlassungen für „gerechtfertigt“. Die Entlassungsbegründung lautete in allen Fällen: Fehltag. Kriterium war hier, abgesehen vom unentschultigten Fehlen usw. auch Krankheit, genehmigte unbezahlte Urlaubstage und entschuldigtes Fehlen!

Die Handlungsweise des Betriebsrats in diesem Fall, wo auch nicht der geringste Versuch unternommen wurde, die Entlassungen zu verhindern – die Vorsitzende bemängelte lediglich: „Muß das denn noch vor der Betriebsversammlung sein?“ (!) – ist allerdings kein einmaliger Fehltritt.

Die arbeiterfeindliche Haltung des Betriebsrats nahm in dem Maße zu, je mehr es Walz gelang, Einfluß auf ihn zu nehmen. Auf regelmäßigen Zusammenkünften mit dem Gesamtbetriebsrat konnte Walz zumindestens bei den Vorsitzenden seine „Betriebsgemeinschafts“-Linie voll durchsetzen. Schließlich zeugt auch die Entlassung der beiden „nicht genehmigen“ Kollegen, die ja vom Betriebsrat gefordert wurde, von hervorragender Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat. Hier ließe sich eine ganze Latte von Beispielen anführen. Als z.B. bekannt wurde, daß die Geschäftsleitung eine Angestellte unter dem Vorwand „die Ursachen für die hohe Fluktuation zu untersuchen“ hinter kranken Kollegen herspitzeln ließ, um Entlassungsgründe zu suchen, beauftragte der Vertrauenskörper die Betriebsratsvorsitzende, diese Schweinereien auf der Betriebsversammlung zu kritisieren und die Kollegen zu warnen. Sie erwähnte jedoch kein Wort davon und fiel dann auch noch mit den Argumenten der Geschäftsleitung, „die Frau soll den Kollegen doch nur helfen“, dem gesamten Vertrauenskörper in den Rücken, nachdem ein VK-Kollege diese Dinge vortrug. Hin-

terher stellte sich heraus, daß sie auf einer Sitzung mit Walz die ganze Sache „geklärt“ hatte.

Je stärker die Angriffe der Geschäftsleitung auf Arbeitsbedingungen und Rechte der Kollegen wurden, desto offensichtlicher traten die Mauseheleien zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat zutage. Immer mehr Kollegen lehnen es ab, sich mit ihren Problemen an den Betriebsrat zu wenden: „Da kann ich ja gleich zum Meister gehen.“

Der Betriebsrat ist weder willens noch in der Lage, sich für die Kollegen einzusetzen. Damit soll nicht gesagt werden, daß in diesem Gremium ausschließlich reaktionäre Kräfte am Werk sind. Zwar unterscheiden sich die Handlungen dieses Betriebsrats nicht sehr von denen ausgemachter rechter sozialdemokratischer Betriebsräte, charakteristisch für die meisten Mitglieder ist jedoch politische Unbedarftheit und Desinteresse. Es ist anzunehmen, daß die Mehrheit zur SPD tendiert, was sich aber im Höchstfall lediglich anlässlich von allgemeinen Wahlen äußert. Prestigedenken und fast krankhafte „Postengeiererei“ scheinen vor allem die Beweggründe der Vorsitzenden zu sein, als Betriebsrat zu arbeiten. Sie schwingt, unterstützt von einer kleinen Clique, unangefochten das Zepter. In Diskussionen führt sie das große Wort, die Mehrheit des übrigen Betriebsrats sitzt teilnahmslos herum und zeichnet sich vor allem durch Schweigen aus.

Angriffe gegen linke Vertrauensleute spitzen sich zu

Im Vertrauenskörper gibt es nur eine kleine Gruppe von Kollegen – darunter war auch die jetzt entlassene Kollegin – die ihre Arbeit ernsthaft als Interessenvertretung der Kollegen betrachten. Von insgesamt 21 Mitgliedern erscheint im Schnitt nur die Hälfte zu den Sitzungen. Ein Teil der Kollegen resignierte bereits nach kurzer Zeit, andere Mitglieder, vor allem Betriebsräte, erscheinen nur, wenn es darum geht, Interessen des Betriebsrats durch Stimmabgabe durchzusetzen.

Die Gruppe von aktiven Kollegen festigte sich allmählich und in Ansätzen begann sich eine Perspektive sowohl für die Vertrauenskörperarbeit und die Mobilisierung der Kollegen für den Kampf um ihre Rechte abzuzeichnen. Immer mehr Kollegen wandten sich mit den anstehenden Problemen an die Vertrauensleute, einige zeigten auch Interesse an einer Mitarbeit im Vertrauenskörper. Verstärkt wurden die Möglichkeiten einer Neuwahl des Betriebsrats diskutiert. Die Anteilnahme der Belegschaft an den Betriebsversammlungen nahm in der letzten Zeit unverkennbar zu. Der Betriebsrat unternahm auch hier Anstrengungen, die Betriebsversammlun-

gen wieder in „geordneter Form“ ablaufen zu lassen, indem er vor der letzten Betriebsversammlung im Dezember die Tagesordnung ändern wollte. Der Punkt „freie Meinungsäußerung“ sollte ersetzt werden durch die Beantwortung vorher einzureichender schriftlicher Fragen. Dieser Maulkorb-erlaß – übrigens ein Vorschlag des besagten Dr. Walz – konnte allerdings durch den Protest der Kollegen abgewehrt werden.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung kam es speziell auf den Vertrauensleutesitzungen zu immer schwereren Differenzen mit dem Betriebsrat. Selbst ein Teil der Betriebsratsmitglieder kam nicht umhin, insbesondere das Handeln ihrer Vorsitzenden zu kritisieren.

Die Lage wurde brenzlich. Es mußte etwas unternommen werden.

Generalstabsplan gegen Linke

Die Angriffe gegen die aktiven Kollegen fanden ihren ersten Höhepunkt auf der Vertrauensleutesitzung vor der letzten Betriebsversammlung, die am 13.12. stattfand. Vor dieser Sitzung war ein Extrablatt des KB für die Mendekollegen erschienen, das vor allem die Hintergründe und Ungerechtfertigkeit der 28 Entlassungen aufzeigte und die Haltung des Betriebsrats in dieser Frage kritisierte. Ein Betriebsratsmitglied brachte dieses Flugblatt mit in die VK-Sitzung, um daraufhin eine bis dahin nicht dagewesene Hetze in erster Linie gegen die jetzt entlassene Kollegin sowie gegen einen weiteren VK-Kollegen zu starten.

Erwähnenswert ist, daß dieser Betriebsrats-„Kollege“ früher aktiv in der KPD tätig war und lange Zeit selbst den Anfeindungen von Betriebsrat und Gewerkschaftsführung ausgesetzt war. Galt er bei den Kollegen anfangs noch als „ehrliches“ Betriebsratsmitglied, entwickelte er sich leider im Laufe der Zeit mehr und mehr zum politischen Wirrkopf. Nach Gewerkschaftsschulungen schwärmte er überschwänglich von der „fortschrittlichen Entwicklung in den Gewerkschaften“, stimmte dem sogenannten RGO-Beschluß (Ausschluß der Linken aus der Gewerkschaft) zu, bezeichnete sich selbst jedoch noch wegen als Kommunisten „mit der einzig wahren Taktik“. Sein ständiges „Taktieren“, seine ständig wechselnden Meinungen führten schließlich dazu, daß ihn kaum noch jemand ernst nimmt. Seine Unsicherheit, sein immer weitergehendes Zurückweichen ausnutzend gelang es Geschäftsleitung und den Betriebsratsführern, ihn an die Spitze des Angriffs gegen linke Kollegen zu setzen.

So versuchte er zwei VK-Kollegen eine Mitgliedschaft im KB nachzuweisen, bezeichnete sie als Verantwortli-

che des Flugblatts und warf ihnen „Arbeiterfeindlichkeit“ vor. Eine Chance, sich zu bessern, gab er ihnen jedoch noch: Sie müßten aufhören, den Betriebsrat zu kritisieren!

Die VK-Kollegin sprach trotz aller Einschüchterungsversuche auf der Betriebsversammlung, wo sie gegen die Entlassungen Stellung nahm, ihre Kritik am Betriebsrat vortrug und die Ziele der Geschäftsleitung angesichts der massiven Angriffe darstellte. Manfred M., der dann mit der gleichen Begründung wie Margitta R. entlassen

formuliert. Der Betriebsrat reihte sich ein in diese Front, wieder vertreten durch den traurigen „Ex-Linken“, der in der gleichen Weise gegen seine „lieben linken Freunde“ vorging, wie auf der VK-Sitzung. Er forderte: „Kollegen, habt Mitleid mit ihnen.“ Das ist nun wirklich das Schärfste: Der Betriebsrat setzt Hand in Hand mit der Geschäftsleitung die Entlassung der „linken Freunde“ durch und fordert die Kollegen hinterher zu Mitleid auf. Zynischer kann man seine Arbeiterfeindlichkeit kaum ausdrücken.

brecher aus dem Betrieb „hinausbegleitet“.

Nordmende: schon Tradition

Die Entlassung der beiden Mende-Kollegen ist einzureihen in die sich in letzter Zeit häufenden politischen Entlassungen in der gesamten Bundesrepublik. In Bremerhaven gibt es mit den beiden jetzt Entlassenen vier bekannte Fälle, wo aktive Kollegen aus politischen Gründen „gefeuert“ wurden. Nordmende wahrte hierbei schon eine gewisse Tradition. Vor einem Jahr wurde ebenfalls ein linker VK-Kollege gekündigt, auch damals schon mit Hilfe des Betriebsrats. Die Gründe seiner Kündigung waren völlig aus der Luft gegriffen. Für seine Wiedereinstellung wurden seinerzeit spontan über 100 Unterschriften gesammelt, die jedoch von Geschäftsleitung und Betriebsrat völlig ignoriert wurden. Daß die Aktivitäten dann nicht weiterentwickelt wurden, hat sich zweifellos auch auf die jetzt eingeleitete Unterschriftensammlung für Margitta R. und Manfred M. ausgewirkt. Einige Kollegen sehen aufgrund der negativen Erfahrungen aus der damaligen Situation keine Perspektive in einer Unterschriftensammlung. Nicht ganz ohne Berechtigung! Mit Rechtsschutz der IGM führte der Kollege damals einen Prozeß gegen Mende, der sich über ein halbes Jahr hinauszog. Die Mendevertreter praktizierten eine regelrechte Verschleppungstaktik, indem sie zu jedem Gerichtstermin neue Entlassungsgründe aufstischten, die dann zuletzt auch auf „Unruhestiftung“ usw. hinausliefen. Trotzdem waren die Chancen seiner Wiedereinstellung ziemlich groß. Der Kollege resignierte jedoch, zumal auch die IGM keineswegs darauf scharf war, ihn bei Mende wieder aktiv werden zu lassen. Sie drängte ihn zur Annahme eines Vergleichs, was er schließlich auch tat.

Der Metallarbeiter



ZEITUNG DES
KOMMUNISTISCHEN BUNDES/GRUPPE BREMERHAVEN
FÜR DIE KOLLEGEN DER METALLINDUSTRIE

NR. 28

DEZ. 73

Wieder politische Entlassungen!

HOHEPUNKT DER ANGRIFFE DER MENDE-KAPITALISTEN

Nordmende gilt bei den Kollegen der Bremerhavener Metallbetriebe als „Notstandsbetrieb“ - geringer Lohn, scharfes Arbeitstempo, ständige Schikanen und Angriffe der Vorgesetzten, verhältnismäßig wenig Rechte für die Belegschaft. Die Betriebsleitung setzt natürlich alles daran, diesem Ruf Ehre zu erweisen und den sich häufenden politischen Entlassungen - die Fälle des Seebeck-Jugendstreikens Einhorn und des Mende-Vertrauensmannes Waldmann waren die bekanntesten - zwei weitere hinzuzufügen.

Am letzten Freitag wurden zwei Kollegen, Margitta Rettig und Manfred Moldenhauer, die im Betrieb aufgrund von Reden auf Betriebsversammlungen und die Vertrauensfrau Rettig auch aufgrund ihrer Vertrauensleutekörperarbeit bekannt sind, vom Dienst suspendiert.

Die Durchführung der Kündigung glich der Abführung von Schwerverbrechern. Kurz vor Arbeitsende wurden die Kollegen in das Büro des Betriebsleiters geführt, wo ihnen die fristgerechte Kündigung ausgehändigt wurde mit dem Hinweis, daß sie sofort den Betrieb zu verlassen und bis zum Ablauf der Kündigungsfrist Hausverbot hatten. Wie im Gefängnis mußten sie unter Aufsicht von Vorarbeiter, Meister und einem Betriebsratsmitglied ihren Schrank ausräumen und die Entlassungsformalitäten erledigen. Der Vertrauensfrau wurde sogar verboten, sich von ihren Kollegen zu verabschieden!

Im Folgenden ein uns zur Verfügung gestelltes Kündigungsschreiben (beide Kündigungen gleichen sich in wesentlichen Punkten):

Fortsetzung Seite 2

TARIFRUNDE:

Forderung beschlossen - alles in Butter?

Die Tarifkommission der IG-Metall für das Unterwesergebiet hat auf ihrer Sitzung am 11. Dezember ohne Gegenstimme die Forderung nach 18% mehr Lohn sowie 140 DM mehr für die Auszubildenden beschlossen. Diese Einstimmigkeit wird in dem Flugblatt der Bezirksleitung vom 12. Dezember besonders herausgestellt. Demonstriert werden soll damit von Seiten der Bezirksleitung: „Seht ihr, das ist eure Forderung, wir haben uns nicht eingemischt. Geht doch alles ganz demokratisch zu“. Ist es tatsächlich an dem? Gibt es nun doch noch die angekündigte „Große Wende“ in der Tarifpolitik des Vorstandes?

wurde, äußerte sich ebenfalls zu den Entlassungen und machte vor allem seinem „Unmut“ über den Betriebsrat Luft. Die Geschäftsleitung reagierte nicht wie sonst mit dem üblichen Partnerschaftsgefasel, sondern versuchte von vornherein die Kollegen zu provozieren, indem sie als „Büttenredner“ bezeichnet wurden, die „kübelweise Dreck auskippen“. Ihre Kündigung wurde von Walz im Zuge seiner wüsten Beschimpfungen praktisch schon auf der Betriebsversammlung

Kaum. Denn:

Erstens: ragt zwar die Höhe der Forderung (zusammen mit Hamburg) etwas aus den Forderungen der anderen Bezirke hinaus. Da ist die Gewerkschaftsführung natürlich „flexibel“. Ein stures Durchpacken der 15%-Forderung hätte gegenwärtig wohl einige - unerwünschte - Unruhe hervorgerufen. Tatsache ist aber, daß die Forderungen der Tarifkommission nicht den Forderungen der Kollegen entspricht: In den Gewerkschaften und Vertrauenskörpern der großen Bremerha-

Einen Tag nach der Betriebsversammlung, am Freitag dem 14.12., wurden die beiden Kollegen nacheinander, kurz vor Arbeitsschluß, ins Chefbüro „geführt“, wo man ihnen ihr Kündigungsschreiben überreichte, mit dem Hinweis, daß sie sofort den Betrieb zu verlassen und ab Montag dem 17.12. Hausverbot hätten. Unter Aufsicht von Vorarbeiter, Meister und Betriebsratsmitglied mußten sie ihren Schrank ausräumen, Werksausweis abgeben und wurden wie Schwerver-

IGM-Ortsverwaltung gegen die Interessen der Mende-Kollegen

Den Antrag auf Rechtsschutz von Margitta R. und Manfred M. lehnte die IGM ab. Die schlichte Begründung: die Kündigungsgründe lägen in der Person der Betroffenen!

Die Ortsverwaltung wurde bei Mende immer nur dann aktiv, wenn es darum ging, fortschrittliche Ansätze - auf allen möglichen Ebenen - zu verhindern. So schien sie auch der niedrige Organisationsgrad, z.Zt. ca. 30%, in keiner Weise zu stören, ersparte er ihr doch auch „größeren Ärger“ mit aktiven Gewerkschaftern. Schließlich benutzten die betreffenden Herren auch gerade diese Tatsache, um z.B. Forderungen nach Mitgliederversammlungen ständig abzulehnen. Regelmäßige Zusammenkünfte mit Betriebsrat- und Vertrauenskörperlei-

tung fanden natürlich statt, so war die Ortsverwaltung über die Aktivitäten der „Linksradikalen“ immer informiert und versuchte schon seit längerer Zeit, die linken Kollegen auszuschalten.

Eine vernünftige Gewerkschaftsarbeit wurde mit allen Mitteln verhindert. Aufforderungen zur Teilnahme an VK-Sitzungen und Betriebsversammlungen wurden mit „Terminnot“ abgelehnt. Bezeichnenderweise erschien ein Vertreter ausgerechnet zu der Sitzung, auf der die Vertrauensleute über die Aktivitäten Bremerhavener Werft-Kollegen zur Durchsetzung einer Teuerungszulage diskutieren wollten. Dabei wurde den Kollegen dann „klargemacht“, daß sie auf keinen Fall den Werftarbeitern ihre Solidarität bekunden, geschweige denn selbst streiken dürften.

Nachdem sich gerade in der letzten Zeit auch im Vertrauenskörper Widerstand gegen die Machenschaften des Betriebsrats entwickelten, hat die Ortsverwaltung die Kündigung, insbesondere der VK-Kollegin, sicherlich mit großer Genugtuung aufgenommen, was sich nicht zuletzt durch die Ablehnung des Rechtsschutzes bestätigt. Wie die Mende-Geschäftsleitung, so wird auch sie die Hoffnung hegen, daß die Kündigungen auch andere aktive Kollegen abschrecken und resignieren lassen.

Terrormaßnahmen der Geschäftsleitung

Die Entlassung hat unter den Kollegen große Empörung hervorgerufen. In der Abteilung der beiden Entlassenen „heulten“ viele vor lauter Wut und in den letzten fünf Minuten der Arbeitszeit hat kaum noch jemand gearbeitet. So herrschte auch die Meinung, wenn die „Abführung“ früher erfolgt wäre, wäre es zu einem Streik gekommen. Nicht zu übersehen war jedoch, daß die Kündigung bei manchen eine resignative Haltung nur noch bestätigte: „Die machen mit uns was sie wollen. Können wir ja jetzt wieder sehen. Da können wir doch nichts gegen machen.“

Die Maßnahmen der Geschäftsleitung gegen den aufkeimenden Widerstand, vertieften diese Haltung, zu der dann auch noch Angst um den Arbeitsplatz hinzukam, in breitem Maße. Am Montag nach den Kündigungen wollten einige Kollegen eine Unterschriftensammlung gegen die beiden Entlassungen organisieren.

Die Kollegen vereinbarten eine Pause, in der die Unterschriften im Waschraum gesammelt werden sollten. Durch einen Spitzel bekam die Geschäftsleitung Wind davon, und genau in dieser Pause versammelten sich Vorgesetzte – darunter der Chef persön-

lich – in unmittelbarer Nähe des Waschraums, sodaß keiner mehr wagte, hineinzugehen. Über die ganze letzte Arbeitswoche vor dem Jahresende wurde den Kollegen offen damit gedroht, wenn sie unterschreiben würden, könnten sie sich ebenfalls ihre Papiere holen und besonders die Kollegen, denen man „Führerqualitäten“ zutraute, wurden ständig bewacht und bespitzelt.

Geschäftsleitung und Betriebsrat hatten jedoch auch noch auf andere Weise vorgesorgt, um den sich formierenden Widerstand der Kollegen gegen die Entlassungen zu brechen. So wurde einem weiteren Kollegen, der bereits mit der VK-Kollegin auf der betreffenden VK-Sitzung vom Betriebsrat angegriffen worden war und auf der Betriebsversammlung zur Metalltarifrunde und zur sogenannten Ölkrise Stellung genommen hatte, schriftlich ein „ernster Verweis“ ausgesprochen. Der Kollege habe „Klassenkampfparolen“ zum Ausdruck gebracht und damit den Betriebsfrieden gestört, so lautete die Begründung.

Zwei Tage später versuchten Geschäftsleitung und Betriebsrat den Kollegen dazu zu bewegen, sich von seinen Äußerungen auf der Betriebsversammlung zu distanzieren. Was damit erreicht werden sollte ist klar: Triumphierend hätten sie den Kollegen mitteilen können: „Seht mal her: die, die sich als eure Interessenvertreter ausgeben, die sich fortschrittlich nennen, sind die ersten die umkippen und so sind sie alle, die Linken“.

Ansätze ausbauen

Ihr Ziel haben Geschäftsleitung und Betriebsrat zunächst einmal erreicht. Die Terrormaßnahmen haben bei vielen Kollegen verfangen, der Widerstand der Belegschaft ist zur Zeit noch gering. So kamen in dieser letzten Arbeitswoche „nur“ 62 Unterschriften zusammen, die im wesentlichen von den Entlassenen selbst vor dem Betrieb gesammelt wurden.

Auch eine Diskussionsveranstaltung, an der knapp 20 Kollegen teilnehmen, und in der die Verschärfung der Angriffe und Solidarisierungsmaßnahmen diskutiert wurden, brachte die Sache nicht wesentlich vom Fleck. Erfolgreich war die Veranstaltung insofern, daß es gelang, einigen Kollegen die Zusammenhänge der Angriffe auf die Mende-Kollegen mit den sich allgemein verschärfenden Angriffen auf die gesamte Arbeiterklasse aufzuzeigen.

Allgemein läßt sich feststellen, daß trotz der zunehmenden Angriffe der Mende-Kapitalisten auf allen Ebenen, die Abwehrkämpfe der Belegschaft verhältnismäßig unterentwickelt sind.

Die spontane Empörung über das Vorgehen der Geschäftsleitung ist zweifellos vorhanden und hat sich teilweise auch in verschiedenen Formen geäußert, so z.B. auf Betriebsversammlungen. In einzelnen Fällen gelang es den Kollegen auch, Erfolge zu organisieren, wie im Fall der „Krankenkombi“, wo Kollegen der Geschäftsleitung gegenüber über ihre Krankheit Auskunft geben sollten. Breite Teile der Belegschaft beschlossen damals, im Fall einer Befragung keine Auskunft zu geben und forderten den Betriebsrat und Vertrauenskörper auf, sich für die Abschaffung dieser Einrichtung einzusetzen, was dann auch erfolgreich getan wurde. Ein weiteres Beispiel ist die Verhinderung des Maulkorberlasses in Bezug auf die Betriebsversammlungen.

Derartige Erfolge sind allerdings Ausnahmen. Meistens führten die spontanen „Aufstände“ der Belegschaft zu Niederlagen, wobei die Ursachen einerseits in den ungünstigen Kampfbedingungen liegen: starke Zersplitterung, hohe Fluktuation, niedriger Erfahrungsstand, stark ausgeprägte Resignationserscheinungen usw. Das zusammen mit den überaus scharfen Unterdrückungsmethoden der Mende-Kapitalisten erschwert stark den notwendigen Schritt von spontaner Empörung und ohnmächtiger Wut hin zur solidarischen Abwehraktion der Kollegen.

Andererseits aber ist es den Linken im Betrieb nicht in ausreichendem Maße gelungen, die vorhandenen Ansätze spontanen Widerstands aufzugreifen und konkrete Erfolge für die Kollegen zu organisieren. Teilweise mußten die schlechten Ausgangsbedingungen – die es ja gerade zu verändern galt – als Alibi für unzureichende Aktivitäten herhalten.

Es kommt darauf an, den Blick für die guten Ansätze in dem „ganzen Schlamassel“ zu schärfen, um diese weiter auszubauen.

Einer dieser guten Ansätze ist der jetzt entstandene Kollegenkreis, der z.Zt. den Hebel darstellt, um die Betriebsarbeit bei Mende weiter aufrechtzuerhalten und voranzutreiben.

**Betriebszelle Nordmende,
KB/Gruppe Bremerhaven**

DER KAMPF DER **iduna** - LEHRLINGE

Die Iduna gehört zu den größten Versicherungskonzernen in der BRD. Der Hauptsitz befindet sich in Hamburg mit ca. 1600 Beschäftigten darunter ca. 50 Auszubildende.

In der Versicherungsbranche wurden in den letzten Jahren die Arbeitsabläufe in vielen Sparten zunehmend rationalisiert. Früher mußte man noch selbständig Prämien und Beiträge ausrechnen, den Vertragsstand bearbeiten, waren noch umfangreiche Kenntnisse des Versicherungswesens und kaufmännischer Arbeiten notwendig. Mit der Einführung der Datenverarbeitung durch Computer werden von den Angestellten nur noch Einweisungen für die Rechenmaschine gemacht, wobei jeder einzelne sich nur in der Schlüsselzahl eines Vertragsdetail auskennt. Die Versicherungskenntnisse rücken immer mehr in den Hintergrund. Doch bedeutet das keineswegs einen Fortschritt für die Kollegen durch Arbeitserleichterung, sondern verschärftes Arbeitstempo bei sehr viel stupiderer Arbeit. Zudem unternimmt Iduna Schritte, um die Löhne herabzudrücken. Es werden immer mehr ungelernte Kollegen eingestellt, die Schichtarbeit wird eingeführt. Bei der Zentralinkasso werden ab 18.00 Uhr Hausfrauen in den niedrigsten Lohngruppen bis abends 23.00 Uhr beschäftigt, wobei die Kapitalisten höhere Leistung mit geringeren Lohnkosten verbinden.

Für qualifiziertere Aufgaben werden außerdem zunehmend Abiturienten und Studenten eingestellt. Die gesamte Entwicklung schlägt sich auch in einer schlechteren Ausbildung der Versicherungs-Lehrlinge nieder. In der Berufsschule wird viel weniger Buchführung und kaufmännisches Rechnen gelehrt, was inzwischen zu einem Prüfungsfach mit weniger Stunden zusammengefaßt wurde, die Maschine macht es ja heute. Hinzu kommt, daß in der Berufsschule bis zu 30 Stunden im Monat ausfallen. Gutes Lehrmaterial ist Mangelware und fortschrittlichere Lehrer werden schleunigst versetzt. Im Betrieb gibt es in den Abteilungen niemanden, der als Ausbilder ausgebildet worden wäre. Die Auszubildenden bekommen kurz die einfachsten Arbeiten gezeigt, damit sie produktiv arbeiten können und stehen so bei Entlassungen aufgrund von Rationalisierungen in Zukunft nahezu ohne Ausbildung da.

1973: die Lehrlinge nehmen den Kampf auf

Im Oktober 72, als das damalige zweite Lehrjahr nach einem mehrwöchigen Berufsschulzyklus in den Betrieb kam, stand für ein Viertel von ihnen in den zugewiesenen Abteilungen nicht einmal ein Schreibtisch bereit. Als dann Anfang 73 über 20 neue Auszubildende einge-

Die Ausbildungsabteilung hatte für die Lehrlinge schnell ein kleines Bonbon zur Hand, um sie wieder ruhig zu stellen. Ohne das eigentliche Übel zu beseitigen, wurden die Schreibtische für Auszubildende der Ausbildungsabteilung unterstellt.

Schlechte Ausbildung auf der einen – Disziplinierung auf der anderen Seite

Kurze Zeit später sollte ein zweiwöchiges Ausbildungsseminar statt-

der BETRIEBSRAT informiert

Redaktion

Iduna Allgemeine: Hans J. Bakosch
Iduna Bausparkasse: Dirk Gehlig
Iduna Leben: Gert Gaerdes

Ausgabe 21. März 1973

IDUNA

Ausbildung in Gefahr

Die Situation der Auszubildenden bei der Iduna hat sich in den letzten Jahren sehr verschlechtert.

Früher war eine optimale Ausbildung eher gewährleistet. Die Ausbildungsabteilungen hatten genügend Platz und es kam selten vor, daß 6 bis 10 Auszubildende 2 Monate nur Hilfstätigkeiten ausführen mußten, wie es heute der Fall ist. Die Hilfstätigkeiten beschränken sich nicht nur auf Arbeiten im Archiv, Hausverwaltung und Registratur, sondern müssen auch in Fachabteilungen, wo qualifizierte Arbeiten erlernt werden sollten, geleistet werden.

Eine Ursache dafür ist der durch Umzug entstandene Platzmangel. Zudem nehmen einige Abteilungen nur ungern Auszubildende auf. Der Grund dafür kann nur die Überlastung der Sachbearbeiter sein, die zusätzlich zu ihrer eigenen Arbeit die Ausbildung übernehmen sollen.

Um diese Mängel abzuschießen, sollte in jeder Fachabteilung ein Sachbearbeiter speziell für die Ausbildung freigestellt werden, oder zumindest entsprechend weniger Arbeit haben.

Die Ausbildungsabteilungen müßten so viel Platz haben, daß die Auszubildenden die wesentlichen Arbeiten der Abteilungen kennenlernen.

unterzeichnet von 20 Auszubildenden.

stellt wurden, ohne daß sich an der Situation etwas geändert hätte, wurde das zweite Lehrjahr initiativ, es trat mit seinen Problemen an den Betriebsrat heran. Darüberhinaus wurde im Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe ein Arbeitskreis gegründet, wo über die Ursachen der schlechten Ausbildung und Möglichkeiten der Änderung diskutiert wurde. Als ein Schritt, um die Isolierung der Lehrlinge zu überwinden, wurde zur Information aller Kollegen im Betrieb eine Resolution im BR-Informationsblatt abgedruckt.

Dieses Informationsblatt war auf Initiative von in der Gewerkschaft HBV aktiv mitarbeitenden Kollegen und Betriebsräten, die 1972 gewählt worden waren, neu belebt worden.

finden. Weitab von Hamburg, bei Verbot jeglichen Besuchs, sollte an Wochenenden – unentgeltlich natürlich – durchgearbeitet werden. Eine Hausordnung besagte, daß um 22.00 Uhr jeder im Zimmer zu sein hatte, um 23.00 Uhr war Bettruhe. Sinn dieser Übung war es, den Auszubildenden gleich beizubringen, daß sie als Angehörige der Arbeiterklasse zu kuschen, sich möglichst lückenlos an die Weisungen im Betrieb anzupassen hätten, gingen sie auch noch so sehr gegen die eigenen Interessen.

Die Lehrlinge warfen der Ausbildungsabteilung Umgehung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vor, das Sonntagsarbeit generell verbietet. Die Lehrlinge erklärten klipp und klar, daß sie an solchem Seminar nicht

teilnehmen würden. Der BR wurde eingeschaltet. Doch anstatt gegen die Politik der Geschäftsleitung vorzugehen, lehnte der größte Teil des BR es ab, sich für die Kollegen einzusetzen.

Aufgrund der geschlossenen Haltung der Auszubildenden wurde das Seminar kurzfristig abgeblasen, um es während der Arbeitszeit in Hamburg durchzuführen. Gleichzeitig ging die Personalabteilung zum Gegenangriff über. Eltern wurden zu einem Gespräch mit dem Leiter der Ausbildungsabteilung, Fromme, geladen. Dieser versuchte, z.T. leider mit Erfolg, die Eltern auf die Jugendlichen zu hetzen, indem er sie einschüchterte. Insbesondere wurde auf den „linksorientierten, die Leistungsgesellschaft ablehnenden“ Arbeitskreis hingewiesen, „eine Mitarbeit in diesem Kreis würde das Ausbildungsziel gefährden.“ Ein fortschrittlicher BR-Kollege aus der HBV, der den Eltern gegenüber die Ausbildungsmissstände darlegte, wurde mit in die Hetzkampagne einbezogen.

Das gleiche Bild ergab sich auf der Jugendversammlung im April 73, worauf sich der gewerkschaftliche Arbeitskreis besonders vorbereitet hatte, und auch das erste Lehrjahr zum Teil mit in die Diskussion einbezogen werden konnte. Auf der Jugendversammlung, wohin alle Lehrlinge kamen, ließ auf die massive Kritik hin Ausbildungsleiter Fromme wieder seine Hetze los und machte seine Einstellung gegenüber den in der Gewerkschaft aktiven Jugendlichen deutlich: „sie fördern die Faulheit der Auszubildenden“. Von den Lehrlingen wurde demgegenüber geantwortet, daß eine konsequente gewerkschaftliche Arbeit für eine bessere Ausbildung durchaus keine Faulheit herbeizaubert, sondern daß es wohl das legitime Recht sein sollte, Kritik an der Ausbildung und der Disziplinierung zu üben. Noch klarer wurde von einer Kollegin gesagt, daß es in unserem Gesellschaftssystem eben wohl nicht geduldet wird, daß kritisiert wird und die Kapitalisten mit allen möglichen Unterstellungen versuchen, linke Kritiker zu isolieren und zu feuern.

Eine Kollegin wird gefeuert

Diese Feststellung der Kollegin wurde kurz darauf von der Geschäftsleitung bestätigt. Zwei Tage vor Ablauf der Probezeit des ersten Ausbildungsjahres wurde eine Kollegin aus dem gewerkschaftlichen Arbeitskreis aufgrund angeblich „schlechter Leistungen“ gekündigt. Die theoretischen Leistungen und Beurteilungen waren bislang alles andere als schlecht gewesen, weshalb ihr am Tag der Kündigung noch eine katastrophal

der BETRIEBSRAT informiert

Redaktion

Ausgabe 19. Juni 1973

Iduna Allgemeine: Hans J. Bakosch
Iduna Bausparkasse: Claus Rinz
Iduna Leben: Gert Gaerdes

Leserbriefe

Am 27.4.1973 wurde der Auszubildenden Christine Pape zwei Tage vor Ablauf ihrer Probezeit die fristlose Kündigung vorgelegt. Daraufhin kündigte Christine von sich aus, um in ihrer späteren Berufslaufbahn nicht behindert zu werden. Die Umstände, die dazu führten, erscheinen uns doch etwas merkwürdig. Als Gründe wurden schlechte Beurteilungen, Interessenlosigkeit an der Arbeit und nachlässige Termineinhaltung angegeben. Die erste schlechte Beurteilung erfolgte aber noch vor dem Beginn der Ausbildung, als Christine bei der Iduna als Aushilfskraft arbeitete und hatte daher nichts mit der Ausbildung zu tun. Zudem ist die Beurteilung derart schlecht, daß selbst Mitarbeiter dieser Abteilung diese Beurteilung für falsch halten. Christine konnte Einspruch ein; dieses Verfahren war bei ihrer Kündigung noch nicht abgeschlossen, so daß hier ein zweiter Einwand gegen den Kündigungsgrund spricht. Nach einer guten Beurteilung bekam Christine am Tag ihrer Kündigung mit einer noch nie dagewesenen Eile eine sehr schlechte; dann erfolgte die Kündigung. Während dieser Zeit arbeiteten die Auszubildenden des ersten Lehrjahres in Abteilungen wie Archiv, Hausverwaltung und Registratur. Es wurden also keine vollversicherungsfählichen Arbeiten verlangt. Unter diesen Umständen konnte über Interesse an der Arbeit keine Beurteilung geschrieben werden.

Der zweite Grund der Kündigung betraf die nachlässige Termineinhaltung. Christine gab das Berichtsheft einen Tag zu spät ab und korrigierte Arbeiten vor ihrer Kündigung nicht. Hier war es bisher unseres Wissens noch nie üblich gewesen, darüber Notizen für die Personalakte zu machen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß in diesem Fall Verfehlungen gesucht wurden, um eine Kündigung zu rechtfertigen. Wir fragen uns, ob nicht Christines aktive Mitarbeit in der Gewerkschaft der wahre Kündigungsgrund ist und ob die Iduna hiermit nicht einen Präzedenzfall aufbauen wollte, mit dem Ziel, die anderen Auszubildenden einzuschüchtern. Zudem äußerte der Ausbildungsleiter Herr Fromme vor allen Auszubildenden, er sehe in der gewerkschaftlichen Tätigkeit eine Gefahr für die Ausbildung. Dies ist aber generell und auch bei Christine nicht gegeben, denn sie stand z.B. bei den theoretischen Arbeiten auf der Note gut.

Diesen Verdacht konnte Herr Fromme in mehreren Gesprächen nicht beseitigen.

Nach ihrer Kündigung wurde Christine in der Iduna Bausparkasse als Aushilfskraft eingestellt. Hier wurde ihr, wie der zuständige Abteilungsleiter zusagte, auf Intervention von Herrn Fromme gekündigt.

Die Auszubildenden der IDUNA-Versicherungen können dieses Vorgehen nicht billigen. Wir protestieren gegen diese Kündigung und gegen Versuche, Kollegen, die in der Gewerkschaft arbeiten, zu diffamieren.

Unterzeichnet von 23 Auszubildenden.

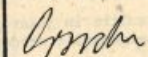
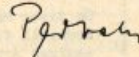
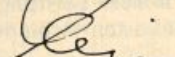
Mit kollegialen Grüßen

Die Betriebsräte

Iduna Allgemeine

Iduna Bausparkasse

Iduna Leben

schlechte dazugeschrieben wurde. Die Geschäftsleitung setzte damit am schwächsten Kettenglied an, dem gerade einbezogenen ersten Lehrjahr, das sich auch weitgehend erst einmal wieder zurückzog. Das zweite Lehrjahr dagegen solidarisierte sich geschlossen mit der Kollegin und veröffentlichte einen Leserbrief dazu im BR-Informationsblatt. Unter dem zweiten Lehrjahr versuchte deshalb die Geschäftsleitung, den aktiven Kern zu isolieren.

Diese Kollegen wurden als „Rote“ und „Linke“ bezeichnet, während andere Lehrlinge mittels Bestechungsversuchen und „kollegialen“ Gesprächen und gleichzeitigen Drohungen auf die Seite der Kapitalisten gezogen werden sollten. So legte dann Fromme plötzlich einen Brief vor, in dem zwei Auszubildende, die am Seminar teilgenommen hatten, über unsolidarisches und überhebliches Benehmen anderer Lehrlinge klagten.

Nachweislich enthielten sämtliche Angriffe schlichtweg Lügen. Dieser Brief ist auch von den unter Druck gesetzten Kollegen nur unterzeichnet worden, geschrieben hat ihn Frommepersönlich.

Die Auseinandersetzungen verschärfen sich

Zum Abschluß des Lehrjahres versuchte die Geschäftsleitung ihre Ernte einzuholen und ihre Erfolge abzutesten, indem sie ein neues Seminar in Timmendorf durchziehen ließ. Mit Hilfe des BR war vereinbart worden, daß der Sonntag arbeitsfrei sei und die Kollegen fuhren hin. Dort gab es dann wieder die altbekannten Schikanen. Wer zu spät zu festgesetzten Essenszeiten kam, dem wurde gedroht, ihn nach Hause zu schicken. In den Schulungen wurden die Kollegen runtergeputzt: „Sie haben ja nur eine große Klappe“, „sie

LESER BRIEF

Am 26.11.1973 begann für die Auszubildenden des 3. Lehrjahres ein zweiwöchiges Abschlusssseminar in Timmendorf/Ostsee.

Dieses Seminar wurde am Donnerstag, den 6.12.1973, überraschend abgebrochen. Im Hause gab dies zu Spekulationen und Gerüchten Anlaß, denen wir hiermit entgegenzutreten wollen.

Auf solchen Ausbildungsseminaren wird normalerweise die gesamten zwei Wochen durchgearbeitet, ohne daß es am Wochenende frei gibt. Doch schon zum Zwischenseminar im März dieses Jahres weigerten wir uns, unter dieser Bedingung mitzufahren.

Durch die aktive Unterstützung des Betriebsrates wurde es erreicht, daß am Sonntag kein Unterricht stattfand. Aus diesem Grunde führen wir zum Abschlusssseminar mit. Allerdings mußte der Betriebsrat die Verantwortung für diesen freien Sonntag übernehmen, da die Aus- und Weiterbildungsabteilung dies abgelehnt hatte. Weiterhin durfte ein evtl. Besuch des Hotel und das dazu gehörende Grundstück, in dem das Seminar stattfand, nicht betreten. Trotzdem wurde dieser Tag zu einem vollen Erfolg für uns alle.

Wie aber sah es an allen übrigen Tagen aus? Das ganze Seminar über versuchte die Aus- und Weiterbildungsabteilung das Lehrjahr dafür zu bestrafen, daß es gewagt hatte, auch aktiv für seine Rechte einzutreten. So wurde einzelnen Auszubildenden angedroht, nach Hause geschickt zu werden, nur weil sie einmal morgens fünf Minuten zu spät zum Frühstück erschienen, das immerhin eine dreiviertel Stunde vor Beginn der Schulung stattfand. Demgegenüber hatten es einige Angestellte der Aus- und Weiterbildungsabteilung anscheinend nicht nötig, pünktlich zu erscheinen. So kamen zum Beispiel am Sonntagabend zwei von ihnen eine Stunde zu spät.

Daraufhin mußte ein Betriebsratsmitglied diese eine halbe Stunde länger in Timmendorf warten und verpaßte deswegen seinen Zug. Abends mußten wir um 10.00 Uhr im Haus, um 11.00 Uhr auf den Zimmern sein. Dieses wurde auch weitgehend eingehalten. Da es im Fernsehraum jedoch nicht möglich war (mit Rücksicht auf die anderen), eine Diskussion zu führen, wurde diese ab und zu auf die Privatzimmer verlegt. Am vorletzten Abend wurden zwei Auszubildende dabei entdeckt, wie sie um 23.45 Uhr aus einem dieser Zimmer kamen, wo sie sich mit fünf anderen Auszubildenden unterhalten hatten. Als sie deswegen nach Hause geschickt werden sollten, solidarisierten wir uns einstimmig mit ihnen und fuhrten alle mit zurück. Dies geschah nicht zuletzt deswegen, weil wir von anderen Lehrjahren hörten, daß sie oft sehr viel länger aufbleiben durften. Aus diesem Grunde können wir diese Maßnahme der Aus- und Weiterbildungsabteilung nur als Repressalie uns gegenüber verstehen. Diese beiden Beispiele stehen für viele andere, die wir hier nicht alle aufzählen können.

Am Donnerstag nachmittag schrieben wir nach einer strapaziösen Rückfahrt alle schriftlichen Abschlusssarbeiten; sicherlich keine richtige Maßnahme, um gute Prüfungsergebnisse zu erreichen.

Nicht viel besser war die Schulung selbst. Sie fand in einem viel zu kleinen Raum statt. Unterrichtet wurde von Angestellten des Hauses, aus der Aus- und Weiterbildungsabteilung und aus Fachabteilungen. Der Unterricht war fachlich z.T. sehr gut, er stand jedoch immer unter Zeitdruck, da die Referenten abends so schnell wie möglich nach Hause wollten. Aus diesem Grunde konnte man sich nur selten nach der Schulung mit den Referenten unterhalten oder zusätzliche Fragen stellen. Außerdem wurden zu viele Themen zu oberflächlich behandelt; andere Themen waren zwar interessant, für die Abschlußprüfung, auf die das Seminar vorbereiten sollte, aber unbedeutend. Zu kritisieren ist auch, daß an einigen Tagen nur ein Thema behandelt wurde. Von Seiten der Referenten ist dies sicherlich verständlich, nur einen Tag nach Timmendorf zu fahren. Andererseits ist der Lernerfolg sicherer, wenn die Themen an verschiedenen Tagen behandelt werden und sich so die Ermüdungserscheinungen etwas zurückdrängen lassen. Am schlimmsten an der ganzen Schulung waren aber die Provokationen gegenüber einzelnen Auszubildenden (z.B. "Sie haben ja nur eine große Klappe"; "Sie nehmen nur und geben nichts").

Nach dem Seminar können wir eine Ausbildung in dieser Form nur ablehnen. Eine Alternative dazu wäre eine Schulung, die wöchentlich einmal in der HV mit Referenten stattfindet. Eine wirklich gute Vorbereitung auf die Abschlußprüfung läßt sich so viel besser praktizieren als auf drei Seminaren während der Ausbildungszeit von zweieinhalb Jahren.

Gleichzeitig brauchen die Auszubildenden dann nicht auf ihre persönlichen Freiheiten zu verzichten.

Teilnehmer des
Abschlusssseminars vom
26.11.1973 bis

nehmen nur und geben nichts". Als dann zwei nach 23.00 Uhr „geschnappt“ wurden, als sie aus anderen Zimmern kamen, sollten sie nach Hause geschickt werden. Die anderen bewiesen, wie ernst sie ihre Aussagen nahmen und beharrten darauf, daß sie alle oder keiner führen. Diesmal hatte die Seminarleitung ihre Klappe zu voll genommen und mußte erst einmal telefonisch Rücksprache in Hamburg nehmen. Daraufhin wurde das Seminar abgebrochen und die

Kollegen wieder nach Hause verfrachtet. In der Hauptverwaltung wurden sie dann unter erheblichen Druck durch dauerndes Prüfungsschreiben gesetzt. Im Hause wurde das Gerücht verbreitet, das Seminar sei abgebrochen worden, weil dort LSD genommen worden sei. Die Auszubildenden beschlossen nach Diskussion mehrheitlich wiederum einen Leserbrief im BR-Info zu veröffentlichen (siehe Kasten).

Dies nutzte die Geschäftsleitung, um gegen das Informationsblatt insgesamt einen Angriff zu starten, da dort ohne Zensur Kollegen ihre Meinung veröffentlichen konnten. Wenn die Lehrlinge ihren Brief abdrucken ließen, sollte das das letzte Info gewesen sein, drohte die Personalabteilung.

Zur Rolle des Betriebsrats:

Die BR-Vorsitzenden Reimann (Iduna-Leben) und Arndt (Allgemeine) versuchten durch lavieren, den Abdruck des Leserbriefs zu verhindern (zum Erscheinen eines Info's müssen beide Vorsitzenden unterschreiben). Zuerst versuchten sie die Kollegen umzustimmen, ein BR, der sich stärker um die Belange der Jugendlichen gekümmert hatte, sollte dazu seinen Einfluß geltend machen, d.h. unter Einfluß wird hier verstanden, die Kollegen zurückzuhalten, wenn die Geschäftsleitung das fordert. Schließlich unterschrieb der eine (Reimann), wobei er sich ausdrücklich darauf verließ, daß der andere nicht unterschreiben würde. In einigen Punkten nahm zwar der BR die Forderungen der Lehrlinge auf, etwa bei dem freien Sonntag auf den Seminaren, auf der anderen Seite übernahm die Mehrheit des BR die Begründung der Personalabteilung, so als die Kollegin während der Ausbildung gefeuert wurde: „Schlechte Leistungen“ seien dem Betrieb nicht „zuzumuten“.

Insgesamt wird eine Stillhaltepolitik verfolgt. So ließ man auch das sog. „Kurz-Informationsblatt der Betriebsräte“ einschlafen, worin die Kollegen nach jeder Sitzung über die wichtigsten Punkte informiert werden sollten. Außer Kleinigkeiten erfährt man überhaupt nichts von der Arbeit des Betriebsrates. Erst durch Einzelgespräche mit BR's können sich die Kollegen z.T. informieren. Dann kommen die großen Dinge zu Tage: So war es bei der Einführung des Schichtbetriebs bei Iduna, mit der Hausfrauenschicht oder der neuen Befragung für Lehrlinge, um deren „Einstellung zur Arbeit“ etc. vor Beginn der Ausbildung abzutesten. Wenn aber die Mehrheit im BR behauptet, daß durch Information der Kollegen eine Verschlechterung der Verhandlungsposition gegenüber der Geschäftsleitung die Folge wäre und es abgelehnt wird, gegen die Geschäftsleitung vorzugehen, die in diesen Fragen nicht einmal der Informationspflicht nach dem Betriebsverfassungsgesetz nachkommt, weil man „Unruhe unter den Kollegen“ befürchtet, sinkt man zu Handlangern der Kapitalisten herab, die über kurz oder lang eine Abfuhr der Kollegen erwartet.

Als die Auszubildenden auf der

Veröffentlichung ihres Leserbriefes beharrten, um die Kollegen insgesamt zu informieren, als Voraussetzung für einen gemeinsamen Kampf, wurde von Personalchef Bolzen und den BR-Vorsitzenden die Drohungen weiter verschärft, daß die Gefahr bestehe, daß einige Lehrlinge nicht ins Angestelltenverhältnis übernommen würden. Da die Kollegen einschätzten, daß durch ein Zurückweichen in dieser Frage diese Gefahr für sie keineswegs geringer würde, sondern vielmehr die Einbeziehung größerer Teile der Belegschaft dagegen das beste Mittel sei, wurde beschlossen, ein gewerkschaftliches Flugblatt zusammen mit dem Leserbrief (siehe Kasten) zu veröffentlichen.

Das geschah noch am Freitag vor Weihnachten. Die Personalabteilung, die die Verteilung vor dem Betrieb erwartete und sich schon die Hände rieb, staunte nicht schlecht, als das Flugblatt innerbetrieblich plötzlich verteilt war. Sofort begann die Hetzjagd auf die Verteiler und die Einzel„bearbeitung“ von Kollegen. Als erstes wurde ein Angestellter ins Büro von Personalchef Bolzen geholt. Ihm wurde mitgeteilt, daß die Flugblattverteilung im Betrieb verboten sei. Auf seinen Hinweis, daß in der Betriebsvereinbarung doch davon die die Veröffentlichungen des BR und der Gewerkschaften ausgenommen seien, hieß es, hier gelte das Betr. VG und das stehe höher als die Betriebsvereinbarungen, d.h. soweit die Betriebsvereinbarungen über das Betr. VG hinausgehen, sollte dies auf einmal nichtig sein. Dann kam das „Angebot“, der Kollege solle lediglich die Namen der anderen Verteiler bekanntgeben, da er sowieso schon gekündigt habe. Der Kollege schwieg. Doch weiter ging die Jagd mit Drohung der Nichtübernahme und Angriffen auf die gewerkschaftliche Arbeit der Betriebsgruppe.

Die Jugendversammlung: Eine „neue“ Maske der Geschäftsleitung

Zum 16.1.74 wurde dann von der Geschäftsleitung und BR für das dritte Lehrjahr eine Jugendversammlung angesetzt. Hier kam man nun ganz kollegial. Die Auszubildenden sollten doch noch einmal ihre Probleme nennen, man würde dann an die „Schuldigen“ herantreten und sie zur Rechenschaft ziehen. Den „Schuldigen“ war anscheinend inzwischen völlig entfallen, daß die Lehrlinge schon x-mal mit ihren Problemen an sie herangetreten waren. Auf das Flugblatt bezogen, meinte Fromme, daß es zwar nichts Unwahrheiten enthält, aber doch nur Halbwahrheiten. Dann gab er

sich fix ein „linkes“ Mäntelchen: „Als ich damals als Student an den Anti-Springer-Demonstrationen teilnahm (oho!), waren da auch Rocker, die mit Messern umherliefen. Wir entwaffneten sie und warfen sie aus dem Demo-Block. In der ‚Bild‘ stand dann, es nahmen auch Leute mit Messern teil.“ Nach der Diskussion über das Seminar fragte Bolzen dann scheinheilig nach den „Ursachen der Spannungen“, als wenn er nicht wüßte, daß sie in der Disziplinierung, und der miserablen fachlichen Ausbildung lägen, wobei die Lehrlinge möglichst profitbringend in den Abteilungen eingesetzt werden. Hier wur-

muß sich überlegen, ob man in Form von Leserbriefen und Flugblättern praktisch jede (!?) Streitigkeit zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten veröffentlichen sollte. Sollte man nicht erst den Instanzenweg einhalten?“ Damit würden die alten Angriffe auf das BR-Info genauso – lediglich im „kollegialen“ Zusammenhang – wiederholt. Auch von Drohungen der Entlassungen, den Nachspürungen etc. wurde überhaupt nichts zurückgenommen, lediglich von unerklärlichen Spannungen geredet und die Suche nach den Schuldigen, die ja anscheinend noch im Dunkeln tappt, versprochen.

INFORMATIONEN

DER GEWERKSCHAFT HANDEL, BANKEN UND VERSICHERUNGEN

An alle
Beschäftigten in der
Iduna Versicherung



Betriebsgruppe Iduna
Hamburg, 11. Dez. 1973

IM DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Der beigefügte Leserbrief sollte im Betriebsratsinfo im Dezember erscheinen. Vorher wurde er der Aus- und Weiterbildungsabteilung vorgelegt, um ihr eine Stellungnahme zu ermöglichen. Herr Fromme lehnte eine Stellungnahme ab und versuchte mit Hilfe der Personalabteilung zu verhindern, daß dieser Brief im Betriebsratsinfo erscheint. Es ging sogar soweit, daß Herr Bolzen drohte, falls der Leserbrief erscheint, beim Vorstand vorstellig zu werden und dafür zu sorgen, daß das Betriebsratsinfo in dieser Form abgeschafft wird.

Es sollen also „unliebsame“ Leserbriefe nicht erscheinen. Das bedeutet eine Zensur, bis das Info der Vorstellung des Vorstandes entspricht. Für die Kollegen bestünde dann keine Möglichkeit mehr, ihre Meinung vor allen Mitarbeitern darzulegen.

Das widerspricht ganz klar dem Beschluß des Betriebsrates Iduna Leben, der bei der Neu-Konzeption des Infos abgegeben wurde, nämlich, daß jetzt alle Kollegen die Möglichkeit haben, ihre Meinung in Form von Leserbriefen zu veröffentlichen.

Den Auszubildenden wurde der Vorschlag gemacht, in einer Versammlung mit der Aus- und Weiterbildungsabteilung die verschiedenen Standpunkte zu klären und erst einmal auf eine Veröffentlichung des Briefes zu verzichten. Diese Versammlung halten wir für richtig und sie soll auch stattfinden. Das dritte Ausbildungsjahr lehnt es ab, auf eine Veröffentlichung zu verzichten, weil die Auszubildenden glauben, daß eine Information über die aufgetretenen Mißstände jetzt erfolgen muß und nicht erst in drei Monaten.

In einem Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden haben wir unsere Argumente vorgetragen. Trotzdem weigerte sich Herr Arndt (Betriebsrats-Vorsitzender Allgemeine) das Info zu unterschreiben, falls der Brief gedruckt wird.

Wir meinen, daß ein Betriebsrat, der sich dem Druck der Personalabteilung beugt, nicht in der Lage ist, die Interessen der Belegschaft wirkungsvoll zu vertreten.

Der nachstehende Leserbrief enthält keine Unwahrheiten, deshalb stellt sich die Frage, was wohl der Grund sein möge, diesen Leserbrief nicht veröffentlicht zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Gewerkschaft
Handel, Banken und Versicherungen
Ortsverwaltung Hamburg
Fachgruppe Versicherungen

Hans-Werner Jaenisch

HBV - Betriebsgruppe
Iduna Versicherung

de von einem BR-Kollegen aus dem Ausschuß für Ausbildungsfragen der Vorstoß unternommen, vierteljährliche Jugendversammlungen und regelmäßige Treffen des BR-Ausschusses mit der Ausbildungsabteilung einzurichten, um die Mitbestimmungsrechte des BR zu wahren. Doch dann zeigte Bolzen, daß er dadurch die Aktivitäten der Lehrlinge lediglich ersetzten will. Er sagte: „Man

Auf der Versammlung wurde dem von Kollegen entgegeng gehalten: „Jeder Kollege sollte das Recht auf freie Meinungsäußerung haben. Hier ist das Betriebsratsinfo ein wichtiges Mittel. Und ob die gewerkschaftliche Betriebsgruppe was veröffentlicht, kann hier nicht zur Debatte stehen, sondern nur in der Betriebsgruppe.“ Die Auszubildenden erklärten noch einmal ihr Vorgehen für richtig. Doch

insgesamt verfehlte die „weiche Welle“, mit der hier die Geschäftsleitung kam, keineswegs. Sie trug erhebliche Verwirrung unter die Kollegen.

Doch worum geht es:

Die Lehrlinge haben eine fortwährend sich verschlechternde Situation erlebt. Bei verschärftem Tempo wird die Arbeit auf stupidestes Funktionieren reduziert, wobei die Kollegen überall herumgeschoben werden können. Gleichzeitig wird die Ausbildung verschlechtert, weil der Kapitalist sie dazu immer weniger gebrauchen kann, sondern die Lehrlinge

gleich gewinnbringend einsetzen will. Schikanen – etwa auf dem Seminar – sollen genauso wie der Kasernenhofdrill den Lehrlingen beibringen, das alles hinzunehmen.

Doch immer, wenn die Lehrlinge demgegenüber ihre Forderungen gestellt haben und sich aktiv für deren Verbreiterung einsetzten, zeigte der Kapitalist ihnen die Klauen, dann sollten die Eltern gegen sie aufgehetzt werden, dann wurde die gewerkschaftlich aktive Kollegin gefeuert, werden LSD-Gerüchte zur Diffamierung ausgestreut, Hetzjagd auf Flug-

blattverteiler gemacht und weitere Entlassungen angedroht. Denn hier droht den Kapitalisten langfristig die Gefahr für ihre Existenz, sie müssen die Verbreiterung der Einsicht verhindern, daß die Arbeiterklasse nur im Kampf gegen die Kapitalisten ihre Interessen durchsetzen kann. Hier bei der Iduna hat es nur erst einen kleinen Einblick in die ganze Waffenkammer dazu gegeben. Und nun kommt die Geschäftsleitung mit einem „Angebot“: Laßt die Finger von den Flugblättern, trennt euch von den „Roten“, beteiligt euch nicht an der Arbeit der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe, laßt euch die Verschlechterung eurer Situation gefallen und arbeitet, dann kann schon mal ein Bonbon herauspringen, dann man sich gerne und kollegial zusammensetzen und Jugendversammlungen abhalten und sich Geschichten aus der Jugend der Ausbildungsleiter anhören – es fehlt eigentlich nur noch Kaffee und Kuchen. Genauso ist die Geschäftsleitung vorgegangen, um einzelne zu bestechen und aus der Front der Lehrlinge herauszubrechen. Wenn sie nicht kuschen, zeigt der Kapitalist sein wahres Gesicht und verschärft die Unterdrückung. Doch es gibt keinen anderen Weg für die Arbeiterklasse, ihre Lage grundsätzlich zu verändern.

**Iduna-Zelle, HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg**

Die Angriffe gegen die Auszubildenden und den gewerkschaftlichen Arbeitskreis werden fortgesetzt.

– Auf einer Tarifrundenveranstaltung der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe am 7.2.74 erschien ein Angestellter der Personalabteilung, um herauszuspitzeln, was in der Betriebsgruppe für Meinungen auftreten und vor allem, welche Kollegen reden. Er wurde an die Luft gesetzt.

– Kurz vor der Kaufmanns-Gehilfen-Prüfung des 3. Ausbildungsjahres wurde vom Ausbildungsleiter Fromme das Gerücht vor allem in der Berufsschule in die Welt gesetzt, daß die Iduna wahrscheinlich aus wirt-

schaftlichen Gründen nicht mehr alle Lehrlinge ins Angestelltenverhältnis übernehmen kann. Trotzdem wurden natürlich am 1.2.74 mehr neue Auszubildende eingestellt, als je zuvor.

– Mit fast der Hälfte der Auszubildenden wurden die Übernahmegespräche verzögert bzw. bis heute nicht geführt. Andere Auszubildende sollen in Abteilungen untergebracht werden, in denen ihnen fast jede gewerkschaftliche Arbeit unmöglich gemacht wird (Personalabteilung, Geschäftsstellen).

arbeiterbuch

Politische Buchhandlung

2 Hamburg 13 · Grindelhof 45 · Telefon 45 38 01
285 BREMERHAVEN · SONNENSTR. 8

Anzeige

Die folgenden Bücher sind vom Arbeiterbuch verlegt worden. Wir bitten, die Bestellungen direkt an das Arbeiterbuch zu richten.

Ernst Thälmann

ÜBER

GEWERKSCHAFTEN

BEITRÄGE AUF DEM 10. PLENUM DES EKKI, Juli 1929
Ernst Thälmann hielt auf dem 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ein Referat über „Die Wirtschaftskämpfe, unsere Taktik und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien“.

Thälmann zeigte in diesem Referat, welche Aufgaben die Zuspitzung der Klassenkämpfe stellte; den Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften. Den Plänen zur Gründung neuer „revolutionärer“ Gewerkschaften in Deutschland erteilte Ernst Thälmann eine Absage; gerade der Kurs der Reformisten auf Spaltung der Gewerkschaften erfordere im gegenwärtigen Moment die Aufbietung der größten Zähigkeit und Ausdauer durch die Kommunisten, um für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen.

100 Seiten

DM 3,-

Hermann Remmele

SCHRITT HALTEN!

Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?

Diese Schrift wurde 1930 im Kampf gegen die politische Linie der Merker-Gruppe erstellt. Anhand der Frage, die SPD als „Hauptfeind“ zu bekämpfen, setzt sich Remmele ausführlich mit dem Rechts- und Linksoportunismus in der KPD auseinander, wobei er das Verhältnis des Kommunismus zur Sozialdemokratie, die Beurteilung des Reformismus, des Sozialfaschismus und Sozialimperialismus sowie das Wesen der Sozialdemokratie an erste Stelle stellt.

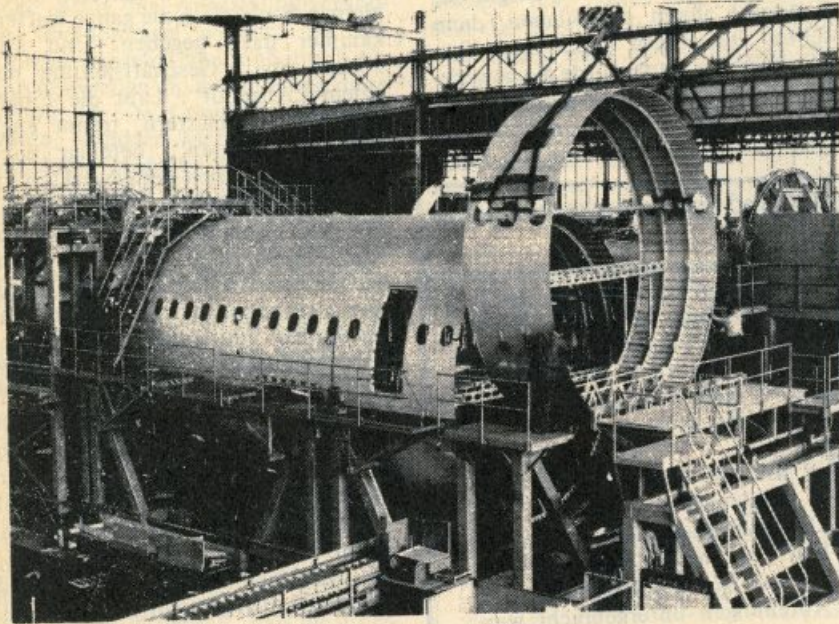
Da sich die Rolle der SPD unter der Regie des Kapitals grundsätzlich nicht geändert hat, finden wir nicht zufällig heute kleinbürgerliche „Theorien“, welche die der Merker-Gruppe in den Schatten stellen und die „revolutionären Kräfte“ in verantwortungsloser Einschätzung auf ein unerträgliches Maß hochjubeln. Heute, wo die Massenkämpfe und der Aufbau der Kommunistischen Partei in der BRD erst in den Anfängen stehen, gewinnt diese Auseinandersetzung besondere Bedeutung.

100 Seiten

DM 3.

DIE FRONTEN KLÄREN!

Ein Bericht zur Lage der Lehrlinge bei MBB-Hamburg



Die Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) ist einer der größten Rüstungsbetriebe der BRD. Dort werden für das Militär u.a. die Trans-All in Stand gesetzt, der Hubschrauber BO-105 gebaut, Teile des Starfighter und Phantom im Lizenzbau hergestellt und gewartet. Weiterhin ist MBB entscheidend an der Entwicklung des europäischen Kampfflugzeugs MRCA und mehreren europäischen Raketenprojekten beteiligt usw. usf. Aufgrund der gesamtpolitischen Bedeutung der Rüstungsindustrie für die ganze westdeutsche Kapitalistenklasse legen die MBB-Kapitalisten in besonderem Maße Wert auf „zuverlässige Mitarbeiter“. Ein Mittel, mit dem die MBB-Kapitalisten sich diesen „zuverlässigen“ Mitarbeiterstamm heranzuzüchten versuchen, besteht in der Lehrlingsausbildung. Sie wenden dort u.a. eine unheimlich geschickte scheinliberale Taktik an, die sich auf die neusten Erkenntnisse der Wissenschaft stützt und darauf ausgerichtet ist, die Klassengegensätze zu verwischen und Konflikte zu verdrängen, um die Lehrlinge so auf eine reibungslose Ausbeutung vorzubereiten.

Am 13.12.73 fand bei MBB Unternehmensbereich Hamburg (UH) eine Lehrlingsversammlung statt, an der ca. 100 Kollegen teilnahmen. Im Gegensatz zu den bisherigen Versammlungen, die auf Grund des geschickten Vorgehens der Ausbildungsleitung (Al) meist lahm und ohne Initiative der Kollegen abliefen, wurde diesmal erstmals von einigen fortschrittlichen Lehrlingen in massiver Form Kritik u.a. an materiellen Mißständen und dem Verhalten einiger Ausbilder und der Al vorgebracht. In der Diskussion spalteten sich die Lehrlinge in zwei Lager:

Die Einen, die voll auf die Manöver der Al hereinfallen und den Weg der „Partnerschaft“ gehen wollen. Das trifft hauptsächlich auf die E-Mechaniker zu. Dort ist es der Al durch einigermaßen zufriedenstellende Arbeitsbedingungen (kleiner geschlossener Raum, arbeiten im Sitzen, dürfen dabei Musik hören u.s.w.) gelungen, einen großen Teil zum Verzicht auf

die Wahrnehmung der eigenen Interessen und zum getreuen Hinterhertröten hinter den „Argumenten“ der MBB-Kapitalisten zu bewegen. Das ging so weit, daß auf der Versammlung unter dem großen Beifall dieser Kollegen verkündet wurde, daß sie z.B. auf 100,- DM Ausbildungsvergütung verzichten würden, damit die Ausbildung „noch besser“ werden könnte!

Auf der anderen Seite die Lehrlinge, die zu erkennen beginnen, daß die wahren Verantwortlichen für die Mißstände und Ungerechtigkeiten die Al, bzw. die MBB-Kapitalisten sind und daß die berechtigten Forderungen der Lehrlinge nur im Kampf gegen eben diese „Herrschaften“ durchzusetzen sind!

Die hauptsächlichsten Mängel der Versammlung lagen vor allem darin, daß immer noch zu wenig Lehrlinge mit eigenen Beiträgen in die Diskussion eingegriffen haben und daß die fortschrittlichen Lehrlinge nicht aus-

reichend genug vorbereitet waren, so daß zum Ende der Versammlung die Al die Diskussion wieder voll in den Griff bekommen und durch lange Beiträge die konkreten Forderungen der Lehrlinge zerreden konnte. Weiterhin kam nicht klar genug heraus, welche Absichten der Al hinter dem Partnerschaftsgerede stehen und wie die praktischen Schritte aussehen, die die Lehrlinge zur Durchsetzung ihrer Interessen unternehmen müssen!

Trotzdem kann die Versammlung insgesamt als ein Schritt voran gewertet werden, weil eine breitere Diskussion ausgelöst wurde und die Lehrlinge z.T. erkannt haben, daß es durchaus möglich ist, seine Kritik offen vorzutragen und gemeinsam mit den Kollegen Möglichkeiten und Wege zu besprechen, wie wir unsere Lage verbessern können!

Mit diesem Artikel wollen wir dazu beitragen, Klarheit zu schaffen über die Kampfbedingungen und die notwendigen Schritte der Lehrlinge zur Durchsetzung ihrer Interessen.

Umfassende Beeinflussung

Die Ausbildungsleitung (Al) versucht mit den verschiedensten Methoden die gut 200 Lehrlinge des Hamburger Werkes in den Griff zu bekommen, bzw. zu halten. Deswegen bemüht sie sich, ihren Einfluß so umfassend wie möglich auszudehnen.

Konkret sieht das so aus, daß die Lehrlinge volle zwei Jahre in der Lehrwerkstatt bleiben, bevor sie raus in den Betrieb kommen.

Die Berufsschule der Metallflugzeugbauer-Lehrlinge, die die größte Berufsgruppe darstellen, befindet sich ebenfalls auf Werksgelände und zwar in dem gleichen Gebäude wie die Lehrwerkstatt. Es besteht ein enger Kontakt zwischen Lehrern und Ausbildern. Neben dem Aspekt, daß so wichtige Informationen ausgetauscht werden, kommt noch hinzu, daß die Lehrlinge keinen Kontakt zu anderen Betrieben haben und so nicht aus deren Erfahrungen lernen können.

Selbst in der sogenannten „Freizeit“ wird durch verschiedene Hobbygruppen, an denen jeweils Ausbilder teilnehmen, Einfluß auf die Lehrlinge genommen.

Die Skala der Beeinflussung geht weiter über Tanzfeste, Ausflüge, Klassen- und Schulfahrten usw. hinaus, die selbstverständlich ganz oder jedenfalls zum größten Teil von der Firma bezahlt werden.

Dort soll die „Gemeinschaft“ gefördert werden, das „gegenseitige Vertrauen“, die „partnerschaftliche Zusammenarbeit“... Bevor man zum Betriebsrat geht, solle man doch das „vertrauliche Gespräch“ mit der Al suchen. Sogar mit persönlichen Problemen (Freundin) solle man zur Al gehen usw. usf.

Am klarsten kommen die Absichten der Al zum Ausdruck am Beispiel der jährlichen Schulungswoche des 1. Lehrjahres zum „Sunderhof“, das dieses Jahr unter folgendem an sich schon bezeichnendem Zitat eines Polizeipsychologen eröffnet wurde: „Scharfschützen ersetzen noch einmal keine Gruppendynamik!“ Wie dadurch schon angedeutet, standen während der diesjährigen Schulungswoche im Gegensatz zu früher nicht mehr fachkundliche Vorträge, sondern Gruppendynamik. Es wurden eine Reihe verschiedener gruppendynamische Planspiele und zahlreiche Diskussionen und Gespräche durchgeführt. An den Abenden durften die Lehrlinge dann Tanzen, Filme sehen oder sich besaufen. Am ersten Tag hatten die Lehrlinge sogar die Möglichkeit zum kostenlosen Segelfliegen. Weiterhin wurde des öfteren Bier, Bratwürste usw. kostenlos verteilt. Zum Abschluß wurde eine Feier veranstaltet, wo gemeinsam gesungen und gespielt wurde.

Um die Lehrlinge dort wirklich voll in den Griff zu bekommen, scheute die Al keinerlei Einsatz: Auf nicht einmal 50 Lehrlinge kamen fünf Ausbilder, zwei Berufsschullehrer, der Ausbildungsleiter und eine extra aus München herbeordnete Psychologin. Des weiteren kamen noch zahlreiche Ausbilder und Lehrer „zu Besuch“. Die Unkosten der Schulungswoche wurden natürlich fast ausschließlich von der Firma getragen.

Ein „betrieblicher Konfliktfall“:

Der „dicke Hammer“ der Schulungswoche war das letzte gruppendynamische Planspiel: Hierbei handelt es sich um einen „betrieblichen Konfliktfall“, in dem die Lehrlinge verschiedene Parteien bilden mußten und durch Gespräche einen „aus der Realität gegriffenen Konflikt“ lösen sollten.

Die Ausgangssituation, vor die die Lehrlinge gestellt wurden, war folgende: Ein kritischer, politisch aktiver Lehrling ist nach hitziger Diskussion mit einem Ausbilder von diesem geschlagen worden. Der Betriebsrat fordert die Kündigung des Ausbilders.

Die Lehrlinge hatten nun folgende Parteien darzustellen: Den Betriebsrat (BR), die Lehrlinge, den geschlagenen Lehrling, die Ausbilder, den schlagenden Ausbilder, die Personalabteilung, die Eltern und die Aus-

bildungs- und Geschäftsleitung.

Jedes Gespräch, das die verschiedenen Parteien jetzt untereinander aufnehmen, mußte der „Zentrale“ gemeldet werden, die aus dem Ausbildungsleiter und der Psychologin (von den Kollegen „Psycho-Elle“ genannt) bestand. Diese zeichnen ein Diagramm, das aufzeigte, wann, wer, auf wessen Initiative mit wem verhandelte. Auf diese Weise ist es für die Al z.B. hervorragend zu erkennen, welche Kollegen sofort zur Al rennen, welche sich eher mit dem Betriebsrat absprechen usw., d.h. hier wird ganz klar politische Bespitzelung betrieben! Die Psychologin gab auch offen zu, daß das Diagramm voll der Situation bei MBB entspricht!

Genau in die gleiche Richtung geht es auch, daß während der sogenannten „Manöverkritik“ an der Schulungswoche sämtliche Äußerungen auf Tonband aufgenommen wurden, angeblich um die darin enthaltenen Vorschläge für das nächste Jahr besser auswerten zu können!

Um die „schwarzen Schafe“ herauszufinden, wie ein Ausbilder offen zugab, wird die Sunderhof-Schulungswoche ab diesem Jahr sogar noch in die Probezeit verlegt.

Bezeichnend ist es auch, daß das Planspiel nicht etwa einen Streitfall zwischen Arbeitern und dem Kapitalisten behandelt, sondern zwischen „Arbeitnehmern“ (Lehrling und Ausbilder). So war es dann nur logisch, daß dem „Betriebsrat“ während der Auswertung des Planspiels von der Al (der Echten) vorgeworfen wurde, daß er „einseitig“ gehandelt hätte, daß er beide Seiten „gleichberechtigt“ zu behandeln hätte usw. Richtig ist, daß die Ausbilder auf der einen Seite, nämlich ihrer wirtschaftlichen Lage nach, zur Arbeiterklasse gehören. Auf der anderen Seite allerdings sind sie Beauftragte der Kapitalisten, beauftragt damit, möglichst ergiebige und angepaßte Arbeitskräfte aus der Arbeiterjugend zu machen! In dem Maße, wie sie diese Aufgabe tatsächlich voll erfüllen, stehen sie auch auf der anderen Seite der Barrikade und haben deshalb auch keine Hilfe von den Interessenvertretungen der Arbeiter zu erwarten! (Das schließt keineswegs aus, daß sich ehrliche Ausbilder auf die Seite der Arbeiter schlagen können!)

Mit den oben genannten Argumenten (politische Bespitzelung) waren einige Metallflugzeugbauerlehrlinge vor der Schulungswoche gegen das geschilderte Planspiel aufgetreten. In einer demokratischen Abstimmung lehnte die Mehrheit der versammelten Lehrlinge das Planspiel ab. Daraufhin sicherte die Al zu, daß das „Spiel“ freiwillig sei und man parallel dazu einen Film sehen könnte. Dieser

Film wurde dann natürlich in Hamburg „vergessen“! Um diese Schweinerei zu vertuschen, wurde dann als „Alternative“ ein zweites Planspiel genau der gleichen Art, nur mit einem anderen Thema (Sportverein) durchgeführt.

Mitbestimmungsschwindel

Mit der umfassenden Beeinflussung als Grundlage ist es der Al momentan noch möglich, die Lehrlinge mit ihrer Partnerschaftsideologie einzufangen.

Praktisch umgesetzt wurde diese Ideologie dann z.B. im Ausbildungsforum (Af). Hierbei handelt es sich um ein aus Lehrlings-, Ausbilder- und Al-Vertretern bestehendes Gremium, das sich mit Ausbildungsproblemen beschäftigen soll.

In der Realität sieht es allerdings so aus, daß die Initiative einzig und allein von der Al ausgeht und ausschließlich deren Vorstellungen durchgesetzt werden.

Das hat in der letzten Zeit dazu geführt, daß das Af von Teilen der Lehrlinge nicht mehr ernstgenommen wurde, die Beteiligung unregelmäßig war usw. In allerletzter Zeit haben überhaupt keine Sitzungen mehr stattgefunden, und es scheint unklar, ob das Af überhaupt noch weiterexistieren wird.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, daß die Al dieses Gremium so kampflos aufgeben wird! Sie hat auch schon einige Stichpunkte gegeben, unter denen sie gegebenenfalls das Af wiederbeleben könnte: Als eine Möglichkeit wurde z.B. vorgeschlagen, mehr Lehrlinge zu wählen und eine Satzung festzulegen. Als andere Möglichkeit wurde angedeutet, das Af als Arbeitskreis der Jugendvertretung (JV) aufzumachen, als ob sich dadurch das Wesen dieses Gremiums verändern würde! Beide Möglichkeiten stellen ausschließlich organisatorische Tricks dar!

Unverschämterweise „begründet“ die Al den angeblichen Nutzen des Af für die Lehrlinge auch noch damit, daß wir mit der Jugendvertretung doch so wenig Mitbestimmungsrechte hätten und daß die Lehrlinge diese jetzt ja durch das Af wahrnehmen könnten!

Spätestens an diesem Punkt muß man aufhören und sich einmal vor Augen halten: Auf der einen Seite sind Betriebsrat, Jugendvertretung und Gewerkschaft von der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten erkämpft worden und sind auch heute noch, soweit sie nicht von Arbeitverrättern besetzt wurden, ständig den Angriffen der Kapitalisten ausgesetzt! (So wurden allein seit dem Frühjahr 72 über 600 Jugendvertreter aus politischen Gründen aus westdeutschen Betrieben gefeuert!). Und auf der anderen Seite das Af, das von der Al

entrig gefördert wird, dem freiwillig Veröffentlichungsmöglichkeiten und finanzielle Mittel zur Gestaltung von Festen und Ausflügen gegeben wird, das während der Arbeitszeit tagen darf usw. — da muß doch was faul dran sein!

Und in der Tat! Einer der wahren Gründe, warum der Al so viel am Af liegt, ist der, daß sie durch dieses Gremium herausbekommt, was unter den Lehrlingen los ist (Stimmung, Vorhaben), um sich darauf vorzubereiten und andererseits, daß sie ihrer Auffassungen über die Lehrlingsvertreter unter die Lehrlinge tragen kann!

Der Hauptgrund aber ist wieder einmal, daß sie die trügerische Illusion erwecken will, daß die Kapitalisten den Lehrlingen freiwillig echte Möglichkeiten geben würden, ihr Schicksal selbst zu bestimmen! In Wirklichkeit bestätigt dagegen die Erfahrung immer wieder, daß die Arbeiter und Lehrlinge immer genau so viel zu sagen haben, wie sie sich gegen die Kapitalisten erkämpfen! Dafür ist das Af ohne Zweifel untauglich!

Genau auf der gleichen Linie wie das Af liegt die Zeitung „Spant“, die von einem Ausbilder und einigen Lehrlingen hergestellt wird und der Zensur der Al unterliegt. Auch hier ist wieder festzustellen: Auf der einen Seite wird die „Spant“ eifrig gefördert, tut die Al so, als ob die Lehrlinge die Freiheit hätten, alles zu schreiben was sie wollten. Und auf der anderen Seite ist z.B. das Verteilen irgendwelcher Zeitungen, Flugblätter usw. nach dem herrschenden Recht in den Betrieben der BRD verboten und wird (vor allem bei linken) mit Rauschmiß geahndet, ist bei MBB/UH z.B. eine vergleichsweise sogar „harmlose“ Sache wie Unterschriftssammlungen nur „im Einvernehmen mit der Geschäftsführung“ (Arbeitsordnung) erlaubt! Auch hier sieht man wieder einmal, daß sich die Kapitalisten die entsprechenden reaktionären Gesetze geschaffen haben, um die „Freiheitsräume“ in dem Augenblick verweigern zu können, wo die Arbeiter und Lehrlinge sie für die Durchsetzung ihrer Interessen benutzen. Dem entsprechend würde auch ganz sicher die „Spant“ eingestellt werden, in dem Augenblick, wo in ihr konsequente Aufklärung im Interesse der Lehrlinge betrieben wird!

Das dies bisher nicht geschehen ist, liegt einzig und allein daran, daß die wirklichen Probleme der Lehrlinge in der „Spant“ nicht zur Sprache kommen, sondern im Gegenteil neben Klatsch, Tratsch und ein paar Witzen lange Artikel zu technischen Fragen die Zeitung füllen, bzw. sogar Ordnungsfunktionen für die Al übernommen wurden, wie „Appelle“, die Klos nicht zu bemalen usw!

Anders als beim Af, allerdings wird gerade in letzter Zeit die Zeitarbeit auch von fortschrittlichen Lehrlingen als lohnenswert angesehen. Es ist vorläufig sogar gelungen, die Zeitarbeit ohne Beisein und Zensur der Al, zu machen. Darum gilt es hier — im Unterschied zum Af. — die Möglichkeiten für eine an den Interessen der Lehrlinge orientierte Arbeit auszunutzen, ohne allerdings der Illusion zu verfallen, daß dies auf längere Zeit möglich sein wird!

Wie siehts wirklich aus?

Wenn auch die fachliche Ausbildung bei MBB/UH weniger miserabel ist, als in manchen anderen Großbetrieben der BRD, so besteht noch lange kein Grund zur Annahme, den Lehrlingen würde es gut gehen, sie wären „erstgenommene Partner“ und bräuchten sich nicht mehr energisch für die Durchsetzung ihrer Interessen einzusetzen, wie es die Al den Lehrlingen so gerne weismachen möchte und wie es z.T. auch im Af und der „Spant“ dargestellt wird! Im Gegenteil!!

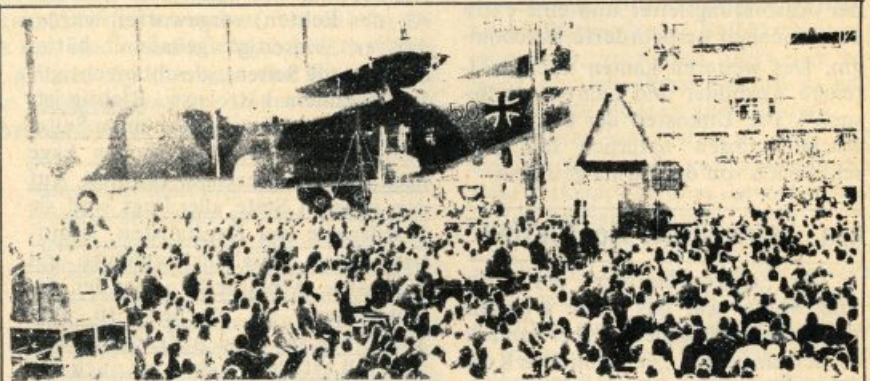
Den Lehrlingen wurde bisher die Bezahlung der Arbeitskleidung verweigert, obwohl der Lehrver-

tum“ sei. Immerhin ein seltsamer „Irrtum“, denn ein halbes Jahr später mußten die neuen Lehrlinge die Arbeitskleidung immer noch selbst bezahlen!

Die Lehrlinge müssen auf Grund der ungünstigen Konstruktion der Lehrwerkstatt (dünne Decke mit Glasfenstern) während der Sommermonate unter hohen Temperaturen arbeiten. Rund 35 Grad im Schatten sind zu dieser Zeit keine Seltenheit! Aus diesem Grund ist die Einrichtung einer Klimaanlage unbedingt erforderlich! Das wird von der Al und Geschäftsleitung allerdings „aus Kostengründen“ hartnäckig abgelehnt. Der Ausbildungsleiter machte dazu den sinnigen „Vorschlag“, die Lehrlinge sollten die Klimaanlage selbst bauen, einen Motor würde er privat „stiften“. So werden berechnete Forderungen der Lehrlinge abgewiegt! Zum einen ist natürlich kein Lehrling dazu in der Lage, eigenständig eine Klimaanlage zu bauen. Zum Anderen wird durch diesen Trick die Verantwortung für diesen Mißstand von den MBB-Kapitalisten weg und auf die Lehrlinge abgewälzt!

Für die Lehrlinge gibt es immer noch keine Duschen! Nach wie vor müssen wir dreckig und verschwitzt nach Hause gehen!

In der Berufsschule müssen die Lehrlinge, obwohl in Hamburg „offiziell“ Lehr- und Lernmittelfreiheit herrscht, weiterhin Rechenschieber, Zirkel, Schablonen, Schreiber usw. selbst bezahlen! Die notwendigen Fachbücher erhalten die Lehrlin-



IN HALLE SIEBEN beim Unternehmensbereich Hamburger Flugzeugbau: Betriebsversammlung am 7. September 1973. Links ein Transportflugzeug vom Typ Transall C 160.

trag das vorsieht. Als einige Kollegen des 1. Lehrjahres sich darüber bewußten, wurden sie von der Al mit den verschiedensten Ausreden abgespeist: Einmal hieß es, unsere Eltern seien vorher gefragt worden (eine klare Lüge!), ein anderes Mal wurde gesagt, wir brauchten diese bestimmte Arbeitskleidung gar nicht unbedingt zu tragen (zu diesem Zeitpunkt war die Arbeitskleidung der Firma von den Lehrlingen schon angenommen worden!). Die letzte Version war, daß das Ganze ein „Versehen“, ein „Irr-

ge zum Teil nur direkt für den Blockunterricht, sodaß sie zwischen den Blöcken nicht lernen können!

Abgesehen davon, daß der Jahresurlaub der Lehrlinge überhaupt zu kurz ist, um sich wirklich zu erholen, daß das Urlaubsgeld für die Deckung der Urlaubskosten lange nicht reicht usw. glaubt die Al auch noch, es sich erlauben zu können selbst den Zeitpunkt des Urlaubs zu diktieren und dummfroh zu lügen, daß Ausnahmen nicht möglich seien! In Wirklichkeit ist es so, daß, wenn keine

Betriebsvereinbarung getroffen wurde (und das ist bei MBB/UH nicht der Fall), die Lehrlinge sich den Zeitpunkt des Jahrsurlaubes innerhalb der Berufsschulferien selbst aussuchen können! Der Zeitpunkt der drei freien Tage, die wir dafür erhalten, daß wir die Berichtshefte zu Hause schreiben, wird von der Al z.T. ebenfalls festgesetzt, und zwar immer dann, wenn's ihr paßt (Prüfungen, Schulungen der Ausbilder und Behördengänge), sodaß sie den Lehrlingen gar nicht zur freien Verfügung stehen!

Die Ausbildungsvergütung reicht nicht aus, um den Lebensunterhalt der Lehrlinge zu tragen. Zum einen liegen wir damit dann unseren Eltern auf der Tasche, die so und so nicht viel Geld haben und zum anderen können wir uns nicht vom Elternhaus selbständig machen! Richtig wäre es, daß die Kapitalisten diese Kosten tragen, denn sie sind die zukünftigen Nutznießer unserer Arbeitskraft!

Die Lehrlinge haben auf die Gestaltung der Ausbildung so gut wie keinen Einfluß: Vorgabezeiten und Zensurensysteme werden ohne unsere Beteiligung verändert, die Ausbildungszeit in den verschiedenen Abteilungen werden ohne uns festgelegt, sodaß wir einmal unheimlich ranklotzen müssen und ein anderes Mal rumgammeln können, bzw. Beschäftigungstherapie betrieben wird (z.B. Gravieren)! Der Blockunterricht wird ohne Befragung der Lehrlinge eingeführt, die Stufenausbildung ebenfalls und und und !!!

Die Ausbilder und die Al erzählen die letzten Stories und Lügengeschichten über die Rechte der Lehrlinge und das was uns „draußen im Betrieb“ alles erwartet. Immer wieder wird mit Rausschmiß gedroht und einem eingehämmert, was man „in der Produktion“ nicht machen darf! Es vergeht kaum eine Woche, wo in der Lehrwerkstatt nicht irgendein Lehrling zusammengebrüllt und beleidigt wird!

Diese Aufzählung stellt nur die wichtigsten Mißstände bei MBB/UH dar! Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich die Lage der Lehrlinge in Zukunft noch verschlechtern, da die MBB-Kapitalisten die Ausgaben für die Ausbildung im Hamburger Werk nach Aussagen der Al energisch kürzen wollen.

Die Ursache für all diese Mißstände liegt nach wie vor darin, daß einzig und allein die Kapitalisten, bzw. der kapitalistische Staat entscheiden, was, wofür, unter welchen Bedingungen produziert wird, worauf die Ausbildung ausgerichtet wird usw. Die Mißstände als Ganzes werden auch sicherlich nicht durch Reformen innerhalb des Kapitalismus zu beheben sein, sondern nur im Sozialismus,

wo Staat und Gesellschaft nach den Interessen der Arbeiterklasse ausgerichtet sind!

Willst Du nicht mein Bruder sein, hau ich Dir den Schädel ein !

Auf Grund der im Kapitalismus notwendig schlechten Lage der Arbeiterjugend ist es für die Kapitalisten auf die Dauer nicht möglich, die Lehrlinge durch Mitbestimmungs- und Partnerschaftsmanöver an die Kette zu legen! Das gilt auch für die Ausbildung bei MBB/UH! Immer dann, wenn die Al mit der scheinliberalen Methode, die ja unter anderem darauf abzielt, daß die Lehrlinge ihre Interessen denen der MBB-Kapitalisten sozusagen „freiwillig“ unterordnen, nicht mehr ankommt, muß die altbewährte Methode der offenen Einschüchterung und Unterdrückung herhalten, wie z.B. Zusammenbrüllen, Beleidigen und Bloßstellen vor den Kollegen, Zwangsversetzung, Drohung mit Rausschmiß und Aktennotizen, Einzelgespräche, in denen die Lehrlinge zur Sau gemacht werden, Briefe an die Eltern usw. usf.!

Ein Lehrling wurde bereits aus einer Abteilung rausgeschmissen und in eine andere zwangsversetzt, wo er von den Kollegen mehr isoliert ist. „Begründet“ wurde das frech und gleichzeitig dankenswert offen mit „einseitigem Arbeitnehmerdenken“ (!) und „schlechter Arbeitsmoral“ des betreffenden Lehrlings! Weiterhin darf dieser Lehrling nicht mehr die Sprechstunden der JV aufsuchen, da formalrechtlich bereits der BR für ihn zuständig ist.

Diese Angriffe richten sich meist gegen Einzelne, weniger oft gegen eine größere Gruppe von Lehrlingen. Aber auch dies kommt vor, wie folgende Beispiele zeigen: Während einer Zwischenlehrarbeit des ersten Lehrjahres wurden drei Werkstücke geklaut bzw. kaputt gemacht. Das nahm die Al zum Anlaß, das betroffene Lehrjahr zur Sau zu machen. Die Al holte das gesamte Lehrjahr zusammen und versuchte, zur Selbstjustiz und Denunziation aufzuhetzen. Die Werkzeugkisten wurden einzeln untersucht und die Lehrlinge verdächtigt, zusammenzuhalten, den „Täter“ zu schützen, „phlegmatisch“ zu sein usw.! Schließlich mußte die Zwischenlehrarbeit wiederholt werden! Gleichzeitig schlug die Al kräftig nach links aus: Die Ausbildung sei kein „politisches Kampffeld“, man sei hier nur an einer „guten fachlichen Ausbildung“ interessiert. „Linksextremisten“ hätten hier nichts zu suchen, man dürfe in den Ausbildern keinen „Klassenfeind“ sehen, sondern

müsse Vertrauen zu ihnen haben usw.! Letzteres richtete sich vor allem gegen diejenigen, die der z.T. erfolgreichen Aufhetzung und Spaltung entgegenzutreten versuchten!

Ein weiteres Beispiel für derartige Einschüchterungen ist die immer wiederkehrende Drohung, daß die Ausbildung ganz dicht gemacht werden könnte, wenn die Unkosten der Ausbildung nicht drastisch gesenkt werden. Es wird verbreitet, daß überhaupt nur noch aus „ideellen Gründen“ ausgebildet werde, daß einfaches Anlernen wesentlich lohnender sei usw.! Dieses „Argument“ wird von einer Reihe von Ausbildern ganz gezielt dazu benutzt, die Forderungen der Lehrlinge zur Tarifrunde als „zu hoch“ abzuqualifizieren! Hier werden die Lehrlinge zu einem bloßen Anhängsel der MBB-Kapitalisten gemacht, das um das Wohlgefallen betteln muß!

Ein sehr beliebtes Mittel zur Unterdrückung der Lehrlinge besteht darin, die Lehrlinge zu spalten und gegeneinander auszuspielen: Den Lehrlingen wird wechselseitig vorgehalten, sie seien „die Schlechtesten“, „die Anderen“ seien „wesentlich besser“ usw.! In der Berufsschule wird genau in der gleichen Art fortwährend Konkurrenzdenken erzeugt. Außerdem werden die Lehrlinge von der Al dadurch gespalten, daß bestimmte Lehrlinge gegenüber ihren Kollegen Aufgaben bekommen, wie z.B. wer die Wasch- und Umkleieräume säubert („Verantwortung übernehmen“, nennt sich so etwas!), d.h. die Dreckarbeit sollen die Lehrlinge unter sich ausmachen, damit sie uneinig und zerstritten sind!

Insgesamt nimmt die Methode der offenen Einschüchterung noch einen relativ geringen Raum ein. Ohne Zweifel wird sich das mit zunehmender Klarheit und Aktivierung der Lehrlinge verändern, wie sich das heute schon in ersten Ansätzen beim 73-Lehrjahr bemerkbar macht!

Die Stärke der MBB-Kapitalisten liegt in ihrem umfassenden und planvollen Vorgehen und der Desorganisation der Lehrlinge!

Die verschiedenen Tricks und Manöver der Al sind weitgehend erfolgreich (das 73-Lehrjahr nimmt dabei z.T. eine Sonderstellung ein): Die Klarheit der Lehrlinge darüber, wer die Verantwortlichen für ihre schlechte Lage sind, über die Notwendigkeit und die Art und Weise, wie diese zu bekämpfen sind, ist wenig entwickelt. Gemeinsame Aktionen, in denen die Lehrlinge versuchen, ihre Interessen gegen die MBB-Kapitalisten durchzusetzen, sind nur in allerersten Ansätzen vorhanden.

U.a. drückt sich die ungenügende Klarheit über den Klassenfeind auch in dem geringen Organisationsgrad

aus. Von über 200 Lehrlingen sind nur gut 20 in der IGM organisiert und diese wiederum haben noch keine jugendlichen Vertrauensleute gewählt. Auch die älteren IGM-Vertrauensleute kümmern sich wenig um die Lehrlinge.

Bei der JV sieht es nicht viel besser aus: Soweit sie überhaupt arbeitet, mauschelt sie meistens vor sich hin, führt ab und zu Gespräche mit der Al oder dem BR, leistet aber so gut wie keine Arbeit mit und unter den Lehrlingen! Besonders vorzuwerfen ist der JV die sträflich vernachlässigte Informationstätigkeit gegenüber den Lehrlingen und die Nichtteilnahme an den Vertrauensleutekorpsitzungen! Es ist auch reichlich unehrlich, wenn die JV die „mangelnde Aktivität der anderen“ als Begründung für ihre eigene Schaffheit vorschiebt. Die schlechte Arbeit der JV ist ja auch gar nicht verwunderlich, wenn sie der Meinung sind, und das geben sie ja auch offen zu, daß ihnen ihre persönlichen Dinge wichtiger sind als die Verantwortung vor Kollegen (z.B. früher Auslernen, gutes Zeugnis).

Auch der BR von MBB/UH scheint voll auf der Partnerschaftsideologie mitzureiten, was bei fast vollständiger SPD-Mitgliedschaft und Teilnahme an der SPD-Betriebsgruppe nicht verwunderlich ist!

Es besteht ein enges Verhältnis zwischen einigen BR-Mitgliedern und einigen Ausbildern. Die Al weiß meist schnell Bescheid, wann und warum sich Lehrlinge beim BR beschwert haben. Ein BR-Mitglied besaß sogar die Frechheit, einen unter den Lehrlingen verhassten Ausbilder als Vertrauensmann für die Lehrlinge vorzuschlagen!

Insgesamt scheint der BR zu versuchen, die Interessen der Arbeiter denen der SPD und damit letztendlich denen der Kapitalisten unterzuordnen: Auf die Frage eines interessierten Kollegen, ob bei MBB/UH eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe bestehe, antwortete das freigestellte BR-Mitglied H. Söllner, daß es eine SPD-Betriebsgruppe gäbe und dies „das Gleiche“ sei!!

Ein weiterer Ausdruck der mangelnden Klarheit der Lehrlinge über den Klassenfeind ist es, daß Unterdrückungsmaßnahmen „geschluckt“ werden, anstatt sie gemeinsam zu diskutieren und zu bekämpfen. Es kommt sogar vor, daß Lehrlinge sich bei der Ausbildungsleitung über bestimmte Ausbildungsleiter beschweren. U.a. kommt hierin zum Ausdruck, daß sie die Al sozusagen als neutrale Schlichtungsstelle betrachten und nicht erkennen, daß sie Handlanger der MBB-Kapitalisten ist. Solche Auffassungen werden von der Al gezielt gefördert, indem sie zu bestimmten Mißständen demagogisch

behauptet, sie wäre ja auch für deren Behebung, aber „die da oben würden kein Geld rausrücken“ usw.

Zum Teil herrscht auch ein recht unsolidarisches Verhalten unter den Lehrlingen, wie z.B. Anschließen beim Ausbilder. Einige wenige Kollegen kann man sogar als Büttel der Al bezeichnen, weil sie Ordnungsfunktionen gegenüber den Kollegen einnehmen, d.h. sie halten die Lehrlinge mit den Argumenten der Al zur Sauberkeit, Ordnung, Disziplin usw. an.

Solche Leute versucht die Al ja auch regelrecht heranzuzüchten, indem sich einige Ausbilder immer wieder mit bestimmten Lehrlingen, vor denen sie hoffen, sie in ihr Lager herüberziehen zu können, unterhalten, ihnen „verantwortungsvolle Aufgaben“ übertragen usw. Das gelingt dann z.T. auch, weil einige Ausbilder es nahezu perfekt verstehen, eine Art Arbeitsteilung durchzuführen, d.h. „Spezialisten“ in Sachen Einschüchterungen sind und wieder Andere, die durch knackige Sprüche Witze und mäßige Kritik verstehen, sich beliebt zu machen und das Vertrauen der Lehrlinge zu erschleichen.

Die Manöver der MBB-Kapitalisten sind vor allem auch deshalb erfolgreich, weil sie gut vorbereitet und durchorganisiert sind und sich auf die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft stützen (Gruppendynamik usw.).

Die Ausbilder und nicht nur diese, sondern in noch stärkerem Maße die Vorarbeiter, Meister, Leitende Angestellte usw. werden von den MBB-Kapitalisten ja auch regelrecht auf diese Dinge gedrillt. Dazu dient vor allem das „MBB-Bildungsprogramm“: Im Rahmen dieses Programms werden rund 400 Veranstaltungen pro Jahr durchgeführt, an denen insgesamt knapp 10.000 Mitarbeiter teilnehmen (das ist ungefähr die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten von MBB). Ca. 50 % dieser Veranstaltungen beschäftigen sich mit gesellschaftlichen Bereichen, wie Management, Arbeitsmethodik, Betriebswirtschaft, Erziehung und Gesellschaft usw. Die Schulungsthemen, die dort u.a. behandelt werden, sprechen schon als solche eine deutliche Sprache: „Personalführung und Führungspsychologie“, an anderer Stelle: „Motivationstechniken zur Nutzung des Mitarbeiterpotentials“ und noch besser: „Konfliktlöstechniken zur Überwindung von Spannungen in Gruppen“ usw. usw.!

Als weiteren Grund für die Erfolge der MBB-Kapitalisten kommt hinzu, daß die Arbeiterjugend allgemein noch nicht viel Erfahrungen im Kampf gegen die Kapitalisten besitzt und dadurch noch relativ leicht zu beeinflussen ist und auf der anderen Seite keine gefestigte Arbeiter-

bewegung besteht, die die Arbeiterjugend bewußt von vornherein in den Kampf gegen die Kapitalisten mit einbezieht.

Allerdings sind die Manöver der Al auch deshalb erfolgreich, weil die fortschrittlichen Lehrlinge es noch nicht verstanden haben, eine wirk-same Gegenkraft zu entwickeln!

Darum gilt es jetzt vor allem, Klarheit zu schaffen, welche Aufgaben für die fortschrittlichen Lehrlinge anstehen und auf welche Art und Weise sie unter den ungünstigen Bedingungen bei MBB/UH einen erfolgreichen Kampf entwickeln können!

Was tun?

Die vordringlichste Aufgabe besteht darin, die von den MBB-Kapitalisten aufgezwungene Partnerschaftsideologie zu überwinden, die Notwendigkeit des gemeinsamen und solidarischen Handelns klar zu machen und Aktivitäten zu entwickeln, die sich ausschließlich an den Interessen der Lehrlinge orientieren!

Praktisch bedeutet das, daß z.B. die hinter den Partnerschaftstricks (Planspiele, Af. usw.) stehenden Absichten der Al immer wieder vor den Kollegen offengelegt – und sobald das möglich ist – gemeinsam boykottiert werden müssen.

Anstelle dessen muß eine aktive JV- und Gewerkschaftsarbeit aufgenommen werden, die die wirklichen Belange der Lehrlinge zum Inhalt hat!

Im einzelnen heißt das heute, daß die fortschrittlichen Lehrlinge sich zusammensetzen müssen, um die Mißstände und die Forderungen der Kollegen, wie sie u.a. auf der letzten Lehrlingsversammlung vorgetragen wurden, zusammenzufassen, Durchsetzungsmöglichkeiten zu diskutieren, weitere Versammlungen vorzubereiten, auf die Wahl einer klassenbewußten JV hinarbeiten, Kontakt zu anderen Betrieben aufzunehmen usw. Dabei ist es besonders wichtig, durch breite Informationstätigkeit (Flugblätter, Versammlungen usw.) immer mehr Lehrlinge in die Auseinandersetzung miteinzubeziehen!

Allererste Ansätze dazu sind in der Vergangenheit ja bereits gemacht worden, indem sich einige wenige fortschrittliche Lehrlinge und Teile der JV in unregelmäßigen Abständen nach der Arbeit oder auf den Sprechstunden der JV getroffen haben, um den Kampf gegen Mißstände, Rechtsfragen oder die Vorbereitung der Lehrlingsversammlung zu besprechen.

Momentan gehen die fortschrittlichen Lehrlinge daran, eine jugendliche Gewerkschaftsgruppe aufzubauen. Das ist an und für sich eine ausgezeichnete Sache!

Allerdings gilt es zu bedenken, daß die Initiative dazu vom Vorstand des Ortsjugendausschusses der Hamburger IG-Metall ausgegangen ist, dem wohl kaum ernsthaft an dem Aufbau einer klassenkämpferischen Interessenvertretung in den Betrieben gelegen sein dürfte!

Vielmehr sind diese Bemühungen einzuordnen in die auf Hochtour laufende antikomunistische Kampagne der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, die u.a. darauf abzielt, zum einen durch Gewerkschaftsausschlüsse und Sabotage der JV-Arbeit (Beispiel HDW) die Position der Linken unter den Lehrlingen (und nicht nur da!) zurückzudrängen und zum anderen Betriebsgruppen aufzubauen, die der Gewerkschaftsführung treu ergeben sind, nach genauen Richtlinien arbeiten, streng kontrolliert werden, regelmäßige Berichte weitergeben sollen usw.!!

Hier ist besonders das Mitglied des Ortsjugendausschusses und des Ortsvorstandes der Hamburger IG-Metall, der Student Arb Kressin zu nennen, der es für die Gewerkschaftsführung übernommen hat, die Metall-Jugend voll auf Linie zu bringen, um seine Karriere in der Gewerkschaft vorzubereiten! Dieser „Kollege“, der z.B. im Ortsvorstand mit für die Ausschlusskampagne gegen die HDW-JV gestimmt hat, taucht in letzter Zeit immer häufiger in den Metallbetrieben auf, um so, wie bei MBB/UH, Gewerkschaftsgruppen zu initiieren oder schon bestehende unter die Kontrolle der Gewerkschaftsführung zu bringen und die Entwicklung einer eigenständigen Klassenpolitik bereits im Keime zu ersticken!

Genau auf der gleichen arbeitfeindlichen Linie liegt das Vorgehen einiger BR-Mitglieder, das die fortschrittlichen Lehrlinge in zunehmendem Maße zu spüren bekommen und das sich insgesamt mit den Schweinereien der Gewerkschaftsführung deckt, bzw. diese noch ergänzt: So weigerte sich der BR z.B., einen Aufruf zum Aufbau einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe abzudrucken, solange diese Gruppe keine „Geschäftsordnung“(!) und eine klare Konzeption vorgelegt hätte!

In diesem Zusammenhang wurde ausdrücklich erklärt, daß „eine Gruppe wie bei den HDW-Lehrlingen“ auf ihren erbitterten Widerstand stoßen wird! Bei der Vorstellung des BR vor dem neuen Lehrjahr fing dieser dann auch tatkräftig damit an: Er verbreitete die Lüge, daß auf der Gewerkschaftsgruppe nicht die „sozialen Belange der Belegschaft“ behandelt, sondern „Parteilpolitik“ gemacht würde! Das ist umso frecher, als weder dieser noch ein anderes Mitglied des BR jemals an den Treffen teilgenommen hat!

Anzeige

Unser Weg

Nachdruck von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung

Teil 1

„Links“ opportunismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden.

Kampf dem Faschismus

Zur Rolle der SPD

„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“?

Droht ein neues KPD-Verbot?

58 Seiten

DM 2.-

Teil 2

Zur Gewerkschaftsfrage; Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung?

Chemie-Tarifrunde 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß

Aktionseinheit zur Metalltarifrunde 71 – Verlauf der Aktionseinheit Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse.

62 Seiten

DM 2.-

men hat!

Diese Angriffe sind in keinsten Weise zu verstehen als Reaktion auf eine bereits geleistete Arbeit der fortschrittlichen Lehrlinge, sondern vielmehr als vorbeugende Maßnahme, um überhaupt erst das „Fußfassen“ linker Kräfte von vornherein zu verhindern! Genau in diesem Sinn beginnt der BR schon jetzt frühzeitig die JV-Wahlen propagandistisch vorzubereiten: So ist es z.B. sein erklärtes Ziel, die Wahl eines bestimmten Lehrlings zu verhindern, der „destruktiv“ vorgehen würde, den „Betriebsfrieden störe“, sich nur „einschleichen“ wolle usw. Über diesen Kollegen verbreitet der BR die Behauptung, er würde kommunistische Zeitungen verkaufen, in der Hoffnung, ihn so vor den Kollegen bloßzustellen und zu isolieren! (Im Zusammenhang mit den oben genannten Aussagen gab der BR offen zu, daß sämtliche Personen, die bei MBB zu arbeiten anfangen, vom Verfassungsschutz „durchleuchtet“ werden!)

Sich jahrelang nicht um die Gewerkschaftsarbeit unter den Lehrlingen zu kümmern und dann auch noch die allmählich entstehenden eigenständigen Initiativen der Lehrlinge zu sabotieren, weil sie sich nicht nach den eigenen Vorstellungen ausrichten, das ist die Politik der SPD-Betriebsratsfürsten!!! Dahinter steht die sicherlich berechtigte Angst dieser „Herrschaften“, daß ihre BR-

Politik von den Lehrlingen offen kritisiert werden könnte!

Die Lehrlinge bei MBB/UH werden in Zukunft damit rechnen müssen, daß die Gewerkschaftsführung und ihre Gefolgschaft in den Betrieben verstärkt versuchen wird, die jugendliche Gewerkschaftsgruppe auf ihre Linie einzuschwören und fest an sich zu binden (durch Teilnahme von Sekretären, Festlegung von Richtlinien usw.)!

Es kommt also darauf an, den Aufbau der Gewerkschaftsgruppe von vornherein mit dem Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie und gegen die Machenschaften der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung zu verbinden! Richtlinie für die Arbeit darf nicht sein, ob diese oder jene Aktivität der Gewerkschaftsführung und ihrem Anhang in den Betrieben paßt, sondern einzig und allein, ob sie den Interessen der Lehrlinge dient oder nicht!!!

Ungerechtfertigte Auflagen oder Drohungen der Gewerkschaftsführung und einiger rechter BR-Mitglieder dürfen nicht zum opportunistischen Zurückweichen führen, sondern machen einmal mehr notwendig, diese Schweinereien offen vor den Kollegen aufzudecken, denn nur in Kenntnis dieser Zustände können die Arbeiter die Gewerkschaften wieder zu den dringend notwendigen Kampforganisationen ihrer Klasse machen!

Genossen von MBB-Hamburg Metallbereich, KB-Gruppe Hamburg

Anmerkung

Inzwischen hat bereits eine weitere Lehrlingsversammlung stattgefunden. Aus zeitlichen Gründen konnten die damit zusammenhängenden Ereignisse nicht mehr in den Artikel einbezogen werden.

'Was wollen die Chaoten?'

IG-Chemie-Führung wirft neue Antikommunismus-Broschüre auf den Markt

In „Unser Weg“ Nr. 20/21 veröffentlichten und kommentierten wir ein internes Papier des Vorstandes der Hamburger IG-Chemie-Papier-Keramik, das einer antikomunistischen Ausrichtung des gewerkschaftlichen Funktionärskörpers dienen sollte. Dies Papier war die Grundlage für eine, etwas später in großer Auflage herausgebrachte antikomunistische Hetzbroschüre, die massenhaft vor und in Hamburger Chemie-Betrieben verteilt wurde. Später wurde diese Broschüre auch im Hamburger Hafen und anderen Branchen verteilt. Derselbe Text - in anderer Aufmachung - wurde auch von der Westberliner IG-Chemie-Führung nachgedruckt und in Umlauf gebracht. Auf gewerkschaftlichen Seminaren wurde diese Broschüre als „Schulungsmaterial“ von den Gewerkschaftsführern herangezogen.

Der Herausgeber dieser Broschüre - der freigestellte IG-Chemie-Sekretär Philipp Freiherr von Kodolitsch - wurde von den Gewerkschaftsführern verschiedener Branchen als „Referent“ herungereicht, um eine noch stärkere antikomunistische Ausrichtung der gewerkschaftlichen Funktionäre durchzusetzen.

Wir haben, sowohl in „Unser Weg“ und im „Arbeiterkampf“, als auch auf Flugblättern und in Branchenzeitungen nachgewiesen, daß die von Kodolitsch geschriebene Hetzschrift nicht einfach antikomunistische Überlegungen vom Standpunkt der Sozialdemokratie wiedergibt, sondern offen und unverhüllt Standard-Punkte der faschistischen Antikommunismushetze gegen den „Bolschewismus“ übernimmt. Ein Vergleich mit der Nazi-Literatur, besonders Hitler's „Mein Kampf“ und dem „Völkischer Beobachter“ zeigen klar

wes Ursprung die Kodolitsche Argumentationsführung ist.

Ausbildung und Fähigkeiten dieses Sekretärs werden offenbar von den Gewerkschaftsführern allgemein geschätzt und gefördert, was zeigt, mit welchen Mitteln und Methoden die Gewerkschaftsführer die Auseinandersetzung mit den „Chaoten“ zu führen gedenken und dies auch schon tun: mit den Mitteln des faschistischen Antikommunismus.

Kodolitsch selbst berichtete davon, daß er „von Haus aus rechtsradikal erzogen“ wurde, und diese „Erziehung“ offenbar bei der Bundeswehr (8 Jahre) abgerundet wurde, bevor er als freigestellter Sekretär zuerst der DAG, dann der IG-Chemie seine Dienste mit Erfolg anbot. Daß dieser Mann sich ab und zu betont „links“ gibt, die gesamte kommunistische Presse verfolgt (und sich darin gut auskennt) bei den Hamburger Jusos herumwieselt und öffentlich „antikapitalistische“ Reden schwingt, vollendet das Bild eines agent provocateurs.

Inzwischen ist eine neue antikomunistische Hetzbroschüre „Was wollen die Chaoten?“ aus seiner Feder geflossen und von der Hamburger Verwaltungsstelle der IG-Chemie-Papier-Keramik veröffentlicht worden. Hierin „analysiert“ Kodolitsch das „Programm“ des KBW, d.h. er versucht mit Hilfe offener Fälschungen, sog. „Zitaten“ (völlig zerstückelt, aus den Zusammenhängen gerissen usw.) ein antikomunistisches Gruselbild von den „Chaoten“ („erläutert am Beispiel des sogenannten „Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)“ - Untertitel der Broschüre) auszumalen. Diese Broschüre erhält in ihrer „Ar-

gumentation“ alle Elemente der Hitlerschen Theorie von der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“. Diese Broschüre wird nicht - wie ihr Vorgänger - öffentlich und massenhaft verteilt, sondern intern weitergegeben über dem Vorstand hörige Gewerkschaftsfunktionäre und die SPD-Gruppen. Die Gewerkschaftsführung versteht diese Broschüre ausdrücklich als direkte Anleitung in der Diskussion mit den Chaoten im Betrieb. Es gab in letzter Zeit einige öffentliche Reden der Gewerkschaftsführer auf Betriebs- und Gewerkschafts-Versammlungen, die nach dem Schnittmuster dieser Broschüre aufgebaut waren. Leider war es nicht immer möglich, daß unsere Genossen oder andere linke Kollegen in der geeigneten Weise hierauf eingegangen sind, sondern oftmals „vollkommen überrascht“ und „am Boden zerschmettert“ (wegen des ungeheuren Ausmaßes an Demagogie, Unterstellung, Verzerrung, Lüge etc.pp.) an die Wand gedrückt wurden. Zur zukünftig besseren Vorbereitung unserer Genossen und Sympathisanten auf betriebliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen mit diesem Charakter und um des dokumentarischen Wertes willen, drucken wir nachstehend diese Broschüre im Wortlaut nach. Die Chemie-Genossen der Hamburger KBW-Gruppe bereiten eine entsprechende „Gegenbroschüre“ dazu vor, die dann ebenfalls an interessierte Kollegen im Betrieb verkauft werden soll.



Was wollen die Chaoten?

Erläutert am Beispiel des sogenannten „Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)“

Ja, Freiherr von Kodolitsch. Wer dort??



Verfassungsschutz? Hervorragend... brauche dringend wieder Informationen über den Vertrauensmann X



Liegt vor? Ist Kommunist, Chaot, Kojot... mmm...



KÖSTLICH!



Wer steckt dahinter? Was wollen die Chaoten wirklich?

Jeder Arbeitnehmer muß heute in der Lage sein, eine Antwort auf diese Fragen geben zu können. — Ultralinke Gruppen bieten vor dem Betrieb ihre diversen Blättchen feil. Sie nennen sich selbst „KPD / Marxisten-Leninisten“, „Kommunistischer Bund“, „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ usw.

Sie haben ihr Betätigungsfeld nun von den Hochschulen aus auch in einzelne Betriebe ausgeweitet. Damit wollen sie das „Proletariat“ für ihre wahnwitzigen Ziele mobilisieren: Sie streben die Diktatur an; sie predigen Gewalt; sie wollen partout Revolution machen. Damit nützen sie deutlich reaktionären politischen Strömungen und richten unabsehbaren Schaden für alle Arbeitnehmer an.

Weil sie chaotische Ziele verfolgen, werden sie gemeinhin Chaoten genannt.

Wer heute noch

- diesen Gruppen ihre Blätter abnimmt,
- auf ihren Unterschriftenlisten seinen eigenen Namen zur Verfügung stellt,
- ihnen in Wahlen und Abstimmungen seine Stimme gibt,
- ihnen auf Versammlungen folgt.

der muß sehr genau wissen, wen und was er damit fördert. Deshalb sollten Sie diese Information sorgfältig lesen. Am Beispiel des sogenannten „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ analysiert sie, was die Chaoten wirklich wollen.

Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik
Verwaltungsstelle Hamburg

Januar 1974

Herausgeber: Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik,
Verwaltungsstelle Hamburg.
2000 Hamburg 1, Besenbinderhof 57. Tel. 24 49 63/64
Verantwortlich: Walter Holst. Redaktion: Philipp v. Kodolitsch
Druck: Heinrich F. Weise, Hamburg

Der sogenannte

„Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW)

hat, wie alle derzeitigen ultralinken Gruppen, seinen Ursprung im studentischen Bereich. In ihm hat sich eine Handvoll politischer Träumer und Mao-Verehrer zusammengetan, um hierzulande nach chinesischem Vorbild Revolution zu spielen. Aber selbst die Chinesen distanzieren sich von solchen pubertären Fanatikern, die unter dem falschen Vorzeichen „links“ objektiv reaktionären politischen Strömungen in die Hand arbeiten. Auch die offensichtlich kräftig sprudelnden Finanzquellen sind keineswegs „im Osten“ zu suchen.

„Revolutionäre“ Söhndien gutbetuchter Eltern, die bei den Chaoten mitspielen, finanzieren aus der rechten Tasche kräftig mit, was aus der angeblich „linken“ ausgegeben wird, um dem „Proletariat“ mit großem Aufwand an papierener Propaganda blutige Abenteuer schmuckhaft zu machen. In erster Linie aber geht es, dies ist bezeichnend, um die Zersetzung und Zerstörung der heutigen Gewerkschaften, in denen sich die Arbeitnehmerschaft das wirksamste eigene Instrument zur Vertretung ihrer Interessen geschaffen hat.

Auf einer „Gründungskonferenz“, am 12. Juni 1973, in Bremen, hat der „KBW“ seine Ziele und Absichten einigermaßen offen schriftlich niedergelegt. Anhand der „Ergebnisse der Gründungskonferenz“ wird in dieser Informationsbrochure analysiert und dargelegt, was die Chaoten wirklich wollen:

1. Was wollen die Chaoten?

1.1 Welches Ziel verfolgen sie?

Hierzu schreibt der „KBW“ in seinem „Programm“:

- „Unmittelbare Aufgabe des westdeutschen Proletariats ist die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution.“ (*)

1.2 Mit welchen Mitteln wollen sie ihr Ziel erreichen?

Der „KBW“ schreibt hierzu deutlich, das „Proletariat“ werde „die politische Macht

- mit Waffengewalt erkämpfen müssen“ (†).

Die „KBW“-Chaoten sagen es in den vor dem Betrieb verteilten Schriften niemals so offen. In ihrem „Programm“ aber steht es deutlich:

- Sie wollen die Arbeitnehmer in das blutige Abenteuer einer bewaffneten Revolution treiben. Sie wollen Gewalt.

1.3 Welche Hindernisse stehen den Chaoten und ihrer bewaffneten Revolution im Wege?

Auch diese Frage beantwortet der „KBW“ in seinem „Programm“:

- „Das größte Hindernis beim Zusammenschluß des Proletariats im Kampf für seine Befreiung ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus.“ (‡)

Unter „Reformismus“ und „Revisionismus“ verstehen die „KBW“-Chaoten:

- „Strömungen in der Arbeiterbewegung, deren Kern die Ablehnung der proletarischen Diktatur und die Idee der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung ist.“ (‡)

Das heißt auf deutsch: Die Chaoten sehen ihre Feinde nicht außerhalb, sondern innerhalb der Arbeitnehmerschaft. Jeder, der gegen Diktatur und Gewalt ist, der für gewaltloses Zusammenleben und für Reformen eintritt, wird bekämpft. Dies ist bezeichnend für den Fanatismus der Chaoten.

* Da der „KBW“ nichts von Bedeutung hinsichtlich der postrevolutionären Gesellschaft angeben kann, ist die Revolution selbst als Ziel anzusehen (siehe auch unter 1.6).

1.4 Wie wollen sie die Revolutionshindernisse bekämpfen?

Dazu verkündet der „KBW“:

- „Das Proletariat kann die politische Macht nur erobern, wenn es Reformismus und Revisionismus in den eigenen Reihen bekämpft und überwindet.“⁽¹⁾

Unter dem Begriff „in den eigenen Reihen“ versteht der „KBW“:

- „bürgerliche und verbürgerlichte Elemente im Apparat der proletarischen Macht- und Verwaltungsorgane.“⁽²⁾

Das heißt: Die Chaoten bekämpfen in erster Linie jene Institutionen, die sich dem Arbeitnehmer verpflichtet fühlen. Dazu zählen sie die SPD und natürlich in erster Linie die Gewerkschaften. Da diese die „Schuld“ an der „günstigen Lebenslage von Teilen des Proletariats“⁽³⁾ tragen und somit die Revolution verhindern, verkündet der „KBW“, es helfe

- „nur der schonungslose ideologische und politische Kampf der Kommunisten gegen diese Elemente.“⁽⁴⁾

Die „KBW“-Chaoten, die sich in ihren vor dem Betrieb verteilten Schriften mit Vorliebe als Anwälte der Arbeitnehmerschaft aufspielen und anbiedern, sind in Wahrheit entschlossen,

- die Arbeitnehmerschaft rigoros zu spalten und zu schwächen.
- Sie wollen in den eigenen Reihen einen „schonungslosen Kampf“ entfesseln.
- Das heißt: Die „KBW“-Chaoten schaden den Arbeitnehmern und nützen denen, die ihre politischen Widersacher sind.

1.5 Wie wollen die Chaoten die bewaffnete Revolution vorantreiben?

Da der „KBW“ ganz richtig davon ausgeht, daß das „Proletariat“ im Augenblick wahrlich keine Lust hat, sich für ein paar Wirtsköpfe in ein blutiges Revolutionsabenteuer stürzen zu lassen, werden folgende Kniffe erwogen:

- Der „KBW“ wartet auf einen „Krieg“, der noch vor der Revolution ausbrechen soll. Dann wollen die Chaoten versuchen,
 - „den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln.“⁽⁵⁾

- Falls der Krieg den Chaoten nicht rechtzeitig zu Hilfe kommen sollte, planen sie einen
 - „ständigen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat.“⁽⁶⁾

Es kommt ihnen dann darauf an,

- „den Kampf ... so (zu) führen, daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates“ usw.⁽⁷⁾

1.6 Was soll nach der Chaoten-Revolution geschehen?

Denen, die Krieg und/oder Revolution lebend überstehen, verheißt der „KBW“ eine Gesellschaft ganz besonderer Art:

- „allgemeine Volksbewaffnung“,
- „Volksmiliz“,
- „Wahl der Offiziere“,⁽⁸⁾
- „Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen“⁽⁹⁾...

... und so weiter und so weiter. Dann wollen die Chaoten noch

- einige Steuern abschaffen,
- dafür mehr Staatsgelder ausgeben,
- wofür weniger gearbeitet werden soll.

Das alles zusammen nennen sie

- „Diktatur des Proletariats“.

Wie dies alles genau funktionieren soll, wissen die Chaoten selbst nicht. Darüber, wie sie ihre Revolution machen wollen, wie sie die Gewerkschaften bekämpfen wollen, schreiben sie Seiten um Seiten. Wofür dies alles aber geschehen soll, wofür die Arbeitnehmer blutige Opfer bringen sollen, das handeln sie in einem kurzen Katalog wirrer chinesischer Impressionen ab.

Im „KBW“, wie in anderen Clubs der Chaoten, haben sich Leute zusammengetan, die politisch nicht ernstzunehmen sind. Erstzunehmen sind sie, weil sie Gewalt wollen und Gewalt anwenden, weil sie fanatisch und zynisch die Diktatur einer Minderheit der Mehrheit der Arbeitnehmer aufpressen wollen. Mit allen Mitteln.

Zu dem, was die Chaoten wollen, ist also zusammenfassend festzustellen:

- Sie wollen eine bewaffnete Revolution. Danach wollen sie ihre Diktatur errichten.
- Da die Gewerkschaften dafür sorgen, daß es den Arbeitnehmern „zu gut“ geht, gelten sie den Chaoten als Revolutionsverhinderer und somit Feinde erster Ordnung. Den Gewerkschaften gilt der „schonungslose Kampf“ der Chaoten.
- In diesem Kampf riskieren und provozieren die chaotischen Strategien bewußt den Bürgerkrieg und blutige Auseinandersetzungen.
- Da sie wissen, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer solch wahn sinnige Abenteuer nicht versuchen will, wollen die Chaoten die Revolution mit allerlei Tricks herbeiführen (Bürgerkrieg).
- Was nach der Revolution kommen soll, wissen die Chaoten selbst nicht genau. Hier wissen sie sich nur mit leeren Formeln und Phrasen zu helfen, die allesamt eine Umschreibung der Tatsache sind, daß sie eine Diktatur ihrer Meinung errichten würden, wenn sie nicht gestoppt werden.

2. Was verstehen die Chaoten unter Demokratie?

Die Chaoten führen ständig das Wort Demokratie im Munde. Mit diesem Wort vernebeln sie die Tatsache, daß sie selbst eine Diktatur errichten wollen. Wenn Chaoten also insbesondere in der Gewerkschaft mit dem Begriff der Demokratie hantieren, dann soll hier am Beispiel des „KBW“ und seines „Status“ untersucht werden, wie „demokratisch“ die Chaoten in den eigenen Reihen sind.

2.1 Wer kann im „KBW“ Mitglied sein und werden?

Laut „Statut“ des „KBW“ muß jeder angehende Chaote

- „zum Zweck der politischen Bewährung“ usw. erstmal
- „eine Kandidatenzeit von einem halben Jahr“ absolvieren. Während dieser Bewährungszeit hat er lediglich
- „dieselben Pflichten“, nicht die Rechte der schon etablierten Chaoten.

Hat der Kandidat sich „bewährt“, das heißt, hundertprozentig eingeordnet, dann entscheiden über seine Aufnahme

- „die Grundeinheit“ oder die
- „Leitungsorgane“. In jedem Falle aber spricht
- „das nächsthöhere Leitungsorgan“ das letzte Wort...

- Mitglied ist der angehende Chaote aber nur, wenn er
- „Programm und Statut anerkennt“,
- „aktiv in einer Einheit der Organisation arbeitet und
- „den Mitgliedsbeitrag zahlt“⁽¹⁾

2.2 Wer wird von den Chaoten ausgeschlossen?

Wenn Chaoten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, schlagen sie um sich, verklagen eigene Kollegen vor Gericht, stimmen Wehklagen über das „undemokratische Verhalten“ der „Gewerkschaftsbezirke“ an und lassen ihren Propagandaapparat pausenlos rotieren. Der „KBW“ aber hat in seinem „Statut“ eine Regelung, die für sich spricht:

- „Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es die Bestimmungen des Statuts verletzt. Der Ausschuß wird von der Einheit der Organisation, in der das Mitglied arbeitet oder von dem nächsthöheren Leitungsorgan vorgenommen und ist durch das jeweils höhere Organ zu bestätigen.“⁽²⁾

2.3 Wie ist der „KBW“ organisiert?

Die Chaoten haben eine ausgeprägte Hierarchie, mit „Grundeinheiten“ (unten), mit „oben“, „höher“ und ganz am „höchsten“ angesiedelten „Leitungsorganen“:

- „Die Grundeinheiten der Organisation sind die Zellen“, die sich eine „Zellenleitung“ wählen.⁽³⁾
- „Jede Leitung bedarf der Bestätigung durch das jeweils höhere Leitungsorgan.“⁽⁴⁾
- Auch „Ortsgruppen oder regionale Organisationen“ dürfen nur „auf Beschluß des ZK“ (Zentralkomitee) gebildet werden.⁽⁵⁾
- „Das höchste Organ des KBW ist die zentrale Delegiertenkonferenz“, die vom „ZK“ einberufen wird.
- Die Konferenz wählt dann das „ZK“, das aus „11 Mitgliedern“ besteht. Dieses „ZK“ bildet dann, ohne daß die Konferenz mitreden kann, „aus seiner Mitte einen ständigen Sköptigen Ausschuß“ und bestimmt einen „Sekretär“.⁽⁶⁾

2.4 Zu was ist das Chaoten-Mitglied „verpflichtet“?

- „Die Minderheit ist verpflichtet, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen; die unteren Leitungsorgane sind verpflichtet, sich den Beschlüssen der oberen Leitungsorgane unterzuordnen.“⁽⁷⁾

Zu dem, was die Chaoten in ihren eigenen Reihen unter „Demokratie“ verstehen, ist also zusammenfassend festzustellen:

- Die „KBW“-Chaoten kennen in ihren eigenen Reihen keine Demokratie. Dort wird von „oben“ nach „unten“ bestimmt, es wird „Unterordnung“ verlangt und „Ausschluß“ praktiziert.
- Wenn die Chaoten also nach außen hin von Demokratie reden, so ist klar, daß sie etwas ganz anderes meinen und damit nur von ihren wahren Absichten ablenken wollen.
- Sie wollen eine Diktatur errichten.

3. Warum propagieren die Chaoten den „Kampf um die Gewerkschaften“?

3.1 Warum sind die Gewerkschaften Feind Nr. 1 der Chaoten?

Die „KBW“-Chaoten gehen in ihren „Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften“ davon aus, daß

- die Gewerkschaften ständig die Reform der bestehenden Gesellschaft betreiben und für die materielle Besserstellung der Arbeitnehmer erfolgreich streiten.
- Reformen und relatives Wohlergehen der Arbeitnehmer aber wollen die Chaoten nicht, weil dies, nach ihrer Meinung, die Revolution verhindert. (Siehe auch unter 1.3 und 1.4.)

Darum sind die Gewerkschaften den Chaoten der am meisten zu bekämpfende Feind.

3.2 Warum sind die „KBW“-Chaoten zur „Arbeit in den Gewerkschaften“ „verpflichtet“?

Den „Kampf um die Gewerkschaften“ sehen die Chaoten als

- „einzig gangbaren Weg bei der Vorbereitung der Revolution“ an.⁽¹⁾

Weiter:

- „Bei unserer Arbeit in den Gewerkschaften gehen wir von dem Ziel aus, die Mehrheit der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution und den Kommunismus zu gewinnen.“⁽²⁾

Sie sehen ihre „Arbeit in den Gewerkschaften“ an als

- „Kampf um die Mitgliedermassen“.⁽³⁾

Darum sind die Chaoten

- „zur Arbeit in den Gewerkschaften „verpflichtet““⁽⁴⁾,
 - betrachten die „KBW“-Oberen „jeden freiwilligen Verzicht auf diese Arbeit als Disziplinbruch“⁽⁵⁾ eines Chaoten-Mitgliedes, der mit Ausschuß zu ahnden sein könnte (siehe hierzu unter 2.2).
 - Da „in der ganzen Etappe der Vorbereitung der proletarischen Revolution“ die „Arbeit in den Gewerkschaften eine zentrale Aufgabe der Kommunisten“ sei,
 - erheben die Chaoten „die faktischen Fragen der Gewerkschaftsarbeit“ zur „Frage der ganzen Organisation“.⁽⁶⁾
- Die Chaoten wollen also die Gewerkschaften für ihre Ziele und Zwecke mißbrauchen. Darum zielen sie in ihrer Agitation und in ihren Blättern so überwiegend auf die Gewerkschaften. Allerdings unter

- Vernebelung ihrer wahren Absichten.

3.3 Warum passen die heutigen Gewerkschaften den Chaoten nicht ins Revolutionskonzept?

In ihrem Parteichinesisch befinden die „KBW“-Ideologen,

- die Gewerkschaften befänden sich „gegenwärtig fest in der Hand der Reformisten“.⁽¹⁾ (Siehe hierzu auch unter 1.3, 1.4 und 3.1)

Da die Chaoten selbst keine Demokraten sind, ist es für sie unvorstellbar, daß demokratisch organisierte Gewerkschaften an verantwortlichen Stellen gewählte Vertreter haben. Sie wollen lediglich die Mitgliedschaft selbst „fest in die Hand“ bekommen, um sie in die Revolution treiben zu können.

3.4 Wie soll der „Kampf“ der Chaoten „um die Gewerkschaft“ geführt werden?

Die „KBW“-Chaoten wollen, auch das ist bezeichnend, nicht in erster Linie etwa um die Zustimmung eines jeden einzelnen Arbeitnehmers kämpfen, sondern „um die Gewerkschaften“. Das heißt, sie wollen über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg Positionen erkämpfen, um nach ihrem Willen schalten zu können. Dieser „Kampf um die Gewerkschaften“, so schreiben sie in ihren „Leitsätzen“, werde

- „schonungslos“⁽²⁾ geführt und verlaufe
- „genausowenig friedlich wie der Klassenkampf insgesamt“.⁽³⁾

Die Chaoten sprechen also offen aus, daß sie auch in den Reihen der Arbeitnehmer Gewalt anwenden wollen. Wer noch immer glaubt, sie täten dies nur theoretisch, ist durch die Chaoten-Praxis (nicht nur an den Hochschulen) längst widerlegt:

- Gewählte Vertreter der Gewerkschaft wurden förmlich bedroht. Solche Drohungen wurden auch gegen ihre Familien ausgesprochen.
- Gewerkschaftshäuser wurden beschädigt (Fenster eingeworfen u. a.).
- Kollegen am Arbeitsplatz werden so lange unter Druck gesetzt, bis sie Listen der Chaoten unterschreiben usw.
- Chaoten-Blätter berichten z. B. stolz: „Ein Kocher drohte (dem Gewerkschaftssekretär X – Red.) sogar, daß er ihm seine Pfeife ins Maul stopfen wolle und wollte ihm nach der Versammlung an den Kragen.“⁽⁴⁾

Die Chaoten propagieren nicht nur Gewalt und Terror, sie lassen auch erkennen, daß sie zur Ausübung bereit sind. Die gewalttätige und unfähige Sprache ihrer Blätter gibt weitere Hinweise auf ihre mögliche Kriminalität.

3.5 Zu was sind für die Chaoten Gewerkschaftsmitglieder gut?

Die „KBW“-Chaoten bescheinigen den Arbeitnehmern („Proletariat“) in grenzenloser Arroganz

- „fehlende revolutionäre Reife“⁽¹⁾
- Gewerkschaftsmitglieder kennen die Chaoten nur als
- „Mitgliedermassen“⁽²⁾, „Proletariat“ usw., also als Menschenmaterial, das für die Revolution aktiviert werden muß, in erster Linie dadurch, daß die jetzigen Gewerkschaftsvertreter durch chaotische „Führer“ ersetzt werden, die dann die Mitglieder von oben her in blutige Abenteuer führen sollen.

3.6 Was wollen die Chaoten während und nach der Revolution mit Menschen machen, die nicht ihrer Meinung sind?

Sie wollen

- „die Reformisten aus dem gewerkschaftlichen Apparat verjagen und durch klassenbewußte Gewerkschaften und Kommunisten ... ersetzen“.⁽¹⁾

Da der „gewerkschaftliche Apparat“ ... vollständig erst während und nach der proletarischen Revolution erobert werden⁽²⁾ könne, müßten

- „Teile des Apparates ... wie der Staatsapparat selbst behandelt werden“.⁽³⁾ Das heißt: Beseitigung aller, die nicht der Meinung der Chaoten sind, mit jeder möglichen Gewalt.

4. Wie arbeiten die Chaoten innerhalb der Gewerkschaft?

4.1 Welcher generellen Taktik bedienen sich die Chaoten?

Hierzu propagieren die „KBW“-„Leitsätze“:

- „In allen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes und des Kampfes um die Gewerkschaften verlieren die Kommunisten niemals das Endziel des proletarischen Klassenkampfes aus den Augen, sondern lassen sich immer von diesem Endziel leiten: der klassenlosen Gesellschaft und der Diktatur des Proletariats als unabdingbare Voraussetzung zur Erreichung des Endziels.“⁽¹⁾

Das „Endziel“ wird hinsichtlich des „Kampfes um die Gewerkschaften“ auf zwei Wegen angestrebt:

- a) Alle jetzigen Funktionsträger sollen „verjagt“ und durch Chaoten „ersetzt“ werden. Die „KBW“-Chaoten schreiben „auf der Ebene des gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpers“ sei dies „im geringsten Umfang schon gelungen.“⁽²⁵⁾ Die Chaoten wollen also Positionen erobern, von denen aus sie, unter Ausschaltung des von „fehlender revolutionärer Reife“⁽²⁶⁾ zeugenden Mitgliederwillens, nach ihrem Willen und Geschmack manipulieren wollen.
- b) Durch bestimmte Aktionen sollen die Arbeitnehmer schrittweise in die Revolution gedrängt werden.

4.2 Mit welchen taktischen Tricks wollen die Chaoten die Gewerkschaft erobern?

Um diese Frage zu beantworten, wird hier nach den Stichworten, wie sie in den „KBW“-Leitsätzen aufgeführt sind, vorgegangen:

• „Verknüpfung des Tageskampfes mit der kommunistischen Agitation und Propaganda“⁽²⁷⁾:

„Der entscheidende Hebel, um die Massen der kommunistischen Agitation und Propaganda zugänglich zu machen“, sei nur dann vorhanden, wenn die Chaoten „in den brennendsten Fragen des Tageskampfes an den Interessen der Massen anknüpfen und sich auf der Grundlage dieser Interessen mit den breiten Massen“ „verbinden“ könnten.⁽²⁸⁾

Kurz: Die Chaoten wollen jede Unruhe für ihre Interessen umfunktionieren. Sie geben klar zu, daß es ihnen dabei nicht auf die Interessen der Arbeitnehmer ankommt, sondern alleine auf ihr eigenes Interesse an ihrer eigenen Revolution.

• „Verhältnis der Kommunisten zum gewerkschaftlichen Apparat“⁽²⁹⁾:

Hier propagieren die Chaoten „Verjagen“ und „Ersetzen“ aller, die nicht ihrer Meinung sind. Es wird deutlich gemacht, daß „Verjagen“ und „Ersetzen“ im Vertrauensleutkörper zu beginnen hätte. Aber: „Es gibt keinerlei Grund, den Kampf um gewerkschaftliche Positionen auf diese unterste, betriebliche Ebene zu beschränken. Sie bildet den Ausgangspunkt für weitere Kämpfe auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene.“⁽³⁰⁾

• „Grundlage der Gewerkschaftsarbeit – Zellenarbeit“⁽³¹⁾:

Als „Grundlage“ der Untergrundarbeit der Chaoten wird hier die „Massenarbeit der kommunistischen Zellen im Betrieb“ propagiert. Diese Zellen schüren Unruhe, leisten Wühlarbeit am Arbeitsplatz, setzen auf Vertrauensleutkörper und Betriebsrat an, betätigen sich als Zuträger der Chaotenblätter usw.

• „Instrumente der Arbeit in den Gewerkschaften – kommunistische Fraktionen“⁽³²⁾:

Hier wird die Zerstörung der Einheitsgewerkschaft propagiert. Die Chaoten „schließen sich ... auf allen Ebenen zu Fraktionen zusammen“, um mit diesem „Hebel“ „in gewerkschaftlichen Versammlungen und in gewerkschaftlichen Gremien nach einem gemeinsamen Plan vorzugehen“. Dabei stehen die Chaoten „in enger Verbindung mit den entsprechenden Grundeinheiten und Leitungsorganen“.⁽³³⁾

Kurz: Die Chaoten denken nicht daran, sich an demokratische Regeln in der Gewerkschaft zu halten. Sie fraktionieren und manipulieren rigoros. Sie wollen nicht überzeugen, sondern taktisch überfahren.

• „Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie“⁽³⁴⁾:

Was davon zu halten ist, wenn die Chaoten von Demokratie sprechen, wurde bereits unter 2. dargelegt. Auch hier werden die „KBW“-Strategen deutlich, wenn sie zugeben, daß der „Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie“ für sie nur ein „entscheidender Hebel“ ist, „um die Mitglieder in den Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten einzubeziehen“.⁽³⁵⁾ Dieser „Kampf“ müsse, wenn er erfolgreich sein solle, „mit dem konkreten Kampf für materielle Interessen verbunden sein“.⁽³⁶⁾

Ein praktisches Beispiel für die hier propagierte Taktik: Ein Vertrauensleutkörper wird zu einer utopischen Forderung in der Tarifrunde überredet, hintertaktiert oder hingestimmt. Die gewerkschaftlichen Tarifexperten machen, um Schaden von den Mitgliedern abzuwenden und um nicht in aussichtslosen Kämpfen mehr zu verlieren als zu gewinnen, nicht mit. Jetzt schreiben die Chaoten los und geben vor, „die Gewerkschaft“ arbeite mit den Kapitalisten gegen die Mitglieder. Es kreisen Unterschriftenlisten mit der Parole: „Willst Du 200 Mark oder nicht“. Es ist den Chaoten gelungen, „materielle Interessen“ der Arbeitnehmer vor ihren Karren zu spannen, Stimmung zu machen ...

• „Kampf um Positionen im Betriebsrat“⁽³⁷⁾:

Auch „Positionen im Betriebsrat“ gelten den Chaoten ebenfalls als „wichtige Hebel“, um das Klassenbewußtsein der Arbeitnehmer „zu heben“.

Zunächst wollen die Chaoten den „Kampf um Plätze auf den gewerkschaftlichen“ führen. Wenn dies mißlingt, soll „mit der Aufstellung einer eigenen Liste“ geantwortet werden.⁽³⁸⁾ Die Chaoten-Liste soll dann (zur Tarnung) „nicht nur mit unseren Mitgliedern und engen Sympathisanten besetzt werden“ und nur aufgestellt werden, wenn „die Zeile ... so stark ist, daß selbst bei Rausschmiß ... aus dem Betrieb und ... Ausschluß aus den Gewerkschaften die Arbeit im Betrieb und in den Gewerkschaften fortgesetzt werden kann“.⁽³⁹⁾

• „Selbständige Streiks und Kampf um die Gewerkschaften“⁽⁴⁰⁾:

Die Chaoten geben zwar zu, daß „diese Kämpfe“ „aufgrund ihrer Zersplitterung und fehlenden Unterstützung durch die Gewerkschaften besonders schwierig zum Erfolg zu führen“ seien und besonders „hohe Risiken für die Belegschaft“ enthalten. Trotzdem wollen die Chaoten spontane Streiks provozieren ...⁽⁴¹⁾

Weiter schreiben die „KBW“-Chaoten⁽⁴²⁾:

„Die Kommunisten stellen in den inoffiziellen Streiks die Lösung der vorzeitigen Kündigung der Tarifverträge und der Verkürzung der Laufzeit auf“, um sich als „in diesen Kämpfen führend“ bei den Arbeitnehmern anzubiedern und für stete Agitationsmöglichkeiten zu sorgen. Egal, ob dabei jene Risiken eintreten, die sie selbst genau kennen ...

„Niederlagen in solchen Kämpfen“ wollen die Chaoten dann zur „Hebung des Kampfbewußtseins“ gebrauchen.⁽⁴³⁾ Sie gehen also davon aus, daß Niederlagen eintreten. Die kommen ihnen aber gerade recht. Das sollte jeder wissen, der chaotischer Taktik auf den Leim geht und glaubt, die „führenden“ Chaoten wollten wirkliche Erfolge für die Arbeitnehmer erringen.

4.3 Welcher Mittel bedienen sich die Chaoten im „Kampf um die Gewerkschaften“ vordringlich?

- Zuerst werden einige Chaoten in den Betrieb eingeschleust. Oft haben sie höhere Schulbildung oder Hochschulstudium, bewerben sich jedoch als Produktionsarbeiter etc.

- Sind zwei bis drei Chaoten im Betrieb, dann bemühen sich diese um Aufnahme in den gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper, wo sie zunächst um Vertrauen werben („guter Kollege“, „fortschrittlich“, „kritisch“, „weiß allerhand“ und „gibt auch mal einen aus“).

- Dann werden möglichst weitere Chaoten eingeschleust: am Arbeitsplatz beginnt vorsichtig die einschlägige „politische“ Diskussion („ob der Kollege X wirklich nicht bestochen ist, nicht für die andere Seite arbeitet?“ etc.).

- Dann kommen im Vertrauensleutkörper erste haargenau formulierte „Resolutionen“ usw. auf den Tisch; andere Kollegen werden „angeschossen“, es wird deutlich, daß nach Plan und mit vorprogrammierter Taktik operiert wird.

- Die ersten Diffamierungen gegen Kollegen im Betrieb, erste „Berichte“ aus dem Betrieb tauchen in Chaoten-Blättern auf.

- Wenn die Chaoten sich endlich stark genug fühlen im Betrieb, beginnt der „Kampf“ um Positionen. Jeder, der nicht der Meinung der Chaoten ist, wird kontinuierlich innerbetrieblich „angeschossen“ und in den Chaotenblättern diffamiert. Bis auf seinem Platz ein Chaote sitzt.

- Von den betrieblichen Positionen aus beginnt der „Kampf“ um Positionen in der Gewerkschaft (Tarifkommission, Delegiertenversammlung etc.).

- Die von den Chaoten „eroberten“ Gremien kommen zu keiner vernünftigen Arbeit mehr. Es wird nur noch diffamiert, ziel- und planlos politisiert, endlos abgestimmt. Mitgliederversammlungen verlangt, um sie als Chaoten-Tummelplatz mißbrauchen zu können.

- Wenn die gewerkschaftliche Arbeit dann zerstört ist, treten die Chaoten als „Retter aus der Not“ auf: Sie wollen alle Positionen übernehmen als „einzigen gangbaren Weg bei der Vorbereitung der Revolution“.⁽⁴⁴⁾

5. Was ist „Untergrundarbeit“? Wie wird sie durch die Chaoten betrieben?

Politische Gruppen, die das Licht einer demokratischen Öffentlichkeit zu fürchten haben, leisten Untergrundarbeit, das heißt, sie geben sich nicht offen zu erkennen.

Scheinheilig propagieren die „KBW“-Chaoten deshalb, ihre Arbeit stehe unter der Devisen:

- „so offen wie möglich, so verdeckt wie nötig“.⁽⁴⁵⁾

Sie wollen der „offenen“ politischen „Schlacht“ „ausweichen“ und sie „unterlaufen“.⁽⁴⁶⁾

- Sie schreiben: „Der KBW erklärt ... unsere Mitglieder werden alles unterschreiben, was notwendig ist, um in den Gewerkschaften zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.“⁽⁴⁷⁾

Auf einer Chaoten-Veranstaltung Ende 1973 wurde in Hamburg erklärt:

- „Unterschreibt jeden Revers! Schwört jeden Eid! Bescheißt sie, wie sie euch bescheißt!“⁽⁴⁸⁾

Das heißt: Jeder Chaote schwört jeden Eid, kein Chaote zu sein. Wenn dennoch einer zu sagen wagt, der oder jener sei ein Chaote, dann kündigen Chaotenblätter den „Gang zu den bürgerlichen Gerichten“⁽⁴⁹⁾ an.

Es ist also in jedem Falle zwecklos, von Chaoten das Bekenntnis zu ihrer Gruppe zu erwarten. Sie verstehen sich als Untergrundkämpfer und (großspurig) als „Abteilung der Weltarmee des Proletariats“.⁽⁵⁰⁾ Als solche verstecken sie sich, agitieren in den Kulissen und verraten, wenn es sein muß, alles und jeden.



6. Zusammenfassung:

- Die Chaoten wollen die Revolution, um ihre Diktatur verwirklichen zu können.
- Sie propagieren Gewalt. Diese wollen sie gegen Personen und Sachen anwenden. Das ist kriminell.
- Die Gewerkschaften werden von den Chaoten in erster Linie bekämpft.

- Wer als Gewerkschaftsmitglied die chaotische Agitation durch Passivität oder aktive Unterstützung (Unterschriftsleistung, Abnahme und Verbreitung von Chaoten-Schriften etc.) fördert, muß heute wissen, welchen Interessen er damit dient.

- Arbeitnehmer, die außerhalb der Gewerkschaften stehen, unterstützen damit indirekt nicht nur die Unternehmer, sondern auch jene Extremisten, die über die Zerstörung der Gewerkschaften Revolution und Diktatur anstreben.

Quellennachweis:

Sämtliche Zitate, mit Ausnahme der durch * gekennzeichneten, sind der

- „Gründungsdeklaration“, dem
- „Programm“, dem
- „Statut“ und den
- „Leitsätzen zur Arbeit in den Gewerkschaften“

entnommen, wie sie als

– „Ergebnisse der Gründungskonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland“

am 12. Juni 1973, in Bremen, beschlossen und hernach vom „Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ im Selbstverlag herausgegeben wurden.

- (1) „Programm“ Seite 21.
- (2) „Programm“ Seite 18.
- (3) „Programm“ Seite 20.
- (4) „Programm“ Seite 20.
- (5) „Programm“ Seite 20.
- (6) „Programm“ Seite 20.
- (7) „Programm“ Seite 20.
- (8) „Programm“ Seite 20.
- (9) „Programm“ Seite 22.
- (10) „Programm“ Seite 22/23.
- (11) „Programm“ Seite 23.
- (12) „Programm“ Seite 24.

- (13) „Statut“ Seite 27.
- (14) „Statut“ Seite 29.
- (15) „Statut“ Seite 28.
- (16) „Statut“ Seite 28/29.
- (17) „Statut“ Seite 28.
- (18) „Statut“ Seite 28.
- (19) „Statut“ Seite 29.

- (20) „Leitsätze“ Seite 49.
- (21) „Leitsätze“ Seite 53.
- (22) „Leitsätze“ Seite 49.
- (23) „Leitsätze“ Seite 51.
- (24) „Leitsätze“ Seite 49.
- (25) „Leitsätze“ Seite 49.
- (26) „Leitsätze“ Seite 52.
- (27) „Leitsätze“ Seite 53.
- (28) „Der Chemiearbeiter. Zeitung des Kommunistischen Bundes/Gruppe Hamburg“, Nr. 32, 3. Jahrgang (1973). Seite 15.
- (29) „Leitsätze“ Seite 55.
- (30) „Leitsätze“ Seite 51.
- (31) „Leitsätze“ Seite 52.
- (32) „Leitsätze“ Seite 52.
- (33) „Leitsätze“ Seite 52.

- (34) „Leitsätze“ Seite 61.
- (35) „Leitsätze“ Seite 52.
- (36) „Leitsätze“ Seite 50.
- (37) „Leitsätze“ Seite 52.
- (38) „Leitsätze“ Seite 53.
- (39) „Leitsätze“ Seite 54.
- (40) „Leitsätze“ Seite 54.
- (41) „Leitsätze“ Seite 55.
- (42) „Leitsätze“ Seite 56.
- (43) „Leitsätze“ Seite 57.
- (44) „Leitsätze“ Seite 58.

- (45) „Leitsätze“ Seite 56.
- (46) „Leitsätze“ Seite 57.
- (47) Chaoten-Veranstaltung „50 Jahre Hamburger Aufstand“ Hamburg/Wilhelmsburg, 22. Oktober 1973.
- (48) KB-Flugschrift, Hamburg, 26. 11. 1973.
- (49) „Programm“ Seite 13.

Sperren im Text der Zitate wurden redaktionell vorgenommen



die Internationale

Nr. 1/Dez. 73 Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus 0,50 DM



hat das Ziel, die Verbindung mit den kommunistischen und fortschrittlichen nationalen Kräften in der ganzen Welt zu stärken. Deshalb besteht ein großer Teil der Zeitung aus Texten ausländischer Organisationen und Gruppen. Wir haben diese Artikel nicht nach dem Prinzip ausgewählt, daß sie unsere Meinung wiedergeben und unsere Politik bestätigen sollen, sondern wir wollen versuchen, ein objektives Bild der Klassenkämpfe in der Welt zu geben. Nur aus einer echten Diskussion politischer Anschauungen und dem Austausch von Erfahrungen kann dauerhafte und wirkungsvolle internationale Solidarität erwachsen.

zu bestellen über: **J. Reents**
0,50 DM **2 Hamburg 13**
Rutschbahn 35

die INTERNATIONALE erscheint sechswöchentlich

Lohnrahmenverhandlungen 1973

ERFOLGREICH ... FÜR WEN?

Die Verhandlungen über den am 31. Dez. 1972 ausgelaufenen Lohnrahmentarifvertrag in Schleswig-Holstein begannen am 10. Mai d.J., nachdem die IG Metall-Führung schon im September letzten Jahres (!) ohne breite Diskussion unter den Kollegen ihre Forderungen vorgelegt hatte. Ohne Einbeziehung der Kollegen flossen drei Verhandlungen dahin, bis am 25. Sept. 1973 die Große Tarifkommission einstimmig das Scheitern der Verhandlungen beschloß. Am 11. Oktober wurde unter Vorsitz des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Bremen, Heinz Menkens, einstimmig ein Schlichtungsergebnis angenommen. Da diese Schlichtung noch nach der alten Schlichtungsordnung durchgezogen wurde, derzufolge der Schlichter ausgewürfelt wird, sprach Günter Kalb (1. Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Flensburg) in Bezug auf Menkens davon, daß die Würfel günstig gefallen seien (Betriebsversammlung - Flensburger Schiffbau-Gesellschaft). Wenn man sich aber das Ergebnis anschaut, das die IG Metall-Führung und Gesamtmetall angenommen haben, und es den Forderungen gegenüberstellt, muß man sich fragen: günstig für wen?

Wo ist der Erfolg?

Vergleichen wir zunächst einmal Forderungen und Ergebnisse (folgende Gegenüberstellung nach „Metall-Nachrichten für die Metallindustrie in Schleswig-Holstein“).

„Abschaffung der Tätigkeitsgruppen I und II“

In die Tätigkeitsgruppen I und II sind nur Frauen eingruppiert. Nach Auffassung der IG Metall ist eine solche Klassifizierung nach Geschlecht unzulässig und auch sachlich nicht begründet. Deshalb müssen diese Tätigkeitsgruppen aus dem Lohnrahmentarifvertrag verschwinden.“

Schlichtungsspruch: Die Lohngruppe I wird ab 1. Januar 1974 von 73,5 % auf 76 % angehoben.

Lohngruppe I wird ab 1. Januar 1975 aufgehoben. Die Lohngruppe II wird von 78 auf 80 % ab 1. Januar 1976 angehoben.

„Überführung des prozentualen Lohngruppenschlüssels aus dem Lohnrahmentarifvertrag in den Lohnvertrag“

Nach dem Lohngruppenschlüssel ist jeder Lohngruppe ein Prozentsatz zu-

geordnet, so zum Beispiel der Facharbeiterlohngruppe 100 %. Die IG Metall fordert, daß der seit Jahren feststehende Lohngruppenschlüssel durch Aufnahme in den Lohnvertrag flexibel wird und bei Lohnverhandlungen sowohl Prozente als auch Geldbeträge vereinbart werden können.

Schlichtungsspruch:

wird überhaupt nicht erwähnt!

„Erhöhung der durchschnittlichen Leistungszulage für Zeitlohnarbeiter von durchschnittlich 10 % auf 20 % nach einem Stufenplan.“

Die IG Metall fordert damit eine weitere Absicherung der bisher in den Betrieben gezahlten Zulagen, um den Zeitlöhnern eine höhere Tarifvertragliche Garantie zu geben.“

Schlichtungsspruch: Die Leistungszulage wird ab 1. Januar 1974 auf 13 % und 1. Januar 1975 auf 16 % erhöht.

Der neue Vertrag beläßt es nicht dabei, daß die tarifvertragliche Absicherung hinter den betrieblich gezahlten Zulagen hinterherhinkt, sondern er geht noch einen Schritt weiter. So heißt es in den Schlußbestimmungen:

„3. Die Tarifvertragsparteien sind sich darüber einig, daß die Änderungen vom 11. 10. 1973 nicht zu einer Erhöhung der Effektivdienste führen sollen. Ein Arbeitnehmer, der bereits einen Verdienst erhält, der demjenigen entspricht, der ihm nach den tarifvertraglichen Bestimmungen zusteht, kann weitergehende Ansprüche nicht geltend machen. Andererseits tritt keine Lohnminderung ein. Anrechenbare Lohnbestandteile sind insbesondere bei Zeitlohnarbeitern übertarifliche Bestandteile, bei Prämienlohnarbeitern übertarifliche Bestandteile, bei Akkordarbeitern übertarifliche Geldfaktoren und übertarifliche Zeiteile.“

Anstatt also dagegen zu kämpfen, daß - wie bisher üblich - die Kapitalisten die Möglichkeit haben, betriebliche Zulagen zu streichen, wird hier der Zustand auch noch tariflich abgesichert.

„Abschaffung der Ortsklasse 2“

In Schleswig-Holstein erhalten die Arbeitnehmer in Landgebieten nur 97 % des Lohnes, der in den Städten gezahlt wird. Schleswig-Holstein ist das letzte Tarifgebiet, in dem eine solche ungerechte Unterteilung besteht. Diese Ortsklassenregelung muß endgültig (Unter-

streichung von der Red.) aus dem Lohnrahmentarifvertrag entfernt werden.“

Schlichtungsspruch: Die Ortsklasse 2 wird ab 1.1.1974 in Ortsklasse 1 überführt.

Zwei Landkreise erreichen dieses Ziel über einen Stufenplan erst ab 1. Januar 1976.

Erfolgreich beschissen!

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Große Tarifkommission von sämtlichen Forderungen abgerückt ist, und sich statt dessen mit den Kapitalisten auf ein stufenweises Herantasten an die unsprünglichen Forderungen geeinigt hat, während zugleich die Übernahme des Lohngruppenschlüssels in den Lohnvertrag „vergessen“ wurde.

Mit dieser tarifvertraglichen Grundlage haben die Kapitalisten für drei weitere Jahre (der Tarif hat eine Laufzeit von drei Jahren, und nicht, wie von der IGM-Spitze gefordert, 1 Jahr) die Möglichkeit, lineare Lohnforderungen der Kollegen, die allen Lohngruppen den gleichen Verdienstzuwachs ermöglichen, abzublocken.

Durch die stufenweise Einführung bestimmter Verbesserungen wird den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, die gemachten „Zugeständnisse“ durch verschiedene Maßnahmen wieder nichtig zu machen.

Sich angesichts dieses Ergebnisses hinzustellen und zu behaupten, daß das ein „annehmbarer Erfolg“ ist (Otto vom Steeg, Vorsitzender des Bezirkes Nordmark, „Metall“ 21), zeugt von offener Arbeiterfeindlichkeit und der Gewißheit, daß kein großer Widerstand aus den Betrieben zu erwarten war. Daß sich die Bezirksleitung so etwas heute noch „leisten“ kann, liegt nicht zuletzt daran, daß die Mitglieder bei der Aufstellung der Forderungen und bei den Verhandlungen draußen vor gelassen wurden.

Lohnrahmenverhandlungen in Nordbaden-Nordwürttemberg

Die unmittelbaren Verhandlungen um den Lohnrahmen II in Baden-Württemberg liefen schon zwei Jahre, sind aber bereits seit 17 Jahren (!) überfällig. So lange ist nämlich der Manteltarifvertrag von 1953 (!) schon

gekündigt und wird seitdem zwischen den „Tarifpartnern“ in Einzelabkommen verhandelt (Lohnrahmen I wurde 1967 abgeschlossen; er regelt die Tätigkeitsmerkmale der Lohnstufen und die Arbeitsplatzbewertung).

Nachdem der Kapitalistenverband Gesamtmetall sowohl die Forderungen der IG Metall als auch den Schlichtungsspruch abgelehnt hatte, beschlossen 88,8% der organisierten Kollegen bei einer Urabstimmung, für die Forderungen der IG Metall zu streiken:

- „1. Kündigungsschutz – Verdienstsicherung für Arbeitnehmer ab dem 50. Lebensjahr.
 2. Grunderholzeit von sechs Minuten in der Stunde.
 3. Mindestverdienstgarantie (von 140%) bei Akkord.
 4. Verbot von Arbeitstakten unter 1,5 Minuten.
 5. Mehr Mitbestimmung bei Gruppen- und Fließbandarbeit.“
- (aus „Metall“ 20)

Am Dienstag, den 16. Oktober, begann für insgesamt 57.000 Kollegen bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim und Sindelfingen sowie in den Feuerbacher Werken des Bosch-Konzerns der Streik.

Trotz Protesten und Aufforderungen einzelner Belegschaften wurden die restlichen ca. 190.000 meist streikbereiten Arbeiter ohne Begründung der IGM-Spitze nicht mit in den Streik einbezogen. Am 19. Oktober wurden die Verhandlungen zwischen IG Metall und Gesamtmetall wieder aufgenommen und in den späten Abendstunden des Samstags kam es nach bestimmt „zähen“ Verhandlungen zu einem „Kompromiß“. Die wichtigsten Punkte im Kompromißvorschlag sehen vor:

- Akkordlohnabsicherungen von 125% im Betriebsdurchschnitt in zwei Jahren 130%.
- Akkord-, Fließband- und Prämiendarbeiter erhalten fünf Minuten bezahlte Erholzeit pro Stunde. Arbeitern über 55 und mit einjähriger Betriebszugehörigkeit wird der bisherige Lohn garantiert.
- Besonderer Kündigungsschutz für Arbeiter über 53, sofern sie drei Jahre dem Betrieb angehören.
- Bei Betriebsunfällen wird der Nettolohn bis zur 78. Woche – bisher nur bis zur 6. Woche – weitergezahlt.

Das Verbot von Taktzeiten unter 1,5 Minuten wird überhaupt nicht mehr erwähnt!

Laufzeit bis 30.10.76!

Die Regelung der „Akkordabsicherung“ läuft bis 1979!

Dieser Kompromißvorschlag bleibt in den Punkten 2, 3 und 4 sogar noch hinter dem Schlichtungsspruch zurück. Kurz nach Beginn des Streiks hatte Franz Steinkühler dazu gesagt, daß ein von Schleyer geforderter

„Kompromiß“ „unterhalb des Schiedsspruches“ nicht in Frage komme. („UZ“, 19.10.) Was von der 125 %igen Akkordabsicherung zu halten ist, machte ebenfalls Steinkühler in einem Artikel der „Metall“ 21 mit der Überschrift „Arm in Arm gegen die Arbeiter“ klar:

„Eine Akkordabsicherung von 130%, erklärte Herr Schleyer „Bild“, sei ungerecht. Schließlich würden dann doch Arbeiter, die nur 110% leisten, genausoviel verdienen wie andere bei 130%. Wer mehr leiste, müsse auch mehr verdienen. Übrigens: Auch nach Angaben der Arbeitgeber liegen nur 0,5% aller Akkordarbeiter unter einem Verdienstgrad von 120%; 2,7% unter 125%; 9,9% unter 130%. Das sind leistungsgeschwächte Arbeitnehmer, Anfänger oder solche, die nach falschen Vorgabezeiten arbeiten müssen. Wäre es wirklich gerecht, alle, die ohnehin schon an ihrer geminderten Leistungsfähigkeit leiden (die ja keine Faulheit ist), auch noch durch Schmälerung ihres Lebensunterhaltes zu bestrafen?“

Hier gibt Steinkühler zu, daß die Forderungen im Grunde nur einen bisher schon meist üblichen Zustand tariflich absichern sollen. Es ist deshalb ein Hohn, wenn uns das Ergebnis in Nordbaden-Nordwürttemberg jetzt als „Jahrhundertergebnis“ verkauft wird.

Wo liegen die wirtschaftlichen ...

Die Kapitalisten lehnten den Schlichtungsspruch für die Lohnrahmenverhandlungen ab, da das nach ihren Angaben für „viele Firmen Belastungen bis zu 38%“ bedeuten würde.

Daß das Stimmungsmache ist, ist klar; die IG Metall errechnete demgegenüber höchstens 3%, weil viele Forderungen aus dem Lohnrahmen nahezu „kostenneutral“ sind, denn sie bedeuten nur eine tarifliche Absicherung der zur Zeit sowieso gängigen Regelungen (so wird im Durchschnitt z.B. sowieso schon 140% bei Akkord bezahlt – siehe dazu auch Zitat von Steinkühler!).

Die Kapitalisten wollen also auf wirtschaftlicher Ebene die „Vorteile der betrieblichen Akkordarbeit ungeschmälert für sich in Anspruch nehmen, aber das lohnmäßige Risiko (z. B. beim Ausfall der Maschinen) weiterhin voll und ganz beim Arbeitnehmer belassen“ (Schlichter Güntner, „Metall“ 21).

Zum anderen wollen sich die Kapitalisten natürlich weiter alle Möglichkeiten offenhalten, um übertarifliche Zahlungen jederzeit zu streichen, was ihnen ja jetzt in Schleswig-Holstein sogar tariflich erlaubt wird.

... und politischen Ziele der Kapitalisten?

Die Kapitalisten verbreiteten systematisch Lügen in den bürgerlichen

Massenmedien über die Auswirkungen des Streiks. So veröffentlichten sie an zwei Tagen halbseitige Anzeigen in Baden-Württembergs Tageszeitungen, wo sie gegen die berechtigten Forderungen hetzten. Besonders auffällig an dieser Anzeige mit der Überschrift „Für mehr Menschlichkeit am Arbeitsplatz braucht niemand zu streiken“ ist, daß ganz bewußt der Grund des Streiks heruntergespielt wurde. So: „Wer dennoch für Streik ist, kämpft nicht für mehr Humanität, sondern für mehr Geld.“ Oder: „Wer jetzt für Streik stimmt, muß wissen, daß er am Ast säßt, auf dem er sitzt.“ Denn: „Wer jetzt für Streik stimmt, muß sich fragen, ob er die Konsequenzen tragen will: weitere Preissteigerungen, Gefährdung des Exports, Auftragsrückgang und damit auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze.“ Mit dieser Panikmache verfolgen die Unternehmer das Ziel, wie immer bei Tarifverhandlungen die Arbeiter als die Schuldigen für Preiserhöhungen und Senkung des Lebensstandards hinzustellen. Zum einen bezwecken sie hiermit, die kämpfenden Arbeiter vom Rest der Bevölkerung zu isolieren. Zum anderen wollen sie mit diesen Lügen vorbeugend ein klares Bewußtsein der Arbeiter vom Wesen der kapitalistischen Ausbeutung verhindern, daß die Arbeiter aufgrund der Verschärfung der Arbeitshetze, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der daraus folgenden Vermehrung der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten klarer die Ursachen dieser Übel erkennen und den Kampf nicht nur für mehr Lohn, sondern den Kampf gerade gegen die Bedingungen und Grundlagen aufnehmen, auf denen die Löhne basieren.

Nicht umsonst ziehen die Kapitalisten gegen alle Bestrebungen der Arbeiter zu Felde, den Kampf um die Lohnhöhe zu verbinden mit dem Kampf gegen die unmenschlichen kapitalistischen Arbeitsbedingungen selbst. Es ist unzweifelhaft ein wichtiger Schritt für eine gewisse Verbesserung der Möglichkeiten der Arbeiter, den Kampf um die Verteidigung des wirtschaftlichen Lebensstandards auf der Basis linearer Forderungen zu führen. Denn dies ist Ausdruck des Bewußtseins, daß die Verschlechterung der Lebenslage alle Arbeiter gleichermaßen betrifft und dies die einheitliche Aktion für gleiche Forderungen notwendig macht. In diesem Zusammenhang spielt die Herinnahme des Lohngruppenschlüssels in den „normalen“ Tarifvertrag z.B. eine wichtige Rolle.

Walter Ulbricht schrieb hierzu bereits 1928:

„Der Inhalt der Tarifverträge zeigt, daß die immer größere Freiheit für Betriebsvereinbarungen durch die differenzierte Festsetzung der Ak-

kordbedingungen gefördert wird. Das macht die tarifliche Festsetzung hoher Minimallöhne zu einer der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder.

Die Entwicklung des Tarifwesens in den letzten Jahren zeigt, daß die Unternehmer in zunehmendem Maße durch die Rationalisierungsmaßnahmen und durch ihre Teuerungspolitik die Tarifverträge durchbrechen und sich bei Arbeitskämpfen nicht scheuen, durch Generalausperrungen oder Aussperrungsdrohungen klar zum Ausdruck bringen, daß der Tarifvertrag kein Hindernis für die Wahrnehmung der Klasseninteressen der Bourgeoisie ist."

(Wirtschaftsdemokratie oder Wohin steuert der ADGB, 1928)

Die zitierten Ausführungen machen ferner deutlich, welche Bedeutung der Kampf auch um Durchsetzung kürzerer Laufzeiten hat. Denn die Arbeiter sind für die Laufdauer des Vertrages gebunden, während die Kapitalisten die Ergebnisse des Vertrages durch Verschärfung der Arbeitshetze, Preistreiberei etc. wieder zunichte machen können.

Es ist nun auffällig, daß die Gewerkschaftsführer ein so geringes Interesse daran haben, gerade diese Möglichkeiten der Kapitalisten ins Bewußtsein der Arbeiter zu rücken und sie gar zum Gegenstand von Kampfaktionen zu machen. Forderungen insbesondere, die sich gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen und die kapitalistische Arbeitsorganisation richten, kommen unzweifelhaft näher an die „Wurzeln“ der Profitschinderei heran, als dies Lohnforderungen vermögen.

Die vor mehreren Jahren von den italienischen Fiat-Arbeitern (siehe weiter unten) aufgestellte Forderung nach Abschaffung des Akkords beispielsweise greift das freie Verfügungsrecht der Fiat-Kapitalisten über Umfang und Intensität der Produktion an, bezogen auf die Leistung des einzelnen Arbeiters.

Der Unterschied zwischen dem Lohnkampf und dem Kampf gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen liegt also darin, daß höherer Lohn bestenfalls die Konsumkraft des Arbeiters erhöhen kann, während der Kampf etwa gegen das Akkordsystem – der sich gegen eine hervorstechende Form der Profitschinderei richtet – näher an die „Quelle“ der kapitalistischen Ausbeutung heranreicht.

Es ist nun nicht zu übersehen, daß beide Formen des Kampfes sich auf der wirtschaftlichen Ebene befinden und sich in erster Linie gegen Auswirkungen des Kapitalismus richten. Selbst scharfe Kämpfe gegen das Akkordsystem, wie etwa in Italien, stellen noch nicht den Kapitalismus in seiner politischen und sozialen

Gesamtheit in Frage. Ganz sicher setzen derartige Kämpfe ein höheres Bewußtsein voraus als „reine“ Lohnkämpfe – aber beide Formen des Kampfes werden letztlich erfolglos bleiben, wenn sie nicht basieren auf dem massenhaften Bewußtsein von der unversöhnlichen Feindschaft des gesamten politischen und sozialen Systems des Kapitalismus zu allen Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse.

In der Tat kann der Kampf gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen nur ein Schritt vorwärts sein, denn er berührt noch nicht das politische Machtsystem der Kapitalistenklasse. Solange dies mit seinem hochmilitarisierten Staatsapparat funktionsfähig ist, wird es – dies zeigen gerade die Erfahrungen in Chile – spätestens dann von den Kapitalisten unter Anwendung aller Terrormethoden gegen die Arbeiter eingesetzt, wenn diese im Begriff sind, sich antikapitalistische Positionen zu erobern.

Um einen solchen fundamentalen Zusammenprall der Klassen erfolgreich zu bestehen, bedarf es in erster Linie einer erfahrenen kommunistischen Arbeiterpartei, die in der Lage ist, alle politischen und sozialen Kämpfe auf der Basis langjährig entwickelten Vertrauens in der Arbeiterschaft anzuleiten, sie zu einer einheitlichen politischen Strömung zusammenzufassen; bedarf es eines entsprechend hohen politischen Bewußtseins der Arbeiterschaft und eines tiefgreifenden Einflußverlustes der „Sozialpartnerschafts“-Pfaffen.

So verstanden, kann der Kampf der Arbeiter gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen nicht nur zu unmittelbaren Erleichterungen führen, sondern insgesamt dazu beitragen, das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Sozialismus zu wecken und zu entwickeln, kann den Mut der Arbeiter erhöhen weiterzuschreiten, einheitlicher und konsequenter aufzutreten.

Einige italienische Erfahrungen

Die italienische Arbeiterklasse führte in den Jahren 1968/69 Arbeitskämpfe um Forderungen, die auf direkte oder indirekte Weise die Objektivität der Einteilung in Qualifikationen und Arbeitsbereiche in Frage stellten und eine starke vereinheitlichende Tendenz ausdrückten, Forderungen, die Ausdruck eines höheren Bewußtseinsstands über die Spaltung der Arbeiter durch Qualifikationen und Akkordsystem sind. Die wesentlichsten Forderungen waren:

1. Gleiche Lohnerhöhung für alle
2. Qualifikation für alle, weil die Kapitalisten genau wissen, „daß die Spaltungen unter uns Arbeitern die

Bedingungen für ihr Überleben sind. Deswegen haben sie die Qualifikationen erfunden und wollen uns erzählen, daß die verschiedenen Qualifikationen verschiedenen Arten von Arbeit entsprechen. Wir aber wissen, daß die Arbeit in Wirklichkeit für uns alle gleich ist: In der modernen Großindustrie mit ihren Maschinen kann jeder Arbeiter oder Hilfsarbeiter innerhalb weniger Wochen oder Tage die Arbeit jedes anderen erlernen. Die Unternehmerkriterien zur Bewertung der Arbeit, wie z.B. die Qualifikationen, akzeptieren, bedeutet ein Gesellschaftssystem zu akzeptieren, dessen Ziel nicht das Wohlergehen der Arbeiter ist, sondern Ausbeutung und Profit für den Unternehmer."

Und: „Die Unternehmerpolitik ist, die Qualifikation nur wenigen, willkürlich ausgewählten Arbeitern zu geben, um uns zu spalten und jene zu demütigen, die am meisten gekämpft haben, und vor allem, um die Konkurrenz unter uns Arbeitern aufrechtzuerhalten..."

(Forderungen der C.U.d'A., einer Organisation von ungelerten Bandarbeitern bei Alfa Romeo, aus: Akkord, Lohn, Qualifikation von Regini/Regneri)

Forderungen bei Fiat:

1. Abschaffung des Akkords insgesamt. Festsetzung von Höchststückzahlen für alle (133) und 50 Lire pro Stunde mehr für die Akkordarbeiter. Umwandlung der Akkordlöhne in Festlöhne, so daß der Unterschied zwischen Akkord- und Stundenlohn aufgehoben wird.
2. Verminderung der individuellen Beanspruchung durch:
 - a. Erhöhung der Zahl der Springer
 - b. Längere Pausen für physische Bedürfnisse
 - c. Eine Viertelstunde mehr Zeit für das Mittagessen
3. Veränderung der Organisation der Produktion mit dem Ziel, die dritte Lohnkategorie abzubauen.
4. Abschaffung der Einarbeitungs- und Probezeit und Kontrolle des Arbeits tempos durch die Arbeiter selbst
5. Wahl und Anerkennung einer Zahl von Delegierten, die ausreicht, um die Arbeiter wirklich vertreten zu können

6. Befugnis der Delegierten, Arbeitszeiten und -Bedingungen zu kontrollieren

(aus: Kursbuch 26, Seite 67)

Die letzte Metalltarifrunde in Italien zeigt, mit welcher Härte und Unnachgiebigkeit der Kampf von Seiten der Kapitalistenklasse geführt wird. Gegen die Forderungen der Metaller:

- a. nach gemeinsamer Einstufung von Arbeitern und Angestellten in fünf Kategorien und eine automatische Höhereinstufung nach Erreichen eines bestimmten Arbeitsalters;
- b. Begrenzungen der Überstunden

auf 100 pro Jahr;
c. Reduzierung der Arbeitszeit von
40 auf 38 für Stahlarbeiter

gingen die Kapitalisten vor mit Dutzenden von Entlassungen, Hunderte von gerichtlichen Anzeigen (bei einigen Betrieben, z.B. bei Siemens in Mailand und Caserta, stellten die Kapitalisten sie gegen ganze Betriebsräte), Tausenden von Aussperrungen, massiven Einsätzen von Polizei und Werkspolizei. Obwohl die italienischen Arbeiter ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten, die Abschlüsse eindeutig den Charakter eines Kompromisses trugen, „war der wirkliche Erfolg der Metaller nicht in Vertragsparagrafen geschrieben, er besteht in dem Niveau des politischen Bewußtseins, von Organisation und von Kampfbereitschaft, das im Laufe dieser Kämpfe erreicht wurde; er besteht darin, daß die Arbeiterklasse aufrecht aus diesen Kämpfen herauskommt.“ (AK 28)

Und genau in diesem Niveau des politischen Bewußtseins lagen solche Forderungen begründet. Insofern ist es für die Kapitalisten auch ein Gradmesser für die Bewußtheit der Arbeiterklasse, wie weit diese den Kampf gegen die kapitalistischen Arbeitsbedingungen aufgenommen haben.

Genau aus diesen Gründen versuchen die Kapitalisten mit allen Mitteln, ein solches Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse gar nicht erst zustande kommen zu lassen oder es so niedrig wie möglich zu halten.

Deshalb die Panikmache und Hetze der Kapitalisten in Baden-Württemberg einerseits und die stille Kabinettpolitik der Unternehmer in Schleswig-Holstein andererseits – zwei Seiten einer Medaille, je nach Bewußtsein und Kampfbereitschaft der Metaller in den verschiedenen Bezirken. Die Kapitalisten haben aber diesen Kampf auch genutzt, um sich die gesetzliche Grundlage für spätere weit schärfere Auseinandersetzungen zu schaffen: „Nachdem bekannt geworden ist, daß die Polizei Baden-Württembergs unter anderem in Göppingen, Heidelberg und Karlsruhe bei vergleichsweise „harmlosen“ Streiks gegen die Streikenden, speziell gegen „Rädelsführer“ ermittelte, hat das zuständige Innenministerium dieses an die Öffentlichkeit gedruckene Vorgehen nachträglich durch einen Erlaß abgesegnet, der die Polizei verpflichtet, bei Streiks für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Dieser Erlaß ist parallel zu den jetzt laufenden Tarifverhandlungen um den Lohnrahmenvertrag, der begleitet worden war von zahlreichen Warnstreiks, ausgegeben worden.“ (siehe AK 34)

Kein Interesse der Kollegen an Lohnrahmenverhandlungen?

Vielfach hörten wir gerade in Flensburg von führenden Gewerkschaftsfunktionären, die ganze Sache sei so schwierig, weil die Kollegen (insbesondere die Kolleginnen) nicht hinter der Tarifkommission stehen würden, kein Interesse hätten, nicht streikbereit seien usw. Die Ereignisse in Baden-Württemberg und auch die Diskussionen und Warnstreiks in den Betrieben in Schleswig-Holstein haben sie widerlegt.

In Baden-Württemberg war es noch während der Verhandlungen und auch während der Schlichtung zu Warnstreiks von insgesamt über 150.000 Metallern gekommen. Dieser Kampfbereitschaft entsprach auch das eindeutige Votum für den Streik in der Urabstimmung. Gerade in Nordbaden/Nordwürttemberg wurde das Gerede, die Kollegen hätten kein Interesse am Lohnrahmen, in der „Metall“ vom 22. Oktober Lügen gestraft: „Franz Steinkühler ist sich darüber im Klaren, daß der Schwerpunktstreik die schwierigste Kampfform ist ... Nicht die „Arbeitswilligen“, die für uns immer Streikbrecher bleiben werden, sind ein Problem für uns, sondern die vielen Streikwilligen (!!!), denen es schwerfällt, an den Streikposten vorbei zur Arbeit zu gehen.“

Hier offenbart sich auch die Scheinheiligkeit des Geredes: Wenn die Kollegen nicht gleich „auf den Putz hauen“, weil sie überhaupt nicht informiert und in die Diskussion um die Forderungen einbezogen werden, so sind sie eben „nicht interessiert“, sind sie aber streik- und kampfbereit, so wird alles von der Gewerkschaftsspitze getan, den Einsatz der ganzen Kampfkraft der Arbeiter zu verhindern!

Obwohl fast 10 % weniger Abstimmungsberechtigte (gegenüber 96 % bei der ersten Urabstimmung) teilnahmen, beweist das Ergebnis der Urabstimmung nach dem Abschluß der Verhandlungen, in der sich 71,4% der Metaller für die Annahme des Ergebnisses aussprachen, daß es der Gewerkschaftsführung anscheinend bei einem größeren Teil der Kollegen gelungen ist, dieses Ergebnis als einen Erfolg zu verkaufen – wenn auch wohl kaum als „tarifpolitischen und gesellschaftspolitischen Durchbruch“ oder gar als „Jahrhundertergebnis“, wie Eugen Loderer sagt.

In Schleswig-Holstein kam es vereinzelt zu spontanen Warnstreiks während der Schlichtungsverhandlungen, sozusagen im allerletzten Moment. Dazu schrieb „Metall“ 21: „Überwiegend Frauen waren es, die durch spontane Arbeitsniederlegungen bei der AEG Neumünster, bei

DeTeWe in Rendsburg, bei Teldec in Nordhof und bei Dräger in Lübeck für ein akzeptables Schlichtungsergebnis der Lohnrahmenverhandlungen in Schleswig-Holstein sorgten.“

Zum einen ist das ein Schlag ins Gesicht der Gewerkschaftsführer, die die Schuld immer wieder auf die angeblich passiven und größtenteils schlecht organisierten Kollegen schieben wollen. Zum anderen soll der Eindruck erweckt werden, das miese Schlichtungsergebnis würde der Kampfbereitschaft der Kollegen entsprechen, die Kollegen hätten mit ihren Warnstreiks für eben dieses Ergebnis gekämpft.

Tarifpolitik auf Sparflamme

Die Lohnrahmenverhandlungen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben trotz der Unterschiede in der Härte der Auseinandersetzungen und der Forderungen erneut etwas Gemeinsames gezeigt. Die Gewerkschaftsführung verhandelte auch hier wieder nach dem Motto: so wenig wie möglich den Kapitalisten an den Kragen gehen, so viel wie nötig, um den Beschäftigten nicht allzu offensichtlich werden zu lassen. Statt vor dem Abschluß des Tarifvertrages alle Möglichkeiten des Kampfes auszuspielen, statt für größtmögliche Einheit zu sorgen, damit auch kampfschwächere Bezirke, wie z.B. Schleswig-Holstein mitziehen können, der halbherzige Streik in Baden-Württemberg und der gänzliche Verzicht auf die Mobilisierung der Metaller in Schleswig-Holstein. In den Kämpfen um Lohnrahmen- und Manteltarifverträge zeigt sich noch deutlicher als in den Lohn- und Gehaltsrunden, wie die Gewerkschaftsführer planmäßig den Kollegen langsam aber sicher den Kampf aus den Händen genommen haben. Dasselbe Ziel verfolgen sie auch in der Lohnpolitik, was aber wegen der jeweils aktuellen Dringlichkeit, jetzt und heute mehr Geld in der Lohntüte zu haben, nur begrenzt ohne die Arbeiter durchführbar ist.

Noch 1956/57 streikten die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins mehrere Wochen für einen besseren Manteltarif. Dabei tat sich die Belegschaft der FSG besonders hervor, denn sie lehnte nach über dreimonatigem Streik den zweiten Schlichtungsspruch in einer Urabstimmung ab und erteilte damit dem faulen Kompromiß der IGM-Spitze eine Abfuhr. Seither betreiben die Gewerkschaftsführer eine Tarifpolitik auf Sparflamme, die in Bezug auf Lohnrahmen- und Manteltarif noch offener als in den Lohnrunden den Arbeitern weismachen soll, Tarifpolitik sei einzig und allein Sache von „jahrelangen, zähen Verhandlungen“ zwischen den Kapitalisten und einigen Gewerk-

schaftsexperten. Hierzu noch einmal Ulbricht:

„Im Interesse der Stabilisierung der kapitalistischen Ausbeutung wurden mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen die Tarife langfristig abgeschlossen. In den meisten Fällen wurden die Gewerkschaftsmitglieder bei der Vorbereitung und Durchführung der Bewegung nicht zur Beratung und Beschlußfassung herangezogen. Diese Geheimdiplomatie der Gewerkschaftsinstanzen ergibt sich notwendigerweise aus der wirtschaftsfriedlichen Orientierung. Wer bestrebt ist, von vornherein auf dem Wege der Verhandlungen Arbeitskämpfe zu vermeiden, der hat ein Interesse an der Ausschaltung des Bestimmungsrechts der Mitglieder, damit nicht etwa aufgrund der Mitgliederbeschlüsse die geheimdiplomatischen Pläne der Bürokratie durchkreuzt werden. So zweckmäßig der Abschluß von Tarifverträgen ist, so gefährlich ist die Tarifvereinbarung im Dunkel der Schlichtungskammer. In allen Fällen, wo die Tarifverhandlungen am grünen Tisch geführt werden, ohne daß die Gewerkschaftsmitglieder über die Höhe der Forderungen und die taktischen Maßnahmen entscheiden, und wo trotz günstiger Situation der Tarifvertrag nicht das Ergebnis des Kampfes ist, werden stets die tariflichen Abmachungen zugunsten der Unternehmer sein; sie werden nicht einmal den gegebenen Kräfteverhältnissen entsprechen.“ (Ulbricht, Wirtschaftsdemokratie)

Es lohnt sich in diesem Zusammenhang, einen weiteren kommunistischen Arbeiterführer aus früherer Zeit zu zitieren. Karl Liebknecht zeigt uns, weshalb die Gewerkschaftsführungen sich nicht nur in der „Kampf“-Taktik „wirtschaftsfriedlich“ orientieren, sondern auch, weshalb sie ein Lebensinteresse an der Begrenzung der Arbeiterforderungen auf den Rahmen des Kapitalismus haben:

„Deren Interesse ist durchaus (gestellt) auf Vermeidung jeder ernst-

haften Auseinandersetzung, jedes entscheidenden Konflikts,...auf eine beschauliche Fortsetzung einer mäßig bewegten, von dem herrschenden Klassenwohl geduldeten, ja gern gesehenen Arbeiterbewegung...Die Organisation ist ihnen Selbstzweck, nicht Mittel zum revolutionären Zweck. Der Kampf ist ihnen nicht Zweck der Organisation, sondern die Organisation ‚Zweck‘ des ‚Kampfes‘. Die Erhaltung und Förderung der Organisation, d.h. ihrer Existenzquellen, ist der Zweck, zu dem sie — um der Organisation Zulauf zu verschaffen — überhaupt nur für Kämpfe zu haben sind; für Kämpfe in loyalen Grenzen, über die sie nur widerstrebend von den Massen hinausgerissen werden können. Sie sind keine Revolutionäre, höchstens Reformisten; im tiefsten Sinn — objektiv — eine an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in paradoxer Form schmarotzende Schicht.“

Hieraus erklärt sich, weshalb die Gewerkschaftsführungen im „Zweifelsfall“ stets mit den Kapitalisten gegen die Arbeiter gehen; weshalb sie das „Tarifexpertentum“ ohne Beteiligung und Entscheidungsbefugnis der Masse der Arbeiter predigen; weshalb sie stets isolierte Abteilungen der Arbeiterschaft in den Tarifkampf führen (wenn sie einen Streik schon einmal für unumgänglich halten); weshalb sie selbständige Streiks der Arbeiter im Verein mit Kapitalisten, Regierung, Polizei und Justiz abzuwürgen suchen; weshalb sie alle konsequent antikapitalistischen Arbeiter mit Gewerkschaftsausschluß bedrohen und ihrerseits das ideologische Gift der „Sozialpartnerschaft“ in allen Varianten und mit allen Mitteln in die Köpfe der Arbeiter zu hämmern suchen.

Dies ist das tiefste politische Interesse der Kapitalisten an den Lohnrahmenverhandlungen in Schleswig-Holstein und Nordbaden: gute Verbündete in den Führungen der Gewerkschaften zu haben, die auf Massenversammlungen durchaus ein-

mal radikale Sprüche klopfen, grundsätzlich aber ein Lebensinteresse daran haben, zu verhindern, daß die Arbeiter über Lohnkämpfe hinaus an Kampfforderungen herangeführt werden, die es ihnen ermöglichen, schrittweise klarer zu erkennen, mit welcher unversöhnlichen Feindschaft die Kapitalistenklasse und ihr Staat der Arbeiterschaft gegenübersteht.

Daß die Arbeiter jetzt „auf einmal“ so ein großes Interesse am Lohnrahmentarif zeigen, beweist allein, wie dringlich diese Fragen sind und in welcher Situation die herrschende Tarifpolitik die Arbeiter manövriert hat.



Es darf nach all dem nun nicht übersehen werden, daß wir — die Kommunisten — nicht, ungenügend oder zu spät die Kollegen über die Bedeutung der Lohnrahmenfragen aufgeklärt haben. Im ARBEITERKAMPF erschien (in Nr. 34/16. Okt.) ein Artikel zu den Lohnrahmenverhandlungen zu einem Zeitpunkt, als die Sache schon fast „gelaufen“ war, mit dem großen Mangel, nicht die grundsätzliche Bedeutung von Lohnrahmenfragen herauszuarbeiten. Die gleiche Kritik betrifft eine entsprechende Veröffentlichung im Flensburger METALLARBEITER. Wir sollten selbstkritisch festhalten, daß wir nicht früh genug „geschaltet“ haben. Wir haben, streng genommen, unsere Aufgabe als Kommunist nicht wahrgenommen: Klarheit über die anstehenden Fragen zu vermitteln. Mehr noch: wir sind „hinterhergehinkt“, indem wir uns mit Lohnrahmenfragen erst befaßten, als die Arbeiter in Nordbaden bereits kämpften. Hieraus sollten wir eindeutige Lehren ziehen.

Branchenzelle Metall
KB/Gruppe Flensburg

SCHULDEMONSTRATION 10 JUNI 1971 WARTENBELT HUN 17 ZUR AUSSENREICHEN DEN 11 CHINA 20

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

ARBEITERKAMPF

- für 6 Ausgaben DM 4,80
- für 12 Ausgaben DM 9,60
- Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,--
- Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,--

an Verlag ARBEITERKAMPF,

J. Reents, 2 Hamburg 13

Rutschbahn 35

Zahlungen bitte im voraus auf das Postscheckkonto

Hamburg 2405 95 203



Zum Betrugsversuch des NRF (KBW) am IRA-Komitee

Wie angekündigt, veröffentlichen wir hier den Briefwechsel zwischen uns und dem Heidelberger NRF (Neues Rotes Forum, jetzt KBW) zum Thema „Betrugsversuch des NRF am Westdeutschen IRA-Solidaritätskomitee“.

Zum Verständnis: Dieses Komitee kümmert sich seit langem um Organisierung von Solidaritäts-Veranstaltungen, Ausstellungen u.ä. für die irische Sinn-Fein-Partei und die IRA (O) im Bereich der BRD, der Schweiz und Österreich.

Das Komitee arbeitet inzwischen mit nahezu 50 Gruppen und Organisationen in dieser Sache zusammen. Es war stets bemüht, diese Basis weiter zu verbreiten. In diesem Sinn kam es im Februar 73 zu einer „nationalen Konferenz“ dieser Gruppen mit eben jenen Gruppen, die gerade im Begriff waren, den KBW aus der Taufe zu heben und die bereits nach außen hin geschlossen und einheitlich auftraten.

Die NRF-Bruderschaft versuchte in diesen Gesprächen, den ganzen Laden unter seine Fittiche zu bekommen, versuchte in diesem Sinn die Diskussion auf „Probleme“ wie Statut, Delegierten-Schlüssel u.ä. zu orientieren, verlangte für sich selbst 14 Stimmen auf der Delegierten-Versammlung (gegenüber nur je einer Stimme anderer Organisationen) sowie in einem leitenden Ausschuß zwei von insgesamt drei Sitzen.

Die anderen Gruppen widersetzten sich dieser freundlichen Aufforderung durch das NRF und bestanden dagegen auf dem Prinzip der Gleichberechtigung aller beteiligten Gruppen, was aber vom NRF abgelehnt wurde, aufgrund „der Entwicklung innerhalb der kommunistischen Bewegung Westdeutschlands“ („offener Brief“ der NRF-Gruppen in dieser Sache), was als „Wink mit dem Zaunpfahl“ auf den ungemein bedeutenden Einfluß des NRF in der BRD verstanden werden sollte.

Im „erweiterten Neudruck“ ihres „Info“ Nr. 1 charakterisiert das Irland-Komitee die NRF-Manöver folgendermaßen:

„Die augenblicklichen Auseinandersetzungen um Buchläden, um die Führerschaft von Demonstrationen und Aktionen der sozialistischen Bewegung, sowie diverse Spaltungs- und Okkupationsversuche, „Kämpfe“, die mit der von Marx sogenannten „wirklichen Bewegung“ nur noch sehr wenig gemein haben, warnen uns deutlich genug, um die notwendige Solidarität mit den irischen Genossen auf ähnliche Weise mißhandeln zu lassen.“

An dieser dekadenten Praxis des machtorientierten Parteaufbaus, jener Konkurrenzschlacht um den „letzten Zirkel“, ist auch die NRF-Assoziation erkennbar beteiligt, mag sie in ihren Veröffentlichungen deklamatorisch noch so sehr das Gegenteil behaupten.“

Wir verkennen nicht die Notwendigkeit politischer Auseinandersetzungen, die Notwendigkeit solidarischer Kritik, die der Einheit vorangeht. Wir erkennen aber in der bisher vom NRF geführten Auseinandersetzung weniger den Prozeß Kritik-Einheit, als vielmehr den bürokratischen Versuch, durch Stimmenmehrheit und Manipulationen an Delegiertenschlüsseln diesen Prozeß zu vereiteln bzw. von vornherein „klare Verhältnisse“ im Sinne der eigenen Interessen zu schaffen.“

Wenn wir versucht haben, unserer Verantwortung gegenüber den irischen Genossen und der antiimperialistischen Bewegung gerecht zu werden, dann allerdings in der Absicht, solche Tendenzen auszuschalten.“

Wir sind deshalb willens, aufgefordert durch viele solidarische Gruppen, von uns aus jede Zusammenarbeit mit den Gruppen des NRF sofort zu beenden.“

Zur politischen Seite der Auseinandersetzung mit dem NRF, veröffentlichte das Komitee in o.g. „Info“ recht ausführliche Informationen durch Abdruck eines „Offenen Briefes“ der NRF-Gruppen und einer ebensolchen Antwort durch das Komitee. Das „Info“ ist im linken Buchhandel erhältlich, sofern es nicht

(wie es unserer Presse gelegentlich geht) als „Schädlings-Literatur“ u.ä. boykottiert wird.

Diese Auseinandersetzung bildet den Hintergrund für den danach erfolgten Betrugsversuch der NRF-Gruppen durch Nicht-Bezahlung gelieferter Irland-Materialien seitens der NRF-Buchläden an das Komitee (das Geld war zur Weiterleitung an die IRA bestimmt). Zu diesem Punkt schrieb das Komitee in der o.g. „offenen Antwort“ („Info Nr. 1“):

Ein ganz trauriges Kapitel zuletzt: Wir haben Euch (und inzwischen anderen NRF-Gruppen) für 2.000,- DM Literatur geliefert, wovon teilweise Tony Heffernans Reise finanziert werden sollte. Nun warten wir seit gut sechs Monaten auf die Zahlung aus Heidelberg und seit mehreren Monaten auch auf Zahlungen aus Köln und Hamburg.“

Ihr müßt Euch klar darüber sein, daß Ihr diesen Skandal durch die Erwähnung im „Offenen Brief“ öffentlich gemacht habt – und es ist nicht unsere Aufgabe, darüber jetzt noch zu schweigen. Insgesamt 10 briefliche Mahnungen, diverse persönliche Anfragen und Erinnerungen am Telefon sind lapidar beantwortet worden: jeweils mit dem Trost, in „Kürze“ sei mit der Zahlung zu rechnen. Seit einigen Wochen reagiert Ihr hierauf überhaupt nicht mehr! Dadurch wird Euer bürgerliches Verhalten in der politischen Auseinandersetzung in der letzten Verkommenheit zu einem ordinären bürgerlichen Betrugsmanöver, einer offenen Sabotage an allen Solidaritätskomitees, einem Diebstahl an den irischen Befreiungsorganisationen. Es ist wohl ein unglaubliches Ereignis, wenn wir vor zwei Wochen in Eurer Frankfurter Buchhandlung jenes Material zurückkaufen mußten, das wir Euch lieferten. Damit haben wir es also teilweise doppelt bezahlt! Ihr habt diese erhebliche Summe den irischen Genossen und uns entzogen, wahrscheinlich, weil Ihr euch denken könnt, daß die Frage der Verfügung über ein paar tausend Mark für uns eine existentielle Angelegenheit ist:

während Ihr auf der anderen Seite geschickt unsere materiellen Unzulänglichkeiten bei der Herstellung von Materialien und „Infos“ kritisiert!

Hinzu kommt die Tatsache, daß Euren Gruppen ausgehändigte Ausstellungsmaterialien (z.B. Originalpapiere aus dem KZ Long Kesh) weder von Köln noch von Hamburg zurückgegeben wurden, während andere Organisationen und Buchläden darauf warten. Bedenkt: diese Materialien wurden uns von den Familien irischer Genossen zum Zwecke der Agitation übergeben, deren Angehörige in diesen KZ's sitzen. Eine solche Lumperei interpretiert sich selbst! ...

Wir drücken hier jetzt im Original nach:

1.) Einen Brief aus Heidelberg vom 1. Sept. 73, in dem wir um „Richtigstellung“ unserer Kurzbemerkung aus AK 31 (August 73) gebeten werden,

2.) unsere Antwort darauf vom 10.

September 73,

3.) eine Stellungnahme des „IRA-Komitees“ zur Heidelberger Darstellung, die uns ausdrücklich zur Veröffentlichung übersandt wurde,

4.) einen zweiten Brief aus Heidelberg vom 30. Okt. 73, den wir bereits im AK 36 (November) erwähnten,

5.) sowie unsere Antwort darauf.

Zuguterletzt möchten wir die Besitzer von „Kommunismus und Klassenkampf“ Nr. 2 (theoretische Zeitung des KBW) noch auf die Seite 96 aufmerksam machen, wo der KBW seinerseits mit einer „abschließenden Stellungnahme“ in dieser Sache aufwartet, „statt auf den ganzen Unrat einzugehen, den der Arbeiterkampf zu verbreiten sucht“ (aus dem Vorwort dazu „KuK“ Nr. 2, S. 96).

Wir möchten an dieser Stelle allerdings nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die hier beispielhaft aufgerollte Praxis der NRF-(KBW)-Führer durchaus kein Ein-

zelfall ist, vielmehr seiner Methode in der Auseinandersetzung mit anderen linken Organisationen („durchsetzen“, egal wie) entspricht und wir eigentlich nicht vorhatten, diesen an sich geringfügigen Fall (im Vergleich zu anderen Leckerbissen vom KBW) derart breit auszuwalzen. Das wurde aber durch die verschiedenen „Richtigstellungen“, „Klarstellungen“, „abschließenden Stellungnahmen“ etc. in der KBW-Presse, sowie die brieflichen „Mahnungen“ aus Heidelberg unumgänglich.

Wir hoffen jetzt, daß auch die Heidelberger Genossen nach dieser Dokumentation sich nicht mehr um weitere schriftliche u.a. Tatsachenverdrehungen, Verleumdungen etc. pp. bemühen werden und daß sie – ausnahmsweise – diese Ausgabe von UNSER WEG in Heidelberg und anderen Orten öffentlich zum Verkauf anbieten.



Anzeige

BEITRÄGE ZUR REVOLUTIONSTHEORIE DER SINN FÉIN / IRA (O) INFO 7 u.a.: CATHAL GOULDING BERNADETTE DEVLIN SONDERNR. 2 DOKUMENTATION FOLTER u. KZ in IRLAND BÜCHER und SCHALLPLATTEN aus IRLAND

im linken Buchhandel oder ★★★★★★★★★★★★★★★★★★
Westdt. Irland-Solidaritätskom. 637 Oberursel 5 PF 35



J. W. W.
69 Heidelberg

Heidelberg,
1. Sept. 1973

DIE IRA SINN FEIN

Westdeutsches Solidaritätskomitee

6373 Weißkirchen/Ts
Postfach 35
Postcheckkont
Frankfurt
Hans Brandtsche
Nr.: 30 24 79 - 6

An
die Redaktion des "Arbeiterkampf"
c/o Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

An
die Redaktion des "Arbeiterkampf"
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

20.9. 73

Liebe Genossen,
Der "Arbeiterkampf" 31 schreibt in einem Spendenaufruf für die IRA (Officials), "das Heidelbergger NRF" habe die Genossen des "Westdeutschen IRA-Solidaritätskomitees" (Weißkirchen) "um 2000 Mark betrogen". Diese Behauptung ist falsch. In Wirklichkeit verhält es sich so:

Während der von der KHG (NRF) im letzten Herbst organisierten Tournee des Genossen Tony Heffernan, übergab ich verschiedenen Organisationen und Buchläden Broschüren des IRA-Komitees. Der Erlös aus ihrem Verkauf und aus Sammlungen sollte nach Weißkirchen geschickt werden. Die Unkosten, die der KHG durch die Tournee entstanden, wollte das Weißkirchener Komitee erstatten.

Das ist noch nicht geschehen. Einige Buchläden waren mit der Zahlung in Verzug gekommen, was das Irland-Komitee zum Anlaß genommen hatte zu verbreiten, "die NRF-Assoziation" habe sich das Geld angeeignet. Mittlerweile haben wir die Sache klargestellt und das Weißkirchener Komitee verbeitet diese Unwahrheit nicht mehr.

Es war schon schändlich genug, daß diese Gruppe meinte, in derartigen aus der Luft gegriffenen Behauptungen einen nationalen Anspruch bestätigen zu müssen. Umso bezeichnender ist es, wenn der Kommunistische Bund diese Behauptungen weiterverbreitet, ohne sich von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Auf diese Art versucht er zu "belegen", wie der Kommunistische Bund Westdeutschland mit Gangstermethoden andere Organisationen unter seinen "Führungsanspruch beuge". Da der KB keine politischen Argumente gegen den Kommunistischen Bund Westdeutschland ins Feld zu führen weiß, muß er in der Auseinandersetzung zu solchen Mitteln greifen.

Wir erwarten, daß Ihr diesen Brief abdruckt. Solidarische Grüße!

Redaktion "Arbeiterkampf"

Hamburg, 10. Sept. 73

2 Hamburg 13

Rutschbahn 35

Lieber Genosse,

Dein Brief vom 1. September hat uns überrascht. Aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen mit den ehem. "Kommunistischen Organisationen" (jetzt KBW) - besonders auch mit dem NRF sowie Euren Hamburger Sympathisanten - hatten wir keine Zweifel, daß die vom Komitee Weißkirchen behauptete Schweinerei tatsächlich in dieser Form passiert ist. Wir werden nunmehr Deinen Brief mit der Bitte um Stellungnahme an das Komitee schicken. Falls es sich so verhält, wie Du schreibst, werden wir selbstverständlich eine Richtigstellung dazu bringen.

Daß Du schreibst, der KB habe gegen den KBW "keine politischen Argumente", können wir nicht mehr als Ignoranz betrachten, sondern halten es für hundertprozentige Unverschämtheit. Bis heute warten wir darauf, daß der KBW sich endlich zu einer offenen Auseinandersetzung über die vielfachen von uns angesprochenen Fragen bequemt.

kommunistischer Gruß

Redaktion ARBEITERKAMPF

2 Hamburg 13

Rutschbahn 35

Lieber Genosse,

danke für Deinen Brief, in dem Du mit bürgerlichen Gesetzen und Gerichten drohst.

Nachdem wir Deinen ersten Brief vom 1.9.73 bekommen hatten, haben wir diesen mit Bitte um Stellungnahme an die Genossen vom IRA-Komitee Weißkirchen geschickt. Mit Datum 20.9.73 haben wir dann eine kn-

An
die Redaktion des Arbeiterkampf
c/o Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Heidelberg,
30. Okt. 1973

J. W. W.
69 Heidelberg

Liebe Genossen,

Vor bald zwei vollen Monaten haben wir Euch aufgefordert, eine Berichtigung zu der Falschmeldung abzu drucken, die Ihr über unseren "Betrug" an Weißkirchener IRA-Solidaritätskomitee in die Welt gesetzt hat tet. Das einzige, was in der Zwischenzeit geschehen ist, war ein Brief Eurerseits, in dem Ihr behauptet, Eure Erfahrungen mit uns hätten Euch die Meldung als sehr wahrscheinlich erscheinen lassen. Das genügt, sie ohne weitere Recherchen abzu drucken. Eine Richtigstellung abzu drucken weigert Ihr Euch aber, weil Ihr noch bei den Genossen des Komitees rückfragen wollt.

Diese Manöver sprechen für sich selbst. Wir können dazu nur feststellen: Wenn Ihr Euch wie eine bürgerliche Zeitung verhaltet, werden wir Euch wie eine bürgerliche Zeitung behandeln müssen. Wir erwarten, daß Ihr ohne weitere Verzögerung die Richtigstellung im Arbeiterkampf abdruckt. Falls Ihr dieser berechtigten Aufforderung nicht nachkommt, solltet Ihr Euch daran erinnern, daß das bürgerliche Pressegesetz bürgerliche Zeitungen verpflichtet, Richtigstellungen aufzunehmen.

Solidarische Grüße

gere Stellungnahme der Genossen erhalten. Zu dem ganzen Vorgang ist ein Artikel gemacht worden, der bereits für AK 35 vorlag, aber aus Platzgründen verschoben wurde, also nunmehr in AK 36 erscheinen wird. Also keine Angst, es ist nichts vergessen worden und es wird Euch nichts geschenkt werden. Die gesamte Korrespondenz in dieser leidigen Angelegenheit wollen wir in nächsten WK veröffentlichen.

kommunistischer Gruß

ZEITUNGS-BOYKOTT

Die Mehrheit der KBW-Buchläden verkauft keine Zeitungen des KB. Diejenigen, die bisher unsere Presse traditionell und regelmäßig vertrieben, reduzieren ständig die Abnahme. Begründet wird dies – wenn überhaupt – einmal mit einer „sinkenden Nachfrage“ (Bremen, Osnabrück z.B.), nämlich als Ergebnis der innerorganisatorischen Hetze der KBW-Führer gegen den KB, ein anderes Mal offen damit, daß man „keine andere politische Linie propagieren“ wolle, da man schließlich „KBW-Laden“ sei (Frankfurt).

Die führende Gruppe innerhalb des KBW, die ehemalige Heidelberger Gruppe NRF (Neues Rotes Forum) hat von Anfang an darauf „verzichtet“, in ihrem Buchladen die KB-Presse öffentlich anzubieten. Nachfragenden Genossen gegenüber wurde dies so begründet: „Hier in Heidelberg ist der KB vollkommen unbekannt (warum wohl?). Niemand hätte an seinen Publikationsinteresse.“

Die Praxis beweist das Gegenteil: innerhalb einer knappen Stunde verkauften zwei KB-Genossen auf der Durchreise vor einigen Monaten für mehrere hundert Mark KB-Zeitungen an der Heidelberger Uni. Die Heidelberger Genossen bestellten anfangs regelmäßig 150 Exemplare des ARBEITERKAMPF, zur „innerorganisatorischen Verteilung“ unter ihre Genossen, „damit sie sich damit auseinandersetzen können“. Ein lobenswerter Zug.

Unverständlich blieb aber die künstliche Einschränkung auf beim NRF organisierte Genossen. Inzwischen haben die Heidelberger ihre regelmäßige AK-Abnahme auf 50 Exemplare eingeschränkt. Also offenbar ein „schwindendes Interesse“ der Genossen an politischer Auseinandersetzung?

Der Freiburger Buchladen „Libro Libre“ des ehemaligen BKA (jetzt im KBW) vertrieb regelmäßig und selbstverständlich unsere Literatur. Jetzt erreichte uns folgender Leserbrief aus Freiburg:

Liebe Genossen!
Ich möchte den ARBEITERKAMPF abonnieren, da er in unserem Buchladen (Libro Libre, Herrenstr. 53) nur mit sehr großen Verspätungen zu erhalten ist, und auch nur in kleiner Zahl. Beliefert ihr Freiburg und in welcher Zahl? Mir scheint, daß unser Buchladen nämlich „Nicht-KBW-Erzeugnisse“ langsam

ausrocknen läßt! ...

Dieser Genosse spricht „naiver“ – wie noch ausdrücklich von „uns“ (!) Buchladen, obgleich er offenbar nicht im KBW organisiert ist. Er wird sich eines besseren belehren lassen müssen. Dies ist nämlich ein KBW-Laden! Und damit basta! Soll er sich doch selbst einen Laden aufmachen? ! Es ist für manchen nicht-organisierten Linken ziemlich schwer, die Mentalität von Teilen der sogenannten „kommunistischen Bewegung“ zu begreifen.

Ein interessanter und aufschlußreicher Bericht erreichte uns aus Frankfurt. Er behandelt die Auseinandersetzung zwischen dem vertriebsverantwortlichen Genossen der Frankfurter KB-Gruppe und den örtlichen KBW-Buchhändlern des „Polibula“:

„Nach Erscheinen der INTERNATIONALE Nr. 1 brachte ich dem ‚Polibula‘ 20 Stück. Als ich einige Tage später vorbeikam, waren sämtliche Exemplare verschwunden. Auf meine Frage antwortete man mir, daß man die INTERNATIONALE ‘nicht verkaufen’ werde, ‘bevor darüber nicht eine Diskussion des Buchladenkollektivs stattgefunden hat.’“



Nach mehreren Wochen (!) teilte man mir dann mit, daß die INTERNATIONALE nicht verkauft wird. Begründung: „Wir können hier nicht jede beliebige (!) Zeitung irgendeiner (!) Gruppe verkaufen. Außerdem gibt es zu diesem Themenkreis (?!) bereits eine Zeitung!“ – Gemeint war ausgerechnet die „Internationale Solidarität“ der KPD/AO! Der unterschiedliche Charakter und Inhalt beider Zeitungen wurde zwar anerkannt und eingesehen, aber „die IS ist besser“ (!).

Dann kamen eine Reihe weiterer „Begründungen“ und zwar nacheinander: „Wir haben zu wenig Platz!“ (Polibula ist nach dem Hamburger ARBEITERBUCH die größte linke Buchhandlung in der BRD !). Weiter: „Ihr breitet euch sonst hier in Frankfurt noch aus!“ Schließlich: „Das Zeitschriftenkonzept des Polibula wird gegenwärtig neu diskutiert!“ (Nach Lösung von der „KPD/ML“ hatte Polibula kurzfristig ein

breites Zeitschriften-Angebot der Frankfurter Bewegung zur Verfügung gestellt und damit seinerseits zur politischen Auseinandersetzung beigetragen. Das soll offenbar jetzt wieder rückgängig gemacht werden, wobei die „KVZ“ des KBW dann den „Roten Morgen“ als Allein-Seligmacher ersetzen soll.) Am Ende meinten die Genossen (mit Blick nach oben): „Dazu kommt in diesem Jahr (!) auch noch eine Stellungnahme der Leitung des KBW heraus!“

Die Genossen kamen nicht umhin, in der weiteren Auseinandersetzung ihre tatsächliche Meinung zum Besten zu geben: „Dies hier ist schließlich ein KBW-Laden – und wir sehen überhaupt nicht ein, wieso wir hier eine falsche (!) Linie propagieren sollen! (So einfach kann man sich’s machen.) Die Auseinandersetzung mit euch wird schließlich in den Publikationen des KBW geführt (seit wann denn das?). Natürlich ist die politische Auseinandersetzung an sich eine gute Sache, aber ...“

Um möglichst wenig „Schande“ auf den KBW selbst fallen zu lassen, wurden die Genossen nicht müde, zu versichern, daß dies ausschließlich ein Beschluß des Buchladen-Kollektivs sei und weder die Ortsgruppe, noch die KBW-Leitung damit auch nur irgendetwas zu tun hätten.

Als ich jetzt unsere Broschüre „Zur Politik des KBW(NRF)“ vorbeibrachte, wurden innerhalb von zwei Tagen 16 Exemplare verkauft, woraufhin die Polibula-Genossen die restlichen Exemplare verschreckt wieder aus dem Ständer nahmen, ein Exemplar in ihr Archiv steckten, den Rest unter den Ladentisch packten („falls noch mal jemand vorbeikommt und die Broschüre unbedingt haben will.“) Neue Exemplare wollten sie nicht. „Wir haben schon genug davon verkauft!“

Und jetzt der Hammer: In einem Gespräch mit den Polibula-Genossen eröffneten diese mir, daß sie wohl bald den ARBEITERKAMPF überhaupt nicht mehr verkaufen würden (gegenwärtig immerhin noch zwischen 50 und 70 Exemplaren), weil „wir demnächst unseren Kaffee-Raum umbauen wollen. Da legen wir dann ein Exemplar zum Lesen aus. Da kann man sich dann informieren.“

Wenn uns das nicht gefalle, könnten wir ja „selbst einen Buchladen aufmachen.“

Soweit also der Bericht unseres Frankfurter Genossen. Wir wollen uns hier weitere Einzelheiten zu diesem Thema sparen. Das Dargelegte soll genügen, um zu zeigen, worum es den KBW-Führern geht.

Vor Gründung ihrer Organisation gingen die Führer der örtlichen Organisationen (besonders KB-Bremen, NRF-Heidelberg) mit wunderschönen Parolen hausieren. „Die politische Auseinandersetzung muß offen (!) und vor der Arbeiterklasse (!) geführt werden“, sie müsse „quer durch die Organisationen“ gehen, jede andere Praxis würde „das Zirkelwesen verfestigen“, die „kommunistische Bewegung verkümmern“ lassen usw. usf.

Die Praxis der KBW-Führer sah von vorn herein anders aus, als ihre

schönklingenden Parolen. KBW-Vorsitzender J.S. (ehem. NRF) verstand es, mit seiner „speziellen“ Konzeption einer „Arbeiterzeitung“, die schüchternen Ansätze der ehemaligen Bremer „Wahrheit“ zur politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit den Standpunkten anderer kommunistischer Gruppen, wieder rückgängig zu machen, nach der Devise: davon verstehen die Arbeiter sowieso nichts!

Danach folgte eine intensive innerorganisatorische Verhetzung der eigenen Mitglieder gegenüber der Politik anderer Gruppen, die z.T. hahnebüchene Verzerrung z.B. unserer Meinung zu bestimmten politischen Problemen usw. Jetzt erfolgt das letzte Versatzstück dieser unkommunistischen, selbstgefälligen

und sektiererischen Mentalität: die schrittweise erfolgende Boykottierung unserer Presse, um möglichst zu verhindern, daß die Menschen- und womöglich noch die eigenen Leute - auf den frevelhaften Gedanken kommen, es gebe außerhalb des KBW überhaupt noch eine ernstzunehmende politische Meinung. Die Ängstlichkeit, andere politische Meinung überhaupt wahrzunehmen und sich damit ehrlich (um der Sache willen) auseinanderzusetzen, dokumentiert die politische „Stärke“ und „Standfestigkeit“ des KBW. „Pflanzen, die in Treibhäusern wachsen, sind meist nicht widerstandsfähig.“ (Mao, über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke).

Anzeige



Sonderbroschüren des KB



ZUR politik des KBW (NRF)

75 Seiten

DM 3,-

Verlag ARBEITERKAMPF, J. Reents, 2 Hamburg 13
Rutschbahn 35



Verlag Arbeiterkampf

Zur Politik des KBW (NRF)

Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG,
75 Seiten

DM 3,—

Chile: Vom „friedlichen Übergang“

zur faschistischen Militärdiktatur

3. erweiterte Auflage 50 / Seiten

DM 4,—

Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1956/57

Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten

DM 1,—

Amis raus aus Indochina!

Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten

2. erweiterte Auflage, 26 Seiten

DM 0,50

Unser Weg

Zeitschrift des KB

Unser Weg 15

Ausführliche Analyse der Metalltarifrunde 1971

Diese Tarifrunde hatte insofern besonderen Stellenwert, als es den Kapitalisten darum ging eine Wende in der Tarifpolitik gegenüber 69/70 herbeizuführen. Sie reagierten auf die Septemberstreiks mit einer Ausrichtung der eigenen Reihen und einer verschärften politischen Bekämpfung von Streiks überhaupt.

Die Gewerkschaftsführer, die sich heute bei Lohnforderungen mehr daran orientieren, was die Arbeiter gerade noch als Minimum akzeptieren, waren durch die „Pannen“ vom Herbst 69 zu taktischen Anpassungen gezwungen. Ihnen ging es darum die ökonomische Niederlage als politischen Erfolg (Rettung der SPD/FDP-Regierung) zu verkaufen und zentrale Ereignisse mit nur regionalen Kämpfen „durchzusetzen“.

Zur Diskussion im Kommunistischen Bund

Ausgehend von einer Kritik an der Leitung wird hier eine kurze Analyse der politischen Situation in der BRD gegeben mit den Konsequenzen, an denen sich unsere zukünftige Arbeitsweise orientieren muß: „Das Element der Bewußtheit stärken“ und „Unsere Praxis rationalisieren“.

28 Seiten

DM 1,—

Unser Weg 16/17

Zur Auseinandersetzung mit den ABG-München

Nachdruck einer Stellungnahme des Zentralen Komitees der ehemaligen Arbeiter-Basis-Gruppen München.

Die Stellungnahme, in der versucht wird den KAB-Hamburg, jetzt im Kommunistischen Bund, als „trotzkistisch“ abzuqualifizieren, gibt, ungeachtet ihres polemischen Charakters, Gelegenheit, einige Grundfragen der kommunistischen Bewegung und Differenzen aufzuzeigen. Insbesondere wird auf die Gefahr des Abgleitens von Teilen der kommunistischen Bewegung in einen neuen Revisionismus eingegangen.

40 Seiten

DM 1,50

Wem nützen die Bomben bei Springer?

Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Baader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie

32 Seiten

DM 1,5

Zum Nahost-Problem

Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF

50 Seiten

DM 2,—

Von Pinelli zu Feltrinelli — politischer Mord in Italien

In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italien enthüllt

44 Seiten

DM 1,5

Wohnungsprobleme in Westdeutschland

Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März 72

4. erweiterte Auflage

64 Seiten (Kleinformat)

DM 1,50

Die Emanzipation der Frau in Palästina

Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema

24 Seiten

DM 1,—

Unser Weg 18

Kampf zweier Linien in der KP China

Anmerkungen zur NRF (heute KBW) Sondernummer vom August 72. Hier wird in exemplarischer Weise die kleinbürgerliche und marxistische Methodik des NRF zum Fall Lin Biaos durchleuchtet

Die Leitungstätigkeit und den Arbeitsstil verbessern

Wesentlicher Beitrag zur Entwicklung des demokratischen Zentralismus im KB sowie der Berichterstattung und der Umsetzung zentraler Richtlinien.

Die politische Arbeit im Stadtteil

Ein Rechenschaftsbericht der Leitung zur Stadtteil-Arbeit

28 Seiten

DM 1,—

Unser Weg 19

Zur Faschismusk Diskussion

Auseinandersetzung mit Positionen des NRF, KBB (jetzt KB) und SSG-Hamburg zu den Fragen: „Will“ die Bourgeoisie den Faschismus oder wird sie zum Faschismus „gezwungen“? Woher kommt die faschistische Massenbewegung? Suche nach dem „Wesen des Faschismus“. Wiederlegung der faschistischen Gefahr? Es empfiehlt sich vorher die Faschismusartikel aus ARBEITERKAMPF 16, 17 und 18 (nachgedruckt im Buch „Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft“) zu lesen.

32 Seiten

DM 1,—

Unser Weg 20/21

Zum 1. Mai 73

Entwurf der Maiplattform und Kritiken dazu aus der Organisation. Weiter ist die selbständige Demonstration des KB am 1. Mai 73 in Hamburg — statt Beteiligung an einer gewerkschaftsjugendlichen Demonstration — von verschiedenen Seiten angegriffen worden. In diesem Heft sind die Kritiken und eine Stellungnahme dazu veröffentlicht.

Zur chinesischen Kulturrevolution

In diesem Artikel wird anhand einer Stellungnahme zu einem längeren Artikel der SSG-Hamburg das Verhältnis von Revolution und Produktion in der sozialistischen Gesellschaft durchleuchtet. Gerade die Frage ist nicht nur für die chinesischen Genossen von großer Bedeutung.

62 Seiten

DM 2,—

Buch - Anzeigen

Unser Weg Revisionismuskritik

In diesem Buch sind eine Reihe Artikel zur Revisionismuskritik nachgedruckt.

Probleme der Marxisten-Leninisten in der BRD

Dieses Papier wurde im Oktober 1967 von der damals in der verbotenen KPD arbeitenden Gruppe „Spartakus“ (nicht identisch mit heute bestehenden Gruppen dieses Namens) herausgegeben. Es behandelt im wesentlichen die Frage der Entwicklung des Revisionismus in der DDR und die Auswirkung auf die Arbeiterbewegung und die KPD in Westdeutschland.

Auf Kautskys und Togliattis Spuren

Auseinandersetzung mit dem Programmwurf der KPD von 1968, in dem davon ausgegangen wird, daß „die Bedingungen für den friedlichen Weg der sozialistischen Revolution günstiger werden“.

„Demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft“

Die DKP-Studentengruppe (jetzt MSB) in Hamburg gab Anfang 1971 ein umfangreiches Papier mit dem Titel „Revisionismus-Kritik“ heraus. Unter schein-„radikaler“ und „orthodoxer“ Umhüllung sollten die revisionistischen Ladenhüter noch geschickter an den Mann gebracht werden. Die Gruppe KAB Hamburg legte hierzu damals die hier nachgedruckte Stellungnahme vor.

VR Polen — Krise des Revisionismus

Nachdruck aus der KAB-Arbeiterzeitung Nr. 3 zur Dezember-Revolution des polnischen Proletariats 1970.

Die weiteren Artikel behandeln folgende Themen:

Anmerkungen zur Politik der KP Chiles.

Die DKP auf dem Weg des Reformismus und Ökonomismus!

25 Jahre SED! Kritik an dem in der DDR zu Anfang der 60er Jahre eingeführte sogenannte „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPL).

Die Thesen des DKP-Parteivorstandes

Die Entwicklung der KPD nach 1933

Das KPD-Verbot und seine Folgen

160 Seiten

DM 4,50

Kampf dem Faschismus

Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zum Thema Faschismus

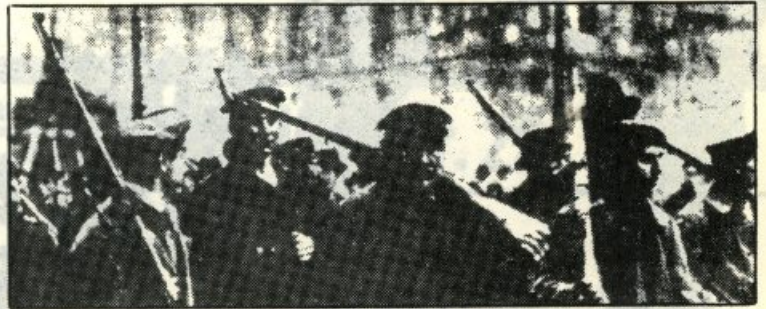
„Neben den konkreten Untersuchungen über die heutige Wirklichkeit erscheint es uns besonders wichtig, daß wir uns heute wieder ernsthafter und gründlicher auch mit den Untersuchungen der Kommunisten der zwanziger und dreißiger Jahre auseinandersetzen. Schon 1923 hat Giulio Aquila, dessen Schrift wir als ersten Beitrag in diesem Band nachdrucken, in der Zeitung ‚Kommunistische Internationale‘ die damals landläufige Fehleinschätzung des Faschismus — wie sie sich aus heute noch bei kleinbürgerlichen Faschismus-„Theoretikern“ wiederfinden — durch eine konkrete und systematische, historische Untersuchung bekämpft und widerlegt.

Die anschließend abgedruckten Texte stammen aus der Halbmonatschrift „Der Rote Aufbau“, später „Unsere Zeit“ aus den Jahren 1931 bis 1934. Hier werden jeweils besondere Fragen, wie das Programm der Nationalsozialisten, das Verhältnis Sozialdemokratie und Faschismus, die Ideologie und Propaganda des Faschismus usw. behandelt. Sehr plastisch erkennt man, was das konkret heißt: Faschismus.

350 Seiten

DM 6,50

‘DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!’



Nachdruck von Texten zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse.

Zum einen enthält der Band besonders wichtige Schriften von Marx Engels und Lenin zur Frage des bewaffneten Kampfes. Insbesondere wurden Schriften Lenins aus den Jahren 1905 und 1917 in diesen Band aufgenommen, die trotz ihrer Bedeutung heute weniger bekannt sind.

Darüber hinaus ist es dem Verlag „ARBEITERKAMPF“ gelungen, Texte zu den Fragen des bewaffneten Kampfes zu beschaffen, die seit Jahrzehnten nicht mehr verfügbar waren. So die Aufsätze von Alexander Schönau: „Der Februaufstand des Österreichischen Proletariats“ und von Bela Kun: „Einige wichtige taktische Fragen des Österreichischen Aufstandes“. Beide Aufsätze stammen aus den Jahren 1934. Weiter enthält der Band die Arbeit von Ernst Schneller: „Arbeitschaft und Wehrpolitik“, 1928, sowie die beiden Texte von Panitzki: „Die II. Internationale und der Aufstand“ und „Der Bolschewismus und der Aufstand“, ebenfalls 1928.

Es wäre verhängnisvoll, würde sich die westdeutsche Arbeiterklasse erst dann eingehend mit den Problemen des bewaffneten Kampfes befassen, wenn die Klassenkämpfe den bewaffneten Kampf in der BRD auf die Tagesordnung gesetzt haben werden.

Bisher jedoch ist die Auseinandersetzung mit den politischen Fragen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse in Westdeutschland unterbewertet worden.

Der Band soll dazu beitragen, daß diese wichtigen Fragen in Zukunft mehr Beachtung bei den fortgeschrittenen Teilen der westdeutschen Arbeiterklasse finden.

250 Seiten

DM 6,-

GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

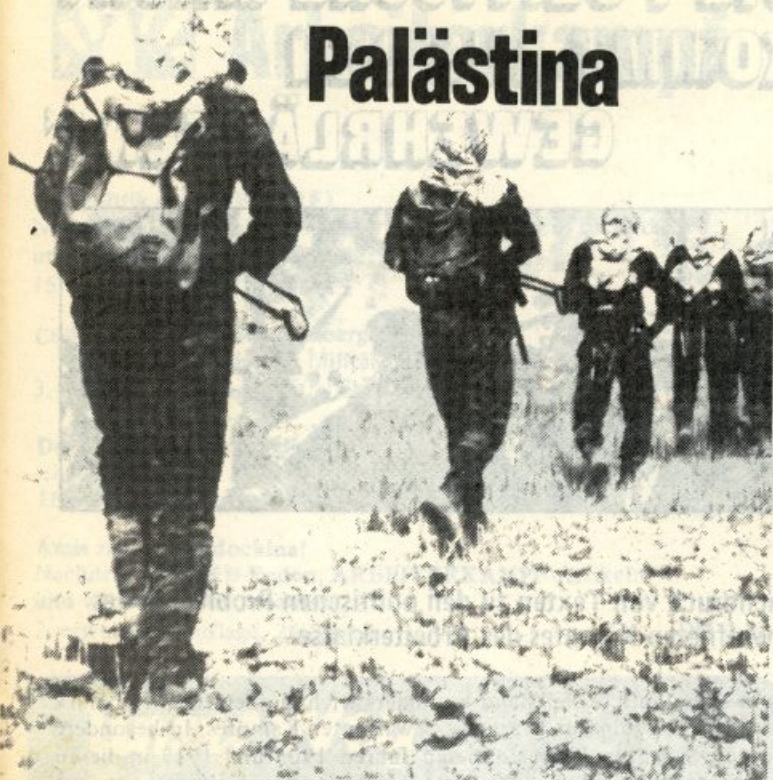
Wir drucken in diesem Band erstmals aus unserer politischen Zeitung ARBEITERKAMPF eine Reihe von Artikeln nach, die das Ergebnis unserer Untersuchungs- und Propagandaarbeit über einen längeren Zeitraum (März 1972 bis November 1972) und zu einem bestimmten Themen-Komplex sind. Hier zur Frage der ‚schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft‘.

Die vorliegende Zusammenstellung bietet unseres Erachtens eine gute Möglichkeit, auf relativ breiter Ebene die Einschätzungen zur ‚schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft‘, wie sie im ARBEITERKAMPF über den Zeitraum von fast einem Jahr entwickelt worden sind, zu überprüfen und erlaubt eine umfassende politisch-ideologische Auseinandersetzung mit diesen von uns entwickelten Positionen.

160 Seiten

DM 4,50

Palästina



Die Massen sind die Triebkraft der Revolution

Der Kampf geht weiter bis zum Sieg

Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP - Allgemeine Führung

Durch Interviews und Gespräche mit Kämpfern verschiedener palästinensischer Widerstandsorganisationen in Libanon haben wir versucht, ein Bild der Praxis des revolutionären Kampfes zu erhalten, den das palästinensische Volk für seine Befreiung führt. Von größter Wichtigkeit sind dabei die Ausführungen der palästinensischen Genossen über die aktuelle Lage des palästinensischen Volkes, über die Massenarbeit, die Einschätzung von Aktionen im Ausland und die Schaffung einer vereinigten Front der Widerstandsorganisationen. Wir hatten insbesondere die Möglichkeit, eine Sanitätsstation der PFLP in einem Flüchtlingslager zu besuchen und die Praxis und Theorie der Massenarbeit kennenzulernen.

120 Seiten

DM 6,-

Die chinesische Kulturrevolution



In diesem Band werden in erster Linie Artikel der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967 wiedergegeben, die angesichts der Fülle des Materials nur eine Auswahl sein können, von der wir aber hoffen, daß sie ein gutes Bild von der Kulturrevolution geben.

Die Lehren der Kulturrevolution gelten nicht nur ausschließlich für China oder für die sozialistische Gesellschaft, sondern sie gelten ebenso für jene kommunistischen Parteien und Organisationen, die heute in der kapitalistischen Gesellschaft für die sozialistische Revolution kämpfen.

Die Kulturrevolution lehrt uns, den Fragen der Beziehung zwischen kommunistischer Organisation und den Massen sowie der innerorganisatorischen Demokratie stärkste Aufmerksamkeit zu geben. Sie lehrt uns, den Ungeist des „sklavischen Gehorsams“ entschieden zu bekämpfen und den „Gebrauch des eigenen Kopfes zu fördern“. In den vergangenen Monaten hat sich die Auseinandersetzung um die Politik der KP Chinas wieder stärker entwickelt. Nicht zufällig sind bestimmte Veteranen der Studentenrevolte dabei, ihr ehemals romantisches Verhältnis zur Kulturrevolution in einen versteckten oder offenen Kampf gegen die Inhalte der Kulturrevolution umzuwandeln.

Uns geht es darum, über die Veröffentlichung der schlichten Tatsachen und der authentischen Äußerungen, eine Grundlage für sinnvolle Auseinandersetzungen zu schaffen, wobei wir natürlich im Anhang in die derzeit geführte Auseinandersetzung gezielt eingreifen.

134 Seiten

DM 8,-

Bestellungen an

Verlag ARBEITERKAMPF

J. Reents

2 Hamburg 13

Rutschbahn 35